

GESCHÄFTSBERICHT 2013

mit Wissensbilanz und Umwelterklärung
NACHHALTIGKEITSBERICHT 2013



2013

Unser gesetzlicher Auftrag

Bundesgesetz über die Oesterreichische Nationalbank

(Nationalbankgesetz 1984 – NBG)

BGBl. Nr. 50/1984 i. d. F. BGBl. I Nr. 184/2013

§ 2

(1) Die Oesterreichische Nationalbank ist eine Aktiengesellschaft. Sie ist die Zentralbank der Republik Österreich und als solche integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB).

(2) Die Oesterreichische Nationalbank hat gemäß den Bestimmungen des AEUV [d. i. der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union], des ESZB/EZB-Statuts [d. i. die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank], der auf Grundlage dieser Bestimmungen erlassenen unmittelbar anwendbaren unionsrechtlichen Vorschriften sowie dieses Bundesgesetzes an der Erreichung der Ziele und der Vollziehung der Aufgaben des ESZB mitzuwirken. Im Rahmen des Unionsrechts [...] hat die Oesterreichische Nationalbank mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, das Ziel der Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisstabilität möglich ist, ist den volkswirtschaftlichen Anforderungen in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung Rechnung zu tragen und die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union zu unterstützen.

(5) Bei Verfolgung der [...] genannten Ziele und Aufgaben hat die Oesterreichische Nationalbank [...] entsprechend den Leitlinien und Weisungen der EZB zu handeln; weder die Oesterreichische Nationalbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane darf hierbei Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Europäischen Union, von Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder von anderen Stellen einholen oder entgegennehmen.

§ 44b

(1) Die Oesterreichische Nationalbank hat im öffentlichen Interesse das Vorliegen aller jener Umstände zu beobachten, die für die Sicherung der Finanzmarktstabilität in Österreich von Bedeutung sind.

§ 44c

Die Oesterreichische Nationalbank trägt unbeschadet § 44b im Inland zur Wahrung der Finanzmarktstabilität, Minderung der Systemgefährdung und Reduzierung des systemischen und prozyklisch wirkenden Risikos bei [...].

Unser Leitbild

Die Oesterreichische Nationalbank leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu Preisstabilität und sicheren Finanzmärkten.

MISSION

- Die OeNB ist die unabhängige Zentralbank der Republik Österreich.
- Wir gewährleisten gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und den anderen Zentralbanken des Euroraums die Stabilität des Euro und unterstützen damit eine gesunde Wirtschaftsentwicklung.
- Wir sichern zusammen mit der EZB und der österreichischen Finanzmarktaufsicht die Stabilität der Banken und der Finanzmärkte.
- Wir sorgen gemeinsam mit unseren Tochterunternehmen für sicheres Bargeld und einen funktionierenden Zahlungsverkehr.
- Wir veranlagen und verwalten die Währungs- und Goldreserven professionell im Sinne unseres Stabilitätsauftrags und versorgen die österreichischen Banken mit ausreichender Zentralbankliquidität.
- Wir bringen als zentrale wirtschaftspolitische Institution unsere volks- und finanzwirtschaftliche Expertise ein und geben Orientierung mittels hochwertiger und verlässlicher Statistiken.
- Wir unterstützen mit unserem Informations- und Bildungsangebot das bessere Verständnis von Wirtschaft und Finanzen.

WERTE

- Wir fühlen uns der europäischen Idee verpflichtet und unterstützen aktiv den europäischen Integrationsprozess.
- Wir sind uns der Verantwortung für Österreich und Europa bewusst und erfüllen unsere Aufgaben effektiv und effizient.
- Grundlage unseres Handelns sind fachliche und soziale Kompetenz, Nachvollziehbarkeit und verantwortungsbewusste Unternehmensführung.
- Wir begegnen neuen Entwicklungen offen und zukunftsorientiert.
- Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihr Wissen und ihr Engagement sind unser wichtigstes Kapital.
- Wir sind Chancengleichheit und Diversität verpflichtet und messen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie einen hohen Stellenwert zu.
- Unsere gesellschaftliche Verantwortung zeigt sich auch in unserem Engagement für Wissenschaft und Forschung, humanitäre Anliegen, Kunst und Kultur sowie für die Umwelt.



Aus unserem Leitbild

Die OeNB ist die unabhängige Zentralbank der Republik Österreich und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu Preisstabilität und sicheren Finanzmärkten.

Wir fühlen uns der europäischen Idee verpflichtet und unterstützen aktiv den europäischen Integrationsprozess.

Inhalt

Inhalt	
Unser gesetzlicher Auftrag	2
Unser Leitbild	3
Vorwort des Präsidenten	6
Vorwort des Gouverneurs	7
Eigentümer und Organe	8
Organisation der OeNB	12
Das Geschäftsjahr 2013 im Überblick	14

Die OeNB im Dienste der Preis- und Finanzmarktstabilität

Geldpolitische Maßnahmen stabilisieren die Finanzmärkte und stärken das Vertrauen	19
Ertragskontinuität des Reservenmanagements trotz historisch niedriger Zinsen	35
Aufsichtspolitik zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität entscheidend weiterentwickelt	39
Hochwertige Statistiken als Basis für Geldpolitik und Finanzmarktstabilität	53
Schrittweise Einführung der zweiten Euro-Bargeldserie und Schaffung eines einheitlichen Zahlungsverkehrsraums	57
Die direkten Beteiligungen der OeNB	62

Die OeNB – ein nachhaltiges Unternehmen

Intellektuelles Kapital der OeNB – Bestandsaufnahme und Ausblick	65
Breiter volkswirtschaftlicher und finanzmarktpolitischer Dialog	71
Die OeNB fördert Forschung, Wissenschaft, Kunst und Kultur	77
Unserer Verantwortung für die Umwelt bewusst (Umwelterklärung 2013)	78
Beteiligungsspiegel	82

Jahresabschluss 2013	86
-----------------------------	-----------

Hinweise

Abkürzungen, Zeichenerklärung	122
Periodische Publikationen	123
Adressen	125
Impressum	126

Redaktionsschluss: 24. April 2014

Vorwort des Präsidenten



Das Jahr 2013 war für die OeNB in mehrfacher Hinsicht schwierig. Die wirtschaftliche Erholung gestaltete sich zögerlicher als erwartet. Die OeNB war weiterhin stark gefordert, ihre Expertise zur Überwindung der Krise und bei der Umsetzung von wirtschaftspolitischen Reformen einzubringen. Die Bankenunion und insbesondere der SSM (Single Supervisory Mechanism) erfordern massive Vorbereitungen in fachlicher wie organisatorischer Hinsicht. Die gravierenden Probleme einzelner österreichischer Banken hielten die Aufsichtsakteure der OeNB im Zusammenwirken mit der österreichischen Finanzmarktaufsicht (FMA) und anderen Institutionen permanent im Einsatz. Dazu kamen innerbetriebliche Entwicklungen, die vom Management weitreichende Entscheidungen erforderten. Mit Antritt des neuen Direktoriums im Juli 2013 wurden die Geschäftsbereiche und die Organisationsstruktur der OeNB neu ausgerichtet.

Betriebswirtschaftlich konnte im Jahr 2013 wiederum ein gutes Ergebnis erreicht werden, allerdings lag das erwirtschaftete Ergebnis vor Berücksichtigung einer Risikorückstellung von 300 Mio EUR mit 662 Mio EUR um ein Drittel unter dem Vorjahreswert.

Das anhaltend niedrige Zinsniveau bei der Veranlagung der Reserven und der damit einhergehende steigende Ertragsdruck machen nachhaltige Kosteneinsparungen notwendig. Ein externer Berater wird in den Jahren 2014 und 2015 die Strukturen der OeNB durchleuchten und helfen, die Synergien zu heben. Ziel dieses Reviews ist es, ein modernes, leistungsorientiertes, effizientes und ertragsstarkes Unternehmen zu formen, das auch in Zukunft im Dienste Österreichs und des Eurosystems sein Mandat zur Sicherung

der Preis- und Finanzmarktstabilität erfüllt.

Nach Prüfung der Pensionsleistungen der OeNB, insbesondere der Dienstbestimmungen I–III, durch den Rechnungshof reagierte die OeNB umgehend auf die diesbezüglichen Empfehlungen und beschloss eine interne Pensionsreform. Gleichzeitig bestehen auch seitens der österreichischen Bundesregierung Absichten, die Dienst- und Pensionsrechte der aktiven und pensionierten Dienstnehmer gesetzlich zu ändern. Für das Präsidium und das Direktorium ist es wichtig, dass die sich abzeichnenden Pensionsänderungen unter Beachtung des österreichischen Verfassungsrechts und dessen Grundprinzipien erfolgen und den Grundsätzen des Vertrauensschutzes und der Verhältnismäßigkeit entsprechen.

Weiters wurden zusätzliche Compliance-Bestimmungen zum Schutz des Unternehmens, der Mitarbeiter und der Beteiligungsgesellschaften umgesetzt. Der Public Corporate Governance Kodex der OeNB ist seit 1. Jänner 2014 in Kraft.

Mein Dank gilt dem Direktorium und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die trotz schwierigem wirtschaftlichem Umfeld und erheblichen Herausforderungen im Unternehmen ihre Aufgaben im Geschäftsjahr 2013 hervorragend bewältigt haben.

Wien, im Mai 2014

A handwritten signature in black ink, which appears to read "C. Raidl". The signature is fluid and cursive.

Claus J. Raidl, Präsident

Vorwort des Gouverneurs

Die Überwindung der Krise gelang auch 2013 nicht gänzlich, das Wirtschaftswachstum war weiterhin sehr verhalten. In den Jahren 2014 und 2015 zeichnet sich im Euroraum und noch stärker in Österreich eine wirtschaftliche Erholung ab. Die Inflationsrate des Euroraums dürfte in diesem Zeitraum deutlich unter 2% bleiben, mittelfristig ist aber die Einhaltung des Preisstabilitätsziels der EZB (Inflationsrate von unter, aber nahe 2%) zu erwarten. Zum insgesamt verbesserten Bild haben nicht nur die wirtschafts-, fiskal- und finanzmarktpolitischen Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene, sondern insbesondere auch die flexible und aktive Geldpolitik des Eurosystems beigetragen. Die Herausforderung bleibt weiterhin, Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu verstärktem Wachstum führen, die hohen Arbeitslosenzahlen in Europa reduzieren und die Inflation im Rahmen des Preisstabilitätsziels halten. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und die Stabilisierung der Finanzmärkte sind ebenfalls wichtige Bausteine. Probleme in einigen osteuropäischen Staaten bergen allerdings Risiken vor allem für den eng mit dieser Region verflochtenen Finanzsektor. Vor diesem Hintergrund sind unsere volkswirtschaftlichen und finanzmarktbezogenen Analysen sehr wichtig, um besorgniserregende Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und gegensteuern zu können.

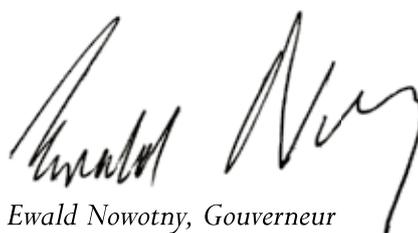
Große Fortschritte hat Europa beim Aufbau der Bankenunion gemacht. Neben den Grundlagen für den SSM wurden auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die EZB die Aufsicht über die 128 systemrelevanten Banken Europas (darunter auch sechs aus Österreich) übernehmen kann. Die OeNB hat ihre organisatorischen Strukturen angepasst, um im gemeinsamen europäischen Aufsichtssystem aktiv und effizient agieren

zu können. Seitens der österreichischen Kreditwirtschaft bleibt die Herausforderung, die Profitabilität weiter zu verbessern und die Probleme bei einigen Einzelbanken zu bewältigen. Die OeNB hat in Kooperation mit der FMA erhebliche Ressourcen für die wichtige – in der Öffentlichkeit leider oft unbedankte – Arbeit der Bankenanalyse und -prüfung eingesetzt und auch eine Reihe von gesetzlichen Änderungen vorgeschlagen, die größere Effizienz und Wirtschaftlichkeit ermöglichen sollen.

Der einheitliche Zahlungsverkehrsraum SEPA wird mit der Umstellung auf IBAN im August 2014 endgültig Realität. Für die Abwicklung grenzüberschreitender Massenzahlungen wurde im Jahr 2013 das Clearing Service International implementiert. Die Einführung verbesserter Banknoten der neuen Europa-Serie startete 2013 mit der 5-Euro-Banknote, im September 2014 wird die 10-Euro-Banknote folgen. Die neue OeNB-Website und vermehrte Aktivitäten im Bereich der Finanzbildung unterstreichen die starke Rolle der OeNB als Dienstleister für Wirtschaft und Bevölkerung.

Ich darf dem Präsidium, dem Direktorium sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihre Expertise und hohe Leistungsbereitschaft danken. Sie alle tragen dazu bei, dass die Notenbank als unabhängige, wirtschaftspolitisch wichtige Institution, als Thinktank und Kompetenzzentrum ihre Kernaufgaben bestmöglich wahrnehmen kann.

Wien, im Mai 2014



Ewald Nowotny, Gouverneur



Eigentümer und Organe

Eigentümer der OeNB

Die OeNB ist eine Aktiengesellschaft. Sie unterliegt im Vergleich zu anderen Aktiengesellschaften aber einer Reihe von besonderen, im Nationalbankgesetz 1984 (NBG) begründeten Regelungen, die sich aus ihrer besonderen Stellung als Zentralbank ergeben. Das Grundkapital von 12 Mio EUR steht seit Juli 2010 zur Gänze im Eigentum des Bundes.

Aufgaben des Generalrats

Der Generalrat ist das Aufsichtsorgan der OeNB und überwacht jene Geschäfte, die nicht in den Aufgabenbereich des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) fallen. Der Generalrat wird durch den Präsidenten einberufen, und zwar in der Regel einmal im Monat. Gemäß §20 Abs. 2 NBG hat der Generalrat das Direktorium in Angelegenheiten der Geschäftsführung und der Währungspolitik zu beraten. Gemeinsame Sitzungen des Generalrats und des Direktoriums haben mindestens einmal im Vierteljahr stattzufinden. Für eine Reihe von Agenden der Geschäftsführung ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Dazu zählen die Neuaufnahme oder Auflassung von Geschäftszweigen, die Errichtung oder Auflassung von Zweiganstalten sowie der Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen und Liegenschaften.

Des Weiteren ist die Zustimmung des Generalrats bei der Besetzung von Aufsichtsräten und des Managements von Unternehmen, an denen die OeNB beteiligt ist, einzuholen. Auch bei der

Ernennung der Funktionäre der zweiten Führungsebene der OeNB ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Darüber hinaus sind die in §21 Abs. 2 NBG genannten Angelegenheiten der Beschlussfassung durch den Generalrat vorbehalten, wie z. B. die Erstattung von unverbindlichen Dreier-vorschlägen an die Bundesregierung für die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums durch den Bundespräsidenten, die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Geschäftspolitik in Nicht-ESZB-Angelegenheiten und die Genehmigung des Jahresabschlusses zwecks Vorlage an die Generalversammlung sowie die Genehmigung der Plankostenrechnung und des Investitionsplans für das nächste Geschäftsjahr.

Zusammensetzung des Generalrats

Der Generalrat besteht aufgrund der NBG-Novelle 2011, BGBl. I Nr. 50/2011, in Zukunft (nur mehr) aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und acht weiteren Mitgliedern, wobei aufgrund einer Übergangsregelung in dieser Gesetzesnovelle die ursprünglich gegebene Anzahl der Generalratsmitglieder (14) in zwei Schritten auf zehn zu reduzieren ist, und zwar bis zum 31. Dezember 2013 auf zwölf und bis zum 31. Dezember 2015 auf zehn Mitglieder. Die Mitglieder müssen österreichische Staatsbürger sein. Sie werden von der Bundesregierung für die Dauer von fünf Jahren ernannt; eine Wiederernennung ist zulässig. Weitere Bestimmungen zum Generalrat finden sich in den §§ 20 bis 30 NBG.

Mit Stand 24. April 2014 umfasste der Generalrat der OeNB folgende Mitglieder:



**Dkfm. Dr.
Claus J. Raidl**
Präsident

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.9.2013 – 31.8.2018*



**Mag. Max
Kothbauer**
Vizepräsident

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.9.2013 – 31.8.2018*



**Dipl.-Ing.
August Astl**
*Generalsekretär der
Landwirtschaftskammer
Österreich*

*Aktuelle Funktionsperiode:
8.9.2013 – 7.9.2018*



**Dkfm. Elisabeth
Gürtler-Mauthner**
*Geschäftsführerin der Sacher
Hotels Betriebsges.m.b.H. und
Generaldirektorin der
Spanischen Hofreitschule
Aktuelle Funktionsperiode:
26.5.2009 – GV¹ 2014*



**Univ.-Prof. MMag. Dr.
Gottfried Haber**
*Leiter Forschungsbereich Wirtschafts-,
Budget- und Finanzpolitik und Zen-
trum für Management im Gesundheits-
wesen der Donau-Universität Krems
Aktuelle Funktionsperiode:
23.5.2013 bis 22.5.2018*



Dr. Erich Hampel
*Präsident der
UniCredit Bank Austria AG*

*Aktuelle Funktionsperiode:
23.5.2013 – 22.5.2018*



**Mag. Anna Maria
Hochhauser**
*Generalsekretärin der
Wirtschaftskammer Österreich*

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.3.2013 – 28.2.2018*



**Dipl.-Ing.
Johann Marihart**
*Generaldirektor der
Agrana Beteiligungs-AG*

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.8.2009 – 31.7.2014*



Mag. Werner Muhm
*Direktor der Kammer
für Arbeiter und
Angestellte für Wien*

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.3.2013 – 28.2.2018*



Dr. Gabriele Payr
*Konsultin bei der
Wiener Stadtwerke
Holding AG*

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.8.2009 – 31.7.2014*



**Mag. Dr. Walter
Rothensteiner**
*Generaldirektor der
Raiffeisen Zentralbank
Österreich AG*

*Aktuelle Funktionsperiode:
27.5.2010 – GV¹ 2015*



Dr. Dwora Stein
*Bundesgeschäftsführerin der
Gewerkschaft der Privat-
angestellten, Druck,
Journalismus, Papier*

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.9.2013 – 31.8.2018*

Gemäß § 22 Abs. 5 NBG wurden vom Zentralbetriebsrat zu den Sitzungen des Generalrats als Vertreter Robert Kocmich und als Stellvertreterin Mag. Birgit Sauerzopf entsendet.



Robert Kocmich
*Vorsitzender des
Zentralbetriebsrats*



Mag. Birgit Sauerzopf
*Stellvertretende Vorsitzende des
Zentralbetriebsrats*



**Staatskommissär
Sektionschef
Mag. Harald Waiglein**
*Leiter der Sektion für Wirtschafts-
politik und Finanzmärkte im
Bundesministerium für Finanzen
Aktuelle Funktionsperiode:
seit 1.7.2012*



**Staatskommissär-Stellvertreter
Mag. Alfred Lejsek**
*Gruppenleiter
Gruppe III/B Finanzmärkte im
Bundesministerium für Finanzen*

*Aktuelle Funktionsperiode:
seit 1.4.2011*

¹ GV: Generalversammlung, voraussichtlich im Mai des jeweiligen Jahres.

Personelle Veränderungen im Generalrat

(1. Jänner 2013 bis 24. April 2014)

Mag. Werner Muhm wurde mit Beschluss der Bundesregierung vom 12. Februar 2013 wieder zum Mitglied des Generalrats ab 1. März 2013 ernannt.

Des Weiteren hat die Bundesregierung mit Beschluss vom 12. Februar 2013 das Mandat von Mag. Anna Maria Hochhauser verlängert und sie für eine neue Funktionsperiode, beginnend mit 1. März 2013, zum Mitglied des Generalrats ernannt.

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung vom 12. Februar 2013 zudem beschlossen,

- Dkfm. Dr. Claus J. Raidl ab 1. September 2013 zum Präsidenten,
- Mag. Max Kothbauer ab 1. September 2013 zum Vizepräsidenten,
- Dr. Dwora Stein ab 1. September 2013 zum Mitglied des Generalrats,
- Dipl.-Ing. August Astl ab 8. September 2013 zum Mitglied des Generalrats sowie
- Dr. Erich Hampel und Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber jeweils ab der regelmäßigen Generalversammlung der OeNB am 23. Mai 2013 zu Mitgliedern des Generalrats

zu ernennen.

Mag. Ferdinand Mramor, stellvertretender Belegschaftsvertreter im Generalrat (§ 22 Abs. 5 NBG) hat per 1. März 2014 seine Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Zentralbetriebsrats zurückgelegt. Gemäß des Beschlusses des Zentralbetriebsrats vom 20. Februar 2014 wurde Mag. Birgit Sauerzopf zur stellvertretenden Vorsit-

zenden gewählt und als stellvertretende Belegschaftsvertreterin in den Generalrat entsandt.

Direktorium

Das Direktorium leitet den gesamten Dienstbetrieb und führt die Geschäfte der OeNB. Bei der Verfolgung der Ziele und Aufgaben des ESZB handelt das Direktorium entsprechend den Leitlinien und Weisungen der EZB. Das Direktorium führt die Geschäfte in der Weise, dass die OeNB in die Lage versetzt wird, die ihr auf Grundlage des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB/EZB-Satzung) erlassenen unmittelbar anwendbaren unionsrechtlichen Vorschriften und die sonst durch ein Bundesgesetz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.

Das Direktorium besteht aus dem Gouverneur, dem Vize-Gouverneur und zwei weiteren Mitgliedern. Alle Mitglieder des Direktoriums werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt. Die Ernennung erfolgt aufgrund der NBG-Novelle 2011 jeweils auf die Dauer von sechs Jahren; eine Wiederernennung ist zulässig. Der Gouverneur ist Mitglied des EZB-Rats und des Erweiterten Rats der EZB. Er und sein Vertreter sind bei Wahrnehmung dieser Funktionen weder an Beschlüsse des Direktoriums noch an solche des Generalrats gebunden und unterliegen auch sonst keinerlei Weisungen.

Mit Stand 31. Dezember 2013 umfasste das Direktorium der OeNB folgende Mitglieder:



*Von links: Direktor Mag. Dr. Peter Mooslechner; Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny;
Vize-Gouverneur Mag. Andreas Ittner; Direktor Mag. Dr. Kurt Pribil*

Für weitere Informationen zum Direktorium der OeNB siehe auch www.oenb.at

Wiederbestellungen und Ernennungen im Direktorium im Jahr 2013

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hat mit Entschließung vom 16. Jänner 2013 gemäß § 33 (2) NBG für die Dauer von sechs Jahren Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny als Gouverneur (Funktionsperiode: 1. September 2013 bis 31. August 2019) wiederbestellt und Mag. Andreas Ittner als Vize-Gouverneur (Funktionsperiode: 11. Juli 2013 bis 10. Juli 2019), Mag. Dr. Peter Mooslechner (Funktionsperiode: 1. Mai 2013 bis 30. April 2019) und Mag. Dr. Kurt

Pribil (Funktionsperiode: 11. Juli 2013 bis 10. Juli 2019) als weitere Mitglieder des Direktoriums ernannt.

Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchaczek, dessen Funktionsperiode noch bis 10. Juli 2013 gelaufen wäre, hat am 25. Juni 2013 seine Funktion als Mitglied des Direktoriums und als Vize-Gouverneur mit sofortiger Wirkung zurückgelegt.

Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner, dessen Funktionsperiode bis 14. Juli 2013 gelaufen wäre, hat seine Funktion als Mitglied des Direktoriums mit Ablauf des 30. April 2013 zurückgelegt.

Organisation der OeNB

Präsident

Dkfm. Dr. Claus J. Raidl

Vizepräsident

Mag. Max Kothbauer

Direktorium

Ressort Notenbankpolitik

Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny

Referat Compliance

AL Mag. Eva Graf

Hauptabteilung

Öffentlichkeitsarbeit, Organisation und Personal

DHA Mag. Markus Arpa

Referat Protokoll Direktorium, Generalrat
und Generalversammlung
SAD Dr. Brigitta Lidauer

Personalabteilung

AL DRR Hannes Brodtrager

Organisationsabteilung¹

AL Mag. Anna Cordt

Referat Pressestelle

AL Dr. Christian Gutleiderer

Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen

AL Maximilian Hiermann

Geldmuseum

AL DRR Mag. Günther Thonabauer

Hauptabteilung Volkswirtschaft

DHA Dr. Doris Ritzberger-Grünwald

Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

AL DRR Mag. Dr. Ernest Gnan

Abteilung für volkswirtschaftliche Studien

AL Mag. Dr. Martin Summer

Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher

Entwicklungen im Ausland

AL Dr. Helene Schuberth

Ressort Finanzmarktstabilität, Bankenaufsicht und Statistik

Vize-Gouverneur Mag. Andreas Ittner

Innenrevision

AL DRR Mag. Dr. Axel Aspetsberger

Hauptabteilung

Europäische Großbankenaufsicht

DHA Mag. Dr. Karin Hrdlicka

Abteilung für Europäische Großbankenanalyse

AL Dipl.-Ing. Dr. Gabriela De Raaij

Abteilung für Europäische Großbankenrevision

AL Mag. Martin Hammer

Abteilung Europäische Aufsichtsgrundsätze und Strategie

AL Priv.-Doz. Mag. Dr. Markus Schwaiger

Hauptabteilung

Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung

DHA Mag. Philip Reading

Abteilung für Bankenanalyse

AL Mag. Dr. Georg Hubmer

Abteilung für Bankenrevision

AL Mag. Dr. Roland Pipelka

Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht

AL DRR Dr. Michael Würz

Hauptabteilung Statistik

DHA Mag. Dr. Johannes Turner

Abteilung Statistik – Informationssysteme und Datenmanagement

AL DRR Eva-Maria Springauf

Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken

AL Dr. Michael Pfeiffer

Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen

AL DRR Gerhard Kaltenbeck

AD *Advisor*
AL *Abteilungsleiter*
DHA *Direktor der Hauptabteilung*
DRR *Direktionsrat*
DZA *Direktor und Leiter der Zweiganstalt*
SAD *Senior Advisor*
STAL *Stellvertretender Abteilungsleiter*

**Ressort Rechnungswesen,
Zahlungsverkehr und Informationsverarbeitung**
Direktor Mag. Dr. Kurt Pribil

**Hauptabteilung
Rechnungswesen und Werterevision**

DHA Friedrich Karrer

Abteilung Bilanzierung und Risikoüberwachung Treasury
AL DRR Elisabeth Trost

Abteilung Zentralbuchhaltung und Werterevision
AL Josef Steininger

**Hauptabteilung
Zahlungsverkehr und Beteiligungen**

DHA Dr. Stefan Augustin

Abteilung für Bargeld- und Zahlungsverkehrssteuerung
AL Mag. Doris Schneeberger

Beteiligungsverwaltung
AL Dr. Christa Mölzer-Hellsberg

Banknoten- und Münzenkasse
AL Kassendirektor Mag. Dr. Gerhard Schulz

Zahlungsverkehrsabteilung
AL DRR Mag. Katharina Selzer-Haas

Zweiganstalt Österreich Nord
DZA Josef Kienbauer

Zweiganstalt Österreich Süd
DZA Claudia Macheiner

Zweiganstalt Österreich West
DZA Mag. (FH) Armin Schneider

Hauptabteilung Informationstechnologie

DHA Christoph Martinek

Referat IT-Compliance
STAL Dipl.-Ing. Alexander Tampermeier

IT-Operations
AL DRR Ing. Peter Deixelberger

IT-Development
AL Dipl.-Ing. Dieter Gally

**Ressort Finanzmärkte, Internationale
Beziehungen und Interne Dienste**
Direktor Mag. Dr. Peter Mooslechner

**Abteilung für Integrationsangelegenheiten und
Internationale Finanzorganisationen**
AL Mag. Franz Nauschnigg

Repräsentanz Brüssel
AD Mag. Carmencita Nader-Uher, MBA

Rechtsabteilung
AL Dr. Matthias Schroth

Hauptabteilung Treasury

DHA Mag. Franz Partsch

Treasury – Back Office
AL DRR Felix Pollak

Abteilung für Treasury – Strategie
AL Mag. Robert Reinwald

Treasury – Front Office
AL Mag. Peter Sixt

Repräsentanz New York
AL DRR Mag. Gerald Fiala

Hauptabteilung Interne Dienste und Planung

DHA Mag. Gerhard Hohäuser

Abteilung für Einkauf, Technik und Service
AL Mag. Thomas Reindl

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten
AL DRR Gerhard Valenta

Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
AL Mag. Bernhard Urban

Abteilung für Planung und Controlling
AL Mag. Rudolf Butta

¹ Umweltbeauftragter: Mag. Martin Much, MSc
Stand per 24. April 2014

Das Geschäftsjahr 2013 im Überblick

Geldpolitische Maßnahmen stabilisieren die Finanzmärkte und stärken das Vertrauen

Zu Jahresende 2013 verbesserte sich die Konjunktur im Euroraum deutlich. Das Wachstum des realen BIP erreichte im vierten Quartal 2013 +0,3% gegenüber dem Vorquartal. Die Erholung der Weltwirtschaft belebte den Exportsektor, die rückläufige Inflationsrate stützte die Kaufkraft der Verbraucher und die Unternehmer investierten wieder. Das gestiegene Vertrauen zeigte sich auch auf den Finanzmärkten. Die Renditen für 10-jährige Staatsanleihen der finanziell angeschlagenen Länder setzten ihren Abwärtstrend fort und erreichten Werte, die Irland und Spanien einen reibungslosen Ausstieg aus den EU/IWF-Hilfsprogrammen ermöglichten. Auch Österreich und die Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) sind auf einem moderaten Erholungspfad und können ihren Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum wahren. Zum Aufschwung im Euroraum hat die Geldpolitik mit ihren Sondermaßnahmen, ihrer großzügigen

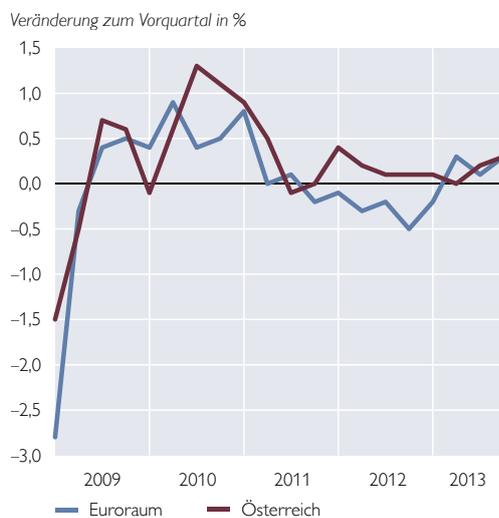
und langfristigen Liquiditätszuteilung, zwei Leitzinssenkungen im Jahr 2013 und der Erwartungssteuerung (Forward Guidance) entscheidend beigetragen. Diese Maßnahmen halfen, die Marktzinsen auf historisch niedrigem Niveau zu halten. Herausforderungen für die Geldpolitik bleiben die regional unterschiedlichen Finanzierungsbedingungen innerhalb des Euroraums, die angespannte Bilanzposition und die schwache Kreditvergabe der Banken sowie die Unterschreitung des mittelfristigen Inflationsziels.

Aufsichtspolitik zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität entscheidend weiterentwickelt

Das wirtschaftliche Umfeld hat die österreichischen Finanzintermediäre auch im Jahr 2013 – trotz der nachlassenden Spannungen auf den internationalen Finanzmärkten – gefordert. Dies spiegelt sich auch in einer gesunkenen Gesamtkapitalrentabilität der österreichischen Banken wider, die im Jahr 2013 erstmals negativ war. Die CESEE-Aktivitäten sind weiterhin profitabel, wenngleich ein Großteil der Gewinne zunehmend aus einigen wenigen Ländern stammt. Die Eigenmittelausstattung der österreichischen Banken verbessert sich kontinuierlich. Dennoch

Grafik 1

Reales BIP



Grafik 2

HVPI-Inflationsrate



erscheint eine weitere Stärkung notwendig. Der österreichische Finanzsektor ist im Jahr 2013 vom Internationalen Währungsfonds (IWF) einer regelmäßig durchgeführten Evaluierung (FSAP) unterzogen worden. Die Empfehlungen des IWF betreffen die Bankenaufsicht, die Einrichtung eines makroprudenziellen Gremiums sowie den Aufbau eines einheitlichen Einlagensicherungssystems. Auf europäischer Ebene wurde die Schaffung der Bankenunion entschieden vorangetrieben. Die Vorbereitungen zur Umsetzung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus sind bereits in vollem Gang. Dem Asset Quality Review, der die Qualität der Bank-Aktiva prüft, kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. Beim einheitlichen Abwicklungsmechanismus und beim harmonisierten Einlagensicherungssystem wurde eine Einigung auf eine grundsätzliche Ausrichtung erzielt. Der Handlungsspielraum der Aufsicht wurde insbesondere durch die Umsetzung von Basel III und – auf Systemebene – durch die Einrichtung des Finanzmarktstabilitätsgremiums (makroprudenzielle Aufsicht) in Österreich gestärkt.

Geschäftliches Ergebnis der OeNB beläuft sich auf 298 Mio EUR

Das von der OeNB im Jahr 2013 erwirtschaftete Ergebnis ist gegenüber dem Vorjahr um ein Drittel auf 662 Mio EUR zurückgegangen. Nach der Zuführung zur Risikorückstellung in der Höhe von 300 Mio EUR, den Abschreibungen auf Fremdwährungen und Wertpapiere von zusammen 73 Mio EUR und der kompletten Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Geschäften des Eurosystems von 9 Mio EUR beläuft sich das geschäftliche Ergebnis 2013 auf 298 Mio EUR. Davon entfallen auf die Körperschaftsteuer 75 Mio

EUR und auf den 90-prozentigen Gewinnanteil des Bundes gemäß NBG 181 Mio EUR. Der Bilanzgewinn 2013 wird mit 20 Mio EUR ausgewiesen. Im geschäftlichen Ergebnis sind das Nettozinsergebnis mit 834 Mio EUR und realisierte Nettogewinne aus Finanzgeschäften mit 107 Mio EUR enthalten. Die Personalaufwendungen und die Aufwendungen für Altersvorsorgen belaufen sich auf 136 Mio EUR bzw. auf 114 Mio EUR und die Sachaufwendungen auf 82 Mio EUR. Die Nettowährungsposition der OeNB verringerte sich auf 13,4 Mrd EUR. Der Rückgang um 4,7 Mrd EUR gegenüber dem Bilanzstichtag 2012 ist im Wesentlichen auf buchmäßige Kursverluste beim Gold aus der Bewertung zum 31. Dezember 2013, die GuV-neutral verrechnet wurden, zurückzuführen. Von der Nettowährungsposition entfallen 7,8 Mrd EUR auf Goldbestände.

Tabelle 1

Ausgewählte Kennzahlen der OeNB

	2012	2013
<i>in Mio EUR</i>		
Unternehmenskennzahlen (Stand 31. Dezember)		
Nettowährungsposition	18.142	13.430
Banknotenumlauf	23.298	24.497
Bilanzsumme	109.369	97.485
Erwirtschaftetes Ergebnis	988	662
Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen und Veränderung der Risikorückstellung und der Rückstellung für geldpolitische Operationen des Eurosystems	-610	-364
Geschäftliches Ergebnis	377	298
Körperschaftsteuer	94	75
Gewinnanteil des Bundes	255	181
Bilanzgewinn	28	20
<i>absolut</i>		
Mitarbeiterressourcen der OeNB-Fachbereiche (Wissensbilanz)		
Akademikeranteil, in %	1.071,7	1.089,1
Auskünfte der OeNB-Hotlines	51,9	54,1
Abonnenten der Newsletter	31.863	27.235
Bargeldschulungen	18.910	18.904
	397	303
Umweltbilanz		
Wärmeverbrauch in kWh/m ²	67	63
Stromverbrauch in MWh/Mitarbeiter	7,3	7,5

Quelle: OeNB.

Die OeNB im Dienste der Preis- und Finanzmarktstabilität



Aus unserem Leitbild

Wir gewährleisten gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und den anderen Zentralbanken des Euroraums die Stabilität des Euro und unterstützen damit eine gesunde Wirtschaftsentwicklung.

Geldpolitische Maßnahmen stabilisieren die Finanzmärkte und stärken das Vertrauen

Marktzinsen und Zinserwartungen können auf historisch niedrigem Niveau gehalten werden

Im Jahr 2013 setzte sich die zunehmende Entspannung auf den Finanzmärkten fort. Dazu trugen neben den Reformbemühungen der Länder in der Europäischen Union (EU) auch die unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems der Vorjahre bei. Diese umfassten die beiden Drei-Jahres-Tender, in deren Rahmen Ende 2011 und Anfang 2012 den Banken unbeschränkt Zentralbankliquidität für eine Dauer von drei Jahren zur Verfügung gestellt wurde.¹ Zudem hatte der EZB-Rat im Sommer 2012 seine grundsätzliche Bereitschaft verlautbart, Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt anzukaufen, um Preisübertreibungen aufgrund von Spekulationen über ein

Auseinanderbrechen des Euroraums entgegenzuwirken. Dieses Programm wurde unter der Bezeichnung Outright Monetary Transactions (OMT) bekannt.

Die Refinanzierungsbedingungen auf den Interbankenmärkten verbesserten sich im Jahr 2013 deutlich. Mit dem Abklingen der Staatsschuldenkrise sank zudem das wahrgenommene Kredit- und Länderrisiko, sodass auch der grenzüberschreitende Interbankenhandel wieder zunahm. Vor diesem Hintergrund reduzierte sich der Bedarf der Banken an Sicherheitspuffern in der Liquiditätshaltung, und sie nahmen das Angebot der vorzeitigen Rückzahlung der Drei-Jahres-Tender (ab dem 30. Jänner bzw. 27. Februar 2013) wahr. Bis Ende Februar 2013 flossen 212 Mrd EUR (oder rund 21 %) der insgesamt zugeteilten 1.019 Mrd EUR zurück. Ein Jahr später, also Ende Februar 2014, waren bereits 45 % oder rund 460 Mrd EUR zurückgezahlt. Dennoch blieb das Volumen an Überschussliquidität über weite Strecken des Jahres 2013 beträchtlich, wodurch der Übernachtzinssatz EONIA nicht durch den Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsgeschäft bestimmt wurde, sondern sich am unteren Rand des Zinskorridors, nämlich am Satz für die Einlagefazilität orientierte. Gegen Jahresende 2013 stiegen sowohl das Niveau des EONIA als auch seine Volatilität leicht an, was einerseits auf saisonale Faktoren zurückzuführen war und andererseits auch mit dem deutlichen Rückgang der Überschussliquidität in Zusammenhang stand.

Geldpolitische Sondermaßnahmen der vergangenen Jahre wirken weiterhin positiv auf die Finanzmärkte

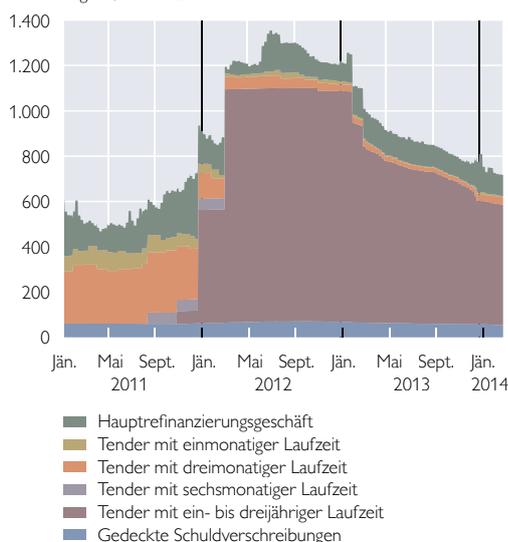
Outright Monetary Transactions (OMT)

Im Rahmen der OMT kann das Eurosystem unter Einhaltung strikter Bedingungen unbeschränkt Staatsanleihen von Euroraumländern auf dem Sekundärmarkt kaufen oder verkaufen. Ziel der OMT ist es, ungerechtfertigten Renditeaufschlägen bei Staatsanleihen, die die geldpolitische Transmission behindern, entgegenzuwirken.

Grafik 3

Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

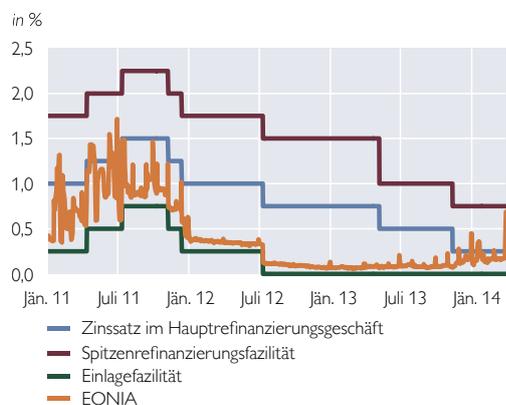
nach Fristigkeit, in Mrd EUR



Quelle: EZB.

¹ Die dreijährigen Refinanzierungsgeschäfte wurden in Form von Mengentendern der Nachfrage der Banken entsprechend zugeteilt. Zentralbankliquidität wird jedoch nur gegen angemessene Sicherheiten zur Verfügung gestellt.

EZB- und Geldmarkt-Zinssätze



Quelle: EZB, Thomson Reuters.

Zwei Leitzinssenkungen und Forward Guidance halten die Geldmarktzinsen auf historisch niedrigem Niveau

Überschussliquidität

Jene im Bankensystem befindliche Zentralbankliquidität, die über die Nachfrage – gegeben durch die Mindestreservspflicht und autonome Faktoren wie den Bargeldumlauf – hinausgeht.

Volumen an Zentralbankliquidität nimmt seit Anfang 2013 deutlich ab

Trotz der Verbesserung der Situation auf den Finanzmärkten dämpften die anhaltenden Bilanzanpassungen, die hohe Arbeitslosigkeit sowie die Fiskalkonsolidierung die Wirtschaftstätigkeit im Euroraum. Die für Jahresbeginn 2013 prognostizierte schrittweise Erholung ließ weiter auf sich warten, und die Stimmungsindikatoren verschlechterten sich. Zudem nahm der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) von 2,0% im Jänner 2013 auf 1,2% im April 2013 ab. Um Preisstabilität in diesem Umfeld zu bewahren und einen Beitrag zur konjunkturellen Erholung zu leisten, beschloss der EZB-Rat im Mai 2013, den Zinssatz im Hauptrefinanzierungsgeschäft um 25 Basispunkte auf 0,5% und jenen im Spitzenrefinanzierungsgeschäft um 50 Basispunkte auf 1,0% zu senken. Der Zinssatz der Einlagefazilität wurde bei 0% belassen.

Bei seinen geldpolitischen Geschäften akzeptiert das Eurosystem eine breite Palette an Wertpapieren zur Besicherung dieser Kredite. Im Jahr 2013 wurde eine Reihe von Anpassungen der Richtlinien für diese Sicherheiten beschlossen (siehe Kasten 1).

Während der makroökonomische Ausblick im Euroraum in der ersten Jahreshälfte 2013 schwach blieb, verbesserte sich die Lage in den USA zunehmend. Das Federal Reserve System (Fed) kündigte im Frühjahr an, dass bei einer anhaltenden wirtschaftlichen Verbesserung das Wertpapier-Ankaufprogramm im Jahresverlauf zurückgefahren werden würde. Auf den internationalen Finanzmärkten führte dies zu einer Neueinschätzung der zu erwartenden geldpolitischen Ausrichtung, sodass auch im Euroraum Zinsanstiege zu verzeichnen waren.

Da nun die Markterwartungen über die weitere Leitzinsentwicklung von den Einschätzungen des EZB-Rats abwichen, beschloss dieser im Juli 2013, die Erwartungen mit der Ankündigung, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, zu steuern. Dieser Ansatz wurde als Forward Guidance bekannt und im originalen Wortlaut auch in der zweiten Jahreshälfte 2013 und Anfang 2014 wiederholt.

Im zweiten Quartal 2013 konnte der Euroraum dank stärkerer Exportnachfrage und Rückkehr des Vertrauens die Rezession überwinden. Dennoch schwächte sich die Inflationsentwicklung aufgrund sinkender Energie- und schwach steigender Nahrungsmittelpreise, aber auch aufgrund einer schrumpfenden Kernteuerung weiter ab. Die Inflationsprognosen wurden stetig nach unten revidiert, und es wurde klar, dass die Preisentwicklung mittelfristig gedämpft bleiben wird. Zudem sank das Volumen an von Banken vergebenen Unternehmenskrediten im gesamten Jahresverlauf 2013. Dies veranlasste den EZB-Rat im November 2013 zu einer neuerlichen Leitzinsreduktion. Er senkte den Zinssatz im Hauptrefinanzierungsgeschäft

Chronik ausgewählter geldpolitischer Sondermaßnahmen des Eurosystems 2013/14

März 2013: Ankündigung, dass ab 1. März 2015 ungedeckte, von der Bank selbst begebene und staatlich garantierte Schuldverschreibungen nicht mehr als Sicherheiten bei geldpolitischen Geschäften zugelassen werden.

Mai 2013: Das Hauptrefinanzierungsgeschäft (HRG) sowie die Geschäfte mit ein- bzw. dreimonatiger Laufzeit werden weiterhin so lange wie notwendig, zumindest jedoch bis Jahresmitte 2014 als Mengentender mit Vollzuteilung abgewickelt. Die Zinssätze für die ein- bzw. dreimonatigen Tendersgeschäfte entsprechen dem durchschnittlichen Zinssatz im HRG über die jeweilige Laufzeit.

September 2013: Die Liquiditätsswap-Vereinbarung mit der Bank of England (BoE) wird bis zum 30. September 2014 verlängert. Auf deren Basis kann die BoE dem Eurosystem (insbesondere der Central Bank of Ireland) bis zu 10 Mrd GBP im Austausch gegen Euro zur Verfügung stellen.

Oktober 2013: Die Anforderungen an die als Sicherheiten bei geldpolitischen Geschäften zugelassenen Wertpapiere werden regelmäßig überprüft, um das Eurosystem ausreichend gegen Risiken zu schützen und ein in sich konsistentes Rahmenwerk zu bewahren. Infolge dieser Überprüfung werden die Zulassungskriterien für Asset-Backed Securities (ABS) gelockert und ihre Bewertungsabschläge verringert, wenn die Meldepflicht auf Einzelkreditbasis für diese Papiere eingehalten wird. Darüber hinaus werden die Zulassungskriterien und Bewertungsabschläge für Kreditforderungspools und bestimmte Arten von zusätzlichen Kreditforderungen (Additional Credit Claims – ACC) angepasst, die nach Maßgabe des temporären Sicherheitenrahmens des Eurosystems zugelassen sind und von einigen nationalen Zentralbanken angewandt werden.

Es wird – auf drei Jahre befristet – eine wechselseitige Swap-Vereinbarung mit der People's Bank of China über maximal 350 Mrd CNY bzw. 45 Mrd EUR errichtet. Dieses Liquiditäts-Sicherheitsnetz soll die Versorgung der Banken im Euroraum mit chinesischen Yuan sicherstellen.

In Zusammenarbeit mit anderen Notenbanken wird das bisher befristete Netzwerk wechselseitiger Swap-Vereinbarungen nun zu einer dauerhaften Einrichtung. Damit kann das Eurosystem bei Bedarf den beteiligten Zentralbanken weiterhin Liquidität in Euro zur Verfügung stellen und seinen Geschäftspartnern Mittel in US-Dollar, japanischen Yen, Pfund Sterling, Schweizer Franken sowie Kanadischen Dollar bereitstellen. Zudem werden bis auf weiteres regelmäßig liquiditätszuführende Geschäfte in US-Dollar mit Laufzeiten von etwa einer Woche und etwa drei Monaten angeboten (Mengentender mit Vollzuteilung).

November 2013: Gedeckte Bankschuldverschreibungen, die vom Emittenten als Sicherheiten verpfändet werden – auch einbehaltene gedeckte Bankschuldverschreibungen genannt – bergen im Fall einer Zahlungsunfähigkeit des Geschäftspartners zusätzliche Risiken. So geht die implizite Garantie des Emittenten verloren, und der Wert der Sicherheit wird nur noch durch den zugrunde liegenden Deckungspool gewährleistet. Für einbehaltene gedeckte Bankschuldverschreibungen wird deshalb ein Bewertungsabschlag von 8 % für Kreditqualitätsstufe 1 und 2 und von 12 % für Kreditqualitätsstufe 3 eingeführt.

Um weiterhin sicherzustellen, dass solvente Banken keine Liquiditätsbeschränkungen erfahren, insbesondere wenn die beiden Drei-Jahres-Tender Anfang 2015 auslaufen, werden sowohl die HRG als auch die Geschäfte mit ein- bzw. dreimonatiger Laufzeit weiterhin so lange wie notwendig, zumindest jedoch bis Jahresmitte 2015 als Mengentender mit Vollzuteilung abgewickelt. Die Zinssätze für die ein- bzw. dreimonatigen Tendersgeschäfte werden dem durchschnittlichen Zinssatz im HRG über die jeweilige Laufzeit entsprechen.

Jänner 2014: Da die Spannungen auf dem US-Dollar-Markt für Banken im Euroraum deutlich nachgelassen haben, werden US-Dollar-Tender mit einer Laufzeit von drei Monaten nur noch bis Ende April 2014 durchgeführt. Danach werden diese Geschäfte eingestellt. US-Dollar-Tender mit einer Laufzeit von einer Woche werden weiterhin – zumindest bis 31. Juli 2014 – zur Verfügung stehen.

**Öffentliche
Ausgabenkürzungen
belasten die
US-Konjunktur**

**Fragmentierung der
Finanzmärkte
behindert weiterhin die
einheitliche
Transmission der
Geldpolitik**

Forward Guidance

Bekanntgabe einer Einschätzung über den weiteren Leitzinsverlauf durch eine Notenbank mit dem Ziel, die Unsicherheit über die weitere Geldmarktentwicklung zu reduzieren. Im Jahr 2013 wurde dieses Instrument u.a. von der Fed, der Bank of England (BoE) und der EZB eingesetzt. Dabei wurde ein anhaltend niedriges Zinsniveau für einen gewissen Zeitraum (EZB) oder bis Erreichen eines bestimmten makroökonomischen Schwellenwertes (Fed, BoE) angekündigt.

schäft um 25 Basispunkte auf 0,25 % und jenen im Spitzenrefinanzierungsgeschäft ebenfalls um 25 Basispunkte auf 0,75 %. Der Zinssatz in der Einlagefazilität wurde abermals bei 0 % belassen.

Durch die beiden Leitzinssenkungen, aber auch durch die generelle Verbesserung der Lage auf den Finanzmärkten sanken die Kundenzinsen für Bankkredite im Jahresverlauf 2013. Dennoch blieben innerhalb des Euro-raums beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern bestehen. Die Zinssenkungen wurden nicht überall in vollem Ausmaß an die Realwirtschaft weitergegeben. Die Fragmentierung der Kreditmärkte ist daher weiterhin eine große Herausforderung für die einheitliche Geldpolitik des Euro-systems. Der Aufbau der Bankenunion sowie die ihr vorgelagerte Überprüfung der Kapital- und Finanzierungssituation der Banken sollen vertrauensbildend wirken und damit helfen, diese Fragmentierung abzubauen und die Finanzierungsbedingungen im Euroraum wieder homogener zu gestalten.

Aufgrund der weiterhin nur moderaten Erholung der Realwirtschaft sowie des auch mittelfristig schwachen Preisdrucks wiederholte der EZB-Rat zu Beginn des Jahres 2014 seine Ankündigung, den akkommodierenden geldpolitischen Kurs so lange wie erforderlich beizubehalten.

Zögerliches Wachstum der Weltwirtschaft

Im Jahr 2013 kam es erneut zu einer leichten Abschwächung der Weltkonjunktur. Das Wirtschaftswachstum sowohl der Industrie- als auch der Schwellenländer blieb geringfügig unter jenem des Vorjahres. Unter den Industriestaaten hat sich vor allem die Konjunk-

turdynamik in den USA verlangsamt. Während sich die Lage auf dem amerikanischen Häuser- und Arbeitsmarkt stetig verbesserte und damit die inländische Nachfrage angekurbelt wurde, hatten die öffentlichen Ausgabenkürzungen einen dämpfenden Effekt auf das BIP-Wachstum. Mit dem Nachlassen der Fiskalkonsolidierung wird sich die wirtschaftliche Dynamik ab 2014 jedoch wieder verbessern.

Die US-amerikanische Notenbank (Fed) kündigte als Reaktion auf die steigende Konsumnachfrage und sinkende Arbeitslosenzahlen im Mai 2013 erstmals an, die Anleihekäufe im Umfang von 85 Mrd USD pro Monat im Rahmen der quantitativen Lockerung in naher Zukunft zurückzufahren (Tapering). Im Dezember 2013 wurde der Beginn des Tapering beschlossen, seit Anfang 2014 werden die Anleihekäufe nun schrittweise gedrosselt. Mit Jahresende 2014 sollen überhaupt keine Käufe mehr getätigt werden. Bereits die Ankündigung des Tapering führte zu starken Reaktionen auf den globalen Finanzmärkten und zu Kapitalabflüssen aus zahlreichen Schwellenländern.

In Japan konnte sich das Wirtschaftswachstum im Jahr 2013 beschleunigen. Begünstigend wirkten expansive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen, die Teil der neuen Wachstumsstrategie der japanischen Regierung sind. Neben dem Ziel, Japan aus der Deflation zu führen, soll auch das Potenzialwachstum mithilfe von Strukturreformen nachhaltig angehoben werden. Erste Erfolge zeigten sich an den seit Mitte 2013 steigenden Inflationsraten. Um den Jahreswechsel 2013/14 erreichte die Teuerungsrate mit rund 1,5 % Werte, wie sie zuletzt im Jahr 2008 beobachtet wurden.

In den Jahren 2014 und 2015 wird mit einer Beschleunigung des globalen BIP-Wachstums gerechnet. Die wirtschaftliche Dynamik in den Schwellen- und Entwicklungsländern soll weitgehend unverändert bleiben, wobei die kurzfristigen Wachstumsaussichten aufgrund des Tapering der Fed und den damit einhergehenden verschärften Finanzierungsbedingungen in einigen Schwellenländern eingetrübt sind. In der Türkei kam es 2013 zu signifikanten Kapitalabflüssen und einer deutlichen Abwertung der Türkischen Lira, wozu auch innenpolitische Unruhen beitrugen. Anfang 2014 erhöhte die türkische Notenbank die Leitzinsen deutlich und setzte damit einen Wendepunkt in ihrem geldpolitischen Kurs, der bisher auf eine Erhöhung der Inlandsnachfrage abzielte. In China schwächte sich das Wirtschaftswachstum seit 2010 von rund 10% auf 7,7% im Jahr 2013 kontinuierlich ab und dürfte sich in den kommenden Jahren auch nicht beschleunigen. Ursachen für die gedämpfte Konjunktur- und Wachstumsdynamik sind einerseits strukturelle Faktoren (geringeres Bevölkerungs- und Produktivitätswachstum) und andererseits der Abbau interner Ungleichgewichte.

Die geopolitischen Spannungen in Osteuropa Anfang 2014 könnten den Wirtschaftsausblick für Russland und die Ukraine deutlich beeinträchtigen, aber auch die konjunkturellen Aussichten im Euroraum und in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) eintrüben. Die unmittelbaren Folgen der Krimkrise zeigen sich trotz Interventionen der russischen Notenbank in einer deutlichen Abwertung des russischen Rubel sowie in beträchtlichen Kursverlusten an der Moskauer Börse.

Konjunktur im Euroraum gewinnt wieder an Fahrt

Nach sechs negativen Quartalswachstumsraten in Folge konnte die Wirtschaftsleistung des Euroraums im zweiten Quartal 2013 erstmals wieder zulegen und im Lauf des Jahres weiter an Fahrt gewinnen. Obwohl sich die Inlandsnachfrage allmählich zu erholen begann, war ihr Wachstumsbeitrag im ersten Halbjahr 2013 noch negativ. Das simultane Sparen von privaten Haushalten, Unternehmen und Staat – zusammengefasst unter dem Begriff „Bilanzrezession“ – sowie das beschränkte Kreditangebot belasteten die Binnennachfrage. Der private Konsum litt vor allem unter der weiter sinkenden Beschäftigung. Auch die privaten Investitionen konnten keinen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten.

Im Jahresverlauf erholten sich die verfügbaren Einkommen jedoch dank sinkender Rohstoffpreise und belebten den privaten Konsum. Gegen Jahresende 2013 ließen zudem die Auswirkungen der Fiskalkonsolidierung und des Schuldenabbaus im privaten Sektor allmählich nach. Aufgrund des negativen statistischen Überhangs aus dem Vorjahr lag das BIP-Wachstum für 2013 mit $-0,4\%$ jedoch weiterhin im negativen Bereich und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr ($-0,7\%$) nur leicht verbessert. Ein positiver Wachstumsbeitrag kam dabei von den Nettoexporten. Der seit Jahresmitte 2013 beobachtete Aufschwung wird sich auch im Jahr 2014 fortsetzen und ein positives Jahreswachstum ermöglichen, wobei das BIP-Wachstum zunehmend von der Binnennachfrage getragen sein wird.

Inlandsnachfrage beginnt sich langsam zu erholen

Tapering

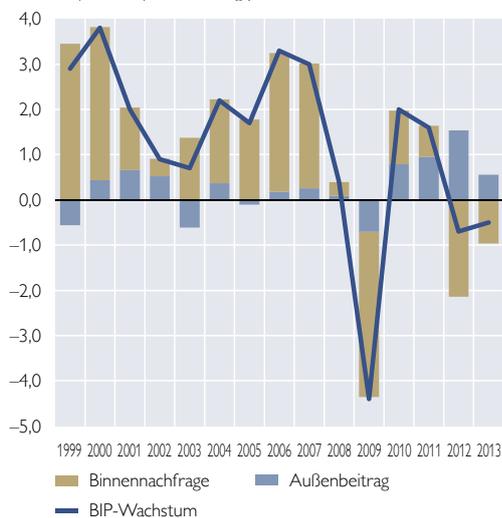
Bezeichnung für das Zurückfahren der Anleihekäufe im Rahmen der quantitativen Lockerung der US-amerikanischen Notenbank (Fed), das im Mai 2013 erstmals angekündigt wurde und seit Jänner 2014 schrittweise umgesetzt wird.

Bilanzrezession

Zustand, in dem neben den privaten und öffentlichen Haushalten auch Unternehmen sparen, da sie versuchen, vorangegangene Wertverluste, die auf der Aktivseite der Bilanz abgeschrieben werden mussten, allmählich wieder auszugleichen.

Wachstumsbeiträge zum realen BIP im Euroraum

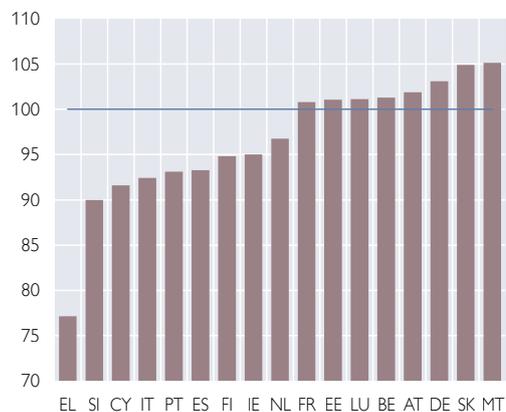
Wachstum im Vergleich zur Vorperiode in % bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



Quelle: Eurostat.

Wirtschaftsleistung 2013 im Vergleich zu 2008

Index: 2008 = 100



Quelle: Europäische Kommission (AMECO-Datenbank).

Inflationsrate sinkt auf unter 1%

Allmähliche Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt

Auf Länderebene war die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum weiterhin heterogen. Die Rückführung der makroökonomischen Ungleichgewichte, die sich vor der Finanzkrise aufgebaut hatten, erfolgt mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Trotz der bereits erzielten Erfolge befindet sich die Wirtschaftsleistung der Länder mit hohen Anpassungserfordernissen noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau von 2008.

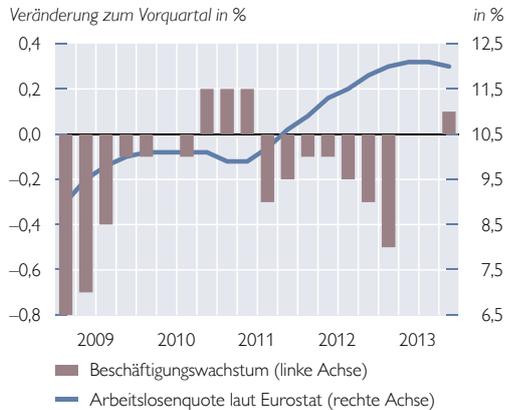
Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt steht im Einklang mit der erfahrungsgemäß verzögerten Reaktion auf einen Konjunkturaufschwung. In frühen Stadien der Erholung wird die steigende Nachfrage nach Arbeit zunächst über zusätzliche Arbeitsstunden der Beschäftigten abgedeckt, bevor neue Arbeitskräfte eingestellt werden. Im vierten Quartal 2013 war das Beschäftigungswachstum erstmals wieder leicht positiv. Anzeichen einer Stabilisierung des Arbeitsmarktes sind auch anhand der Entwicklung der Arbeitslosenquote

(laut Eurostat) sichtbar, die im letzten Jahresquartal 2013 unter ihren Höchstwert von 12,1 % von Mitte 2013 gesunken ist. Allerdings bestehen weiterhin sehr große regionale Unterschiede: Die Arbeitslosenquoten in Griechenland und Spanien liegen bei über 25%.

Nachdem sich die HVPI-Gesamtinflation zwei Jahre lang auf erhöhtem Niveau befunden hatte, sank sie im Jänner 2013 auf 2,0% und nahm seither kontinuierlich ab. Im Jahresdurchschnitt 2013 lag die Inflationsrate bei 1,4%. Diese Entwicklung steht vor allem im Zusammenhang mit einer nachlassenden Preisdynamik bei Energie und unbearbeiteten Nahrungsmitteln. Aber auch das relativ schwache wirtschaftliche Umfeld hatte einen dämpfenden Effekt auf die Preisentwicklung, sodass die Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie und Lebensmittel) gegen Jahresende auf unter 1% fiel. Laut den Experten der EZB wird die HVPI-Gesamtinflation im Jahr 2014 1% betragen und in den Folgejahren allmählich wieder auf 1,3% (2015) bzw. 1,5% (2016) ansteigen. Während die kurzfristigen Inflationserwartungen gegenüber 2012 und 2011 leicht zurückgingen, sind

Grafik 7

Beschäftigungswachstum und Arbeitslosigkeit im Euroraum



die langfristigen Inflationserwartungen (Zeithorizont 5 Jahre) nach wie vor stabil und stehen im Einklang mit dem von der EZB angestrebten Zielwert für den HVPI von unter, aber nahe 2 %.

Schuldenkrise: Die ersten Länder verlassen den Schutzschirm

Beachtliche Fiskalkonsolidierungsmaßnahmen in einigen Mitgliedstaaten haben das Budgetdefizit im Euroraum-Durchschnitt im Jahr 2013 trotz schwacher Konjunkturlage von 3,7 % auf 3,1 % des BIP weiter sinken lassen. Das Ausmaß der Sparanstrengungen hat allerdings nicht ausgereicht, um die Schuldenquote zu stabilisieren. Sie stieg im Euroraum-Durchschnitt von 92,7 % auf 95,5 %. Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in den einzelnen Mitgliedstaaten ist nach wie vor sehr heterogen. Während Deutschland im Jahr 2013 einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo ausweisen konnte, verzeichneten die EU/IWF-Programmländer Budgetdefizite zwischen 5,5 % (Zypern) und 13,1 % (Griechenland). Die allmähliche Rückführung der fiskalischen Ungleichgewichte trug wesentlich zum Rückgang der Renditen für Staatsanleihen der finanziell angeschla-

Grafik 8

HVPI: Gesamtindex und Kerninflation im Euroraum



genen Länder bei. Ende 2013 lagen sie auf niedrigerem Niveau als noch ein Jahr zuvor. Die deutliche Konvergenz auf den Anleihemärkten im Euroraum im Jahresverlauf 2013 wurde durch Anstiege bei deutschen, österreichischen und auch französischen Anleiherenditen noch verstärkt.

Griechenland konnte im Jahr 2013 erstmals einen Primärüberschuss erreichen und damit das Ziel des Anpassungsprogramms sogar übertreffen. Auch die Wettbewerbsfähigkeit konnte deutlich gesteigert werden. Weiterer Reformbedarf besteht vor allem im Bereich der Produkt- und Dienstleistungsmärkte, aber auch im institutionellen Bereich, damit ein nachhaltiges Wachstum von Wirtschaft und Beschäftigung erreicht werden kann. In Portugal wurde das Tempo der Fiskalkonsolidierung Mitte 2013 reduziert, um das Wirken der automatischen Stabilisatoren zu ermöglichen. Die Fortschritte im Rahmen der Strukturreformen stehen weitgehend in Einklang mit den Programmzielen. Die gesunkenen An-

Sparmaßnahmen ermöglichen eine weitere Reduktion des Budgetdefizits

Grafik 9



Grafik 10



leihenrenditen Portugals (seit Februar 2014 unter 5%) sprechen für eine erfolgreiche Beendigung des Programms, die für Mai 2014 geplant ist.

Irland und Spanien beenden EU/IWF-Programme

Die Implementierung des Programms in Irland verlief planmäßig, sodass dieses im Dezember 2013 erfolgreich abgeschlossen wurde. Irland konnte seine fiskalische Position trotz schwachem wirtschaftlichem Umfeld weiter verbessern. Um den gelungenen Marktzutritt nachhaltig zu sichern, sind weitere Reformen, vor allem im Bankensektor, notwendig. Auch in Spanien konnte das Hilfsprogramm zur Unterstützung des Finanzsektors erfolgreich beendet werden. Dieses trug wesentlich dazu bei, die Struktur des spanischen Bankensektors zu verbessern.

Zypern erhält Hilfspaket

Zypern, das bereits im Sommer 2012 einen Antrag auf EU-Hilfsmittel gestellt hatte, erhielt im April 2013 eine Zusage zu einem EU/IWF-Programm im Ausmaß von 10 Mrd EUR. Der Hintergrund waren negative Ansteckungseffekte, ausgehend von Griechenland, und ein damit verbundener unterkapitalisierter Bankensektor. Zypern befindet sich in einer tiefen Rezession, was die erforderliche Fiskalkonsolidierung

erheblich erschwert. Es konnten jedoch bereits erste Fortschritte im Bereich der Strukturreformen und der Restrukturierung des zypriotischen Finanzsektors erzielt werden.

Debatte um Ausbau der Europäischen Integration

Die Europäische Kommission hat am 13. November 2013 den Jahreswachstumsbericht für 2014 vorgelegt. Dieser nennt jene Schlüsselmaßnahmen für Wachstum und Beschäftigung, die die Mitgliedstaaten ihren Fiskal- und Reformprogrammen zugrunde zu legen haben. Die wichtigsten Empfehlungen betreffen eine wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung, die Förderung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Bewältigung der sozialen Folgen der Krise sowie die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Gleichzeitig legte die Kommission ihren dritten Bericht im Rahmen des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht vor. Demnach sind 16

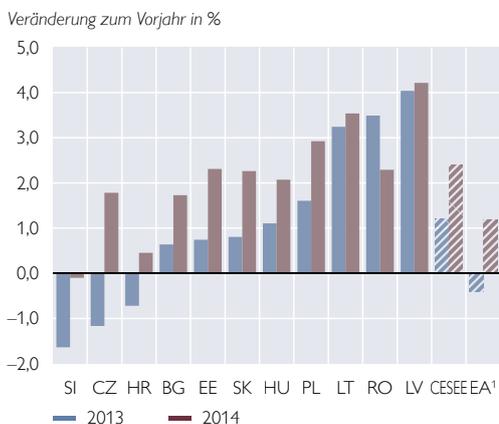
EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, Analysen und Maßnahmen zum Abbau von Ungleichgewichten durchzuführen.

Die Verhandlungen über ein Abkommen zur Einrichtung eines europäischen Instruments zur Förderung von Strukturreformen in Mitgliedstaaten des Euroraums sind 2013 zu keinem Abschluss gekommen. Vertragliche Vereinbarungen zwischen Mitgliedstaaten, Europäischem Rat und Europäischer Kommission über Reformen mit positiver Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung sollten mit finanziellen Anreizen flankiert werden. Dadurch sollte über den Prozess des Europäischen Semesters hinaus die Koordination der Wirtschaftspolitik gestärkt werden. Laut Beschlüssen des Europäischen Rates vom 19./20. Dezember 2013 werden die Präsidenten des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission im Oktober 2014 einen Fortschrittsbericht über die Einrichtung eines solchen Instruments vorlegen.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der 2012 zur Finanzierung der Unterstützung für finanziell angeschlagene Länder des Euroraums eingerichtet wurde, soll im Zuge des Übergangs zur Bankenunion neue Aufgaben erhalten. Im Juni 2013 vereinbarte die Eurogruppe, dass der ESM auch zur direkten Rekapitalisierung von Banken eingesetzt werden kann, sobald die Grundlagen der Bankenunion geschaffen sind. Im Dezember 2013 wurde vereinbart, dass auch zur Finanzierung der Abwicklung von Banken auf ESM-Mittel zurückgegriffen werden kann. Dies gilt für eine Übergangszeit, in der der vereinbarte einheitliche Abwicklungsfonds noch nicht ausreichend durch Bankenabgaben gespeiste Mittel aufgebaut hat. Die genauen Modalitäten und Bedingungen für einen solchen erweiterten Einsatz sind noch in Ausarbeitung.

Grafik 11

Reales Wirtschaftswachstum in CESEE



Quelle: Eurostat; 2014: Winterprognose der Europäischen Kommission.
¹ EA: Euroraum.

**EU mahnt zu
Wachstums-
maßnahmen**

Konjunktur in Zentral-, Ost- und Südosteuropa gewinnt an Fahrt

Nach einem verhaltenen Start ins Jahr 2013 gewann das Wirtschaftswachstum in den CESEE-EU-Mitgliedstaaten in der zweiten Jahreshälfte an Fahrt. Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation im Euroraum und die damit einhergehende Verbesserung der externen Nachfrage wirkten sich positiv auf Vertrauens- und Wirtschaftsindikatoren aus. Darüber hinaus wurde der durch rückläufigen Preisdruck eröffnete Spielraum von mehreren Zentralbanken der Region für eine geldpolitische Lockerung genutzt (etwa in Polen, Ungarn und Rumänien). Vor diesem Hintergrund nahm die Wirtschaftsleistung – nicht zuletzt auch dank einsetzender Erholung der Binnennachfrage – merklich zu.

**CESEE profitiert von
konjunktureller
Erholung im Euroraum**

Der konjunkturelle Aufschwung hat sich allerdings noch nicht auf die Arbeitsmärkte der Region übertragen: Die Arbeitslosigkeit ist nur unwesentlich zurückgegangen, das Beschäftigungswachstum blieb schwach und die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigte sich weiter. Auch die Kreditvergabe hat sich noch nicht wesentlich erholt. Der An-

Stand der Ausnutzung der Krisenfazilitäten

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Mittel, die zur Krisenstabilisierung im Euro-Raum im Rahmen des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) mobilisiert wurden und über den Grad ihrer bisherigen Ausschöpfung.

Finanzierung der Euro-Raum-Kreditprogramme nach Finanzierungsquelle

Stand 28. Februar 2014

Kreditgeber	Gesamtvolumen		Restvolumen
	in Mrd EUR	zugewandt	
EFSM	60,0	48,5	11,5
ESM ¹	426,7	50,3	376,3

¹ Der maximale Kreditvergabebetrag ist abhängig vom Zeitpunkt der in bar einzuzahlenden Kapitalraten. Gemäß Artikel 41 des ESM-Vertrags ist das Verhältnis zwischen eingezahltem Kapital und ausstehendem Betrag an ESM-Anleiheemissionen bei mindestens 15% zu halten. Die ersten beiden Raten wurden im zweiten Halbjahr 2012 eingezahlt. Die Einzahlung der dritten Rate bzw. vierten Rate ist am 30. April 2013 sowie am 31. Oktober 2013 erfolgt. Die fünfte Rate wird voraussichtlich im April 2014 eingezahlt werden. Die endgültige maximale Kreditvergabe-kapazität wird dann 500 Mrd EUR betragen.

Die EFSF vergibt seit Juli 2013 keine neuen Kredite, sondern wickelt ausschließlich die bestehenden Kreditvereinbarungen ab.

	Gesamtvolumen		Ausnutzung	
	Kredite	Garantien	Kredite	Garantien
	in Mrd EUR			
EFSF ²	440,0	726,0	188,3	350,1
Anteil Österreich		21,6		10,4 ³

² Die Anleiheemissionen der EFSF werden bis zu einem Gesamtausmaß von 779,8 Mrd EUR von den EU-Mitgliedstaaten garantiert. Um AAA-Bonität zu erlangen, sind Übergarantien im Ausmaß von bis zu 165% erforderlich, sodass maximal 440 Mrd EUR zur Kreditvergabe genutzt werden konnten.

³ Kapital und Zinsen, inklusive Übergarantien.

Der ESM ist am 8. Oktober 2012 in Kraft getreten.

	Grundkapital		Kreditvergabe-	
	einzahlbar	abrufbar	volumen	
	in Mrd EUR			
ESM	700,0	80,0	620,0	500,0
Anteil Österreich	19,5	2,2	17,3	–

Quelle: EFSF, ESM, Europäische Kommission, BMF.

teil notleidender Kredite an der gesamten Kreditvergabe stieg trotz Restrukturierungsbemühungen in einigen Ländern weiter an.

Das durchschnittliche Wachstum in der Region betrug im Jahr 2013 etwas mehr als 1% und lag damit nur wenig über dem Wert von 2012. Die Entwicklungen auf Länderebene unterschieden sich weiterhin deutlich. Während etwa

Litauen, Lettland und Rumänien vergleichsweise kräftig wuchsen, konnten Kroatien, die Tschechische Republik und Slowenien die Rezession auch 2013 nicht überwinden. Im Jahr 2014 sollte sich das Wachstum bei anhaltender regionaler Heterogenität im CESEE-Raum auf etwas über 2% beschleunigen. Damit werden die CESEE-EU-Mitgliedstaaten im Durchschnitt weiter um gut 1 Pro-

zentpunkt stärker als der Euroraum wachsen. Obwohl der Wachstumsvorsprung damit deutlich geringer als vor der Krise ausfällt, setzt sich der wirtschaftliche Aufholprozess fort. Die Risiken für das Wachstum in der Region haben sich allerdings durch die jüngsten geopolitischen Spannungen erhöht.

Trotz der Turbulenzen der letzten Jahre schritt der europäische Integrationsprozess voran. Kroatien trat am 1. Juli 2013 als 28. Mitglied der EU bei. Der Beschluss zur Einleitung von Beitrittsverhandlungen sowie das Inkrafttreten eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Serbien bedeuteten zudem Fortschritte in der Heranführung der Länder des Westbalkans an die EU. Lettland führte zu Jahresbeginn 2014 als 18. Land der EU den Euro als offizielles Zahlungsmittel ein. Litauen stellte im Jänner 2014 einen Antrag auf Euroraum-Beitritt. Im Fall einer positiven Konvergenzbeurteilung könnte die Zahl der Mitglieder der Währungsunion damit am 1. Jänner 2015 auf 19 anwachsen.

Österreichs Wirtschaft überwindet Stagnationsphase zur Jahresmitte 2013 – Prognosen erwarten eine moderate Erholung im Jahr 2014

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich in den Jahren 2012 und 2013 angesichts der Rezession im Euroraum relativ robust. Das BIP-Wachstum fiel in diesen beiden Jahren zwar sehr verhalten, aber immerhin positiv aus. Der private Konsum wurde im ersten Halbjahr 2013 von real sinkenden Nettolöhnen und schwachem Konsumentenvertrauen gedämpft. Die Bruttoanlageinvestitionen schrumpften trotz ausgezeichneter Finanzierungsbedingungen aufgrund fehlender Absatzperspektiven. Zusätzlich dämpfte der Abbau der Lagerbestände der Unternehmen das Wachstum. Das Exportwachstum fiel

zwar schwach aus, die Nettoexporte stützten jedoch aufgrund stagnierender Importe das BIP-Wachstum.

Im zweiten Halbjahr 2013 konnte die Stagnationsphase überwunden wer-

Grafik 12

BIP-Wachstum und Wachstumsbeiträge der Nachfragekomponenten in Österreich

Wachstum im Vergleich zum Vorquartal in % bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



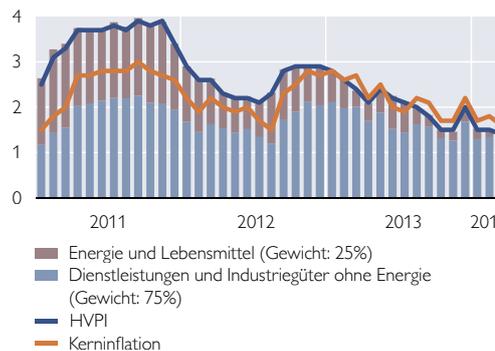
Quelle: Eurostat.

Weiter Fortschritte im Integrationsprozess

Grafik 13

HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Komponenten in Österreich

Veränderung zum Vorjahr in % bzw. Inflationsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

BIP-Wachstum in Österreich 2013 bei 0,4%

den, und die österreichische Wirtschaft schwenkte auf einen moderaten Erholungspfad ein. Diese Erholung erstreckte sich über alle Verwendungskomponenten des BIP. Die sinkende Inflation stärkte die Kaufkraft der privaten Haushalte, die Bruttoanlageinvestitionen profitierten von der insgesamt verbesserten Konjunkturschätzung und darüber hinaus wurde der Lagerabbau im zweiten Halbjahr beendet. Für das Gesamtjahr 2013 ergibt sich damit ein schwaches, aber positives BIP-Wachstum von 0,4%. Der Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum betrug im Jahr 2013 0,8 Prozentpunkte.

Gleichzeitiger Anstieg von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt stellte sich 2013 ambivalent dar. Während die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten 2013 trotz der schwachen Konjunktur um 17.500 zulegen konnte, nahm auch die Anzahl der Arbeitslosen um 26.600 zu. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat stieg von 4,4% im Jahr 2012 auf 4,8% im Jahr 2013. Hintergrund dieser Entwicklung war das steigende Arbeitskräfteangebot, insbesondere von ausländischen Arbeitskräften. Laut Prognose der OeNB vom Dezember 2013 wird die Arbeitslosenquote in den Jahren 2014 und 2015 bei jeweils 5,0% liegen.

OeNB entwickelt Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien

Der im Jahr 2012 kräftige Preisauftrieb hat sich im Verlauf des Jahres 2013 deutlich beruhigt. Der Anstieg des HVPI ging von 2,6% im Jahr 2012 auf 2,1% im Jahr 2013 zurück. Für den Rückgang zeichneten vor allem fallende Energiepreise und rückläufige Teuerungsraten im Dienstleistungssektor verantwortlich. Die Kerninflation (ohne

Energie und Lebensmittel) lag im Jahr 2013 bei 2,2%. Eine niedrige Inflation ist den Österreichern laut einer Umfrage der OeNB vom Mai 2013² sehr wichtig. Der weitaus überwiegende Teil (68%) der rund 2.000 Befragten hält eine jährliche Inflationsrate von nur 0% bis 2% für erstrebenswert. Weitere 13% finden eine Teuerung zwischen 2% und 3% noch akzeptabel. Die aktuelle Höhe der Inflationsrate in Österreich (zum Befragungszeitpunkt etwas über 2%) ordnen rund 45% der Befragten in der richtigen Bandbreite von 2% bis 3% ein. Hingegen kennt nur ein Drittel der Befragten die exakte Definition von Preisstabilität des Eurosystems (Inflationsrate unter, aber nahe 2% im Euroraum-Durchschnitt). Als negative Effekte höherer Inflation sehen die Österreicher primär den Kaufkraftverlust, Nachteile für einkommensschwache Gruppen sowie eine Entwertung der Ersparnisse. Die Effekte von Deflation können zwei Drittel der Befragten – vor allem mangels eigener Erfahrungen – nicht einschätzen.

Die starken Preisanstiege bei Wohnimmobilien in Österreich und insbesondere in Wien haben die Frage nach dem Vorliegen einer Immobilienpreisblase aufgeworfen. Preisblasen können eine ernsthafte Bedrohung für die Stabilität des Finanzsystems darstellen. Um allfällige Fehlentwicklungen auf dem Immobilienmarkt frühzeitig erkennen zu können, hat die OeNB einen Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien³ entwickelt, der zukünftig regelmäßig veröffentlicht wird. Für Wien zeigt der Indikator eine zunehmende Überbewertung an: Die Wohn-

² Fluch, M., F. Fritzer und F. Rumler. 2013. *Inflation und Preiswahrnehmung: eine Bestandsaufnahme für Österreich*. In: *Statistiken – Daten & Analysen Q4/13*. OeNB. 67–85.

³ Schneider, M. 2013. *Are Recent Increases of Residential Property Prices in Vienna and Austria Justified by Fundamentals?* In: *Monetary Policy & the Economy Q4/13*. OeNB. 29–46. Eine deutsche Fassung des Artikels ist auf www.oenb.at verfügbar.

immobilienpreise lagen im vierten Quartal 2013 um 21 % über dem Fundamentalpreis. Für Österreich deutet der Indikator hingegen auf eine Unterbewertung (−8 %) hin.

Die österreichische Volkswirtschaft erzielte im Jahr 2013 einen Leistungsbilanzüberschuss von knapp 8,5 Mrd EUR oder 2,7 % des BIP (2012: 7,3 Mrd EUR). Damit setzt sich der Trend zu wachsenden Leistungsbilanzüberschüssen fort, der vor allem vom erfolgreichen Dienstleistungshandel getragen wird. Seit 2002 bilanziert Österreichs Außenwirtschaft bereits positiv, wodurch die ehemals deutlich ausgeprägten Nettoauslandsverpflichtungen mittlerweile vollständig abgebaut und sogar in einen geringen Forderungsüberschuss gedreht werden konnten.

Positiv entwickelte sich im Jahr 2013 der grenzüberschreitende Dienstleistungsverkehr, der von dem globalen Konjunkturtief der vergangenen Jahre in geringerem Ausmaß betroffen war als der Güterhandel. Österreichs Dienstleistungsexporte wuchsen um 4 % auf rund 49 Mrd EUR, die Importe legten dagegen nur um 2 % auf knapp 34 Mrd EUR zu. Damit wies der Dienstleistungsverkehr im Jahr 2013 mit rund 15 Mrd EUR den höchsten bisher gemessenen Überschuss aus. Das war vor allem einem außerordentlich guten Reiseverkehrsergebnis zu verdanken, das mit 7,4 Mrd EUR ebenfalls ein historisches Plus verzeichnete: 24,8 Mio Ankünfte ausländischer Gäste in Österreich stellten eine neue Bestmarke dar und die Zahl der Ausländer-nächtigungen (96,8 Mio) ist bisher nur zwei Mal, nämlich unmittelbar nach der Ostöffnung in den Jahren 1991 und 1992 übertroffen worden. Aber auch das Auslandsengagement der übrigen Dienstleistungsbranchen war neuerlich erfolgreich, sodass der Einnahmenüberschuss jenen des Reiseverkehrs zum

sechsten Mal in Folge übertroffen hat.

Die Leistungsbilanzentwicklung im Jahr 2013 wurde darüber hinaus von einem deutlich geringeren Defizit im Güterverkehr getragen: Infolge geringfügig steigender Ausfuhren (+1 %) sowie rückläufiger Einfuhren (−1 %) hat sich das Defizit der Güterbilanz auf 3,8 Mrd EUR beinahe halbiert (2012: 7,2 Mrd EUR).

Die Einkommensbilanz hat sich im Jahr 2013 deutlich passiviert: Nachdem 2012 noch ein Überschuss von 2,5 Mrd EUR verzeichnet wurde, wird für 2013 ein Defizit von 0,8 Mrd EUR erwartet. Österreichs aktive Direktinvestitionen im Ausland warfen nach ersten Schätzungen infolge der schwierigeren konjunkturellen Situation – vor allem in Osteuropa – deutlich geringere Erträge ab als im äußerst erfolgreichen Jahr 2012.

Der grenzüberschreitende Kapitalverkehr Österreichs zeigt nach wie vor bei Weitem nicht jene Dynamik, die ihn vor Ausbruch der Finanzkrise kennzeichnete. Im Vergleich zum Vorjahr ist jedoch teilweise eine gewisse Belebung auf geringem Niveau erkennbar. Österreichs Nettoveranlagungen waren 2013 mit 4,4 Mrd EUR immerhin positiv, nachdem 2012 (−0,4 Mrd EUR) noch netto Kapital aus dem Ausland repatriiert wurde. Ausländische Investoren zogen 2013 insgesamt 1,1 Mrd EUR aus Österreich ab, und damit deutlich weniger Kapital als noch 2012 (−7,8 Mrd EUR).

Die Wachstumsbeschleunigung vom zweiten Halbjahr 2013 sollte sich im ersten Halbjahr 2014 fortsetzen. Die OeNB erwartet in ihrer Prognose vom Dezember 2013, dass sich das Wachstum in den Jahren 2014 und 2015 auf 1,6 % bzw. 1,9 % beschleunigen wird. Dazu werden neben der Erholung der Weltwirtschaft auch zunehmend die in-

**Österreichs
Leistungsbilanz mit
solidem Überschuss**

**2014: Wachstums-
beschleunigung bei
niedrigerer Inflation**

**Fiskalrat überwacht
die Einhaltung
der Fiskalregeln**

ländischen Nachfragekomponenten beitragen. Der private Konsum wird dabei von einer guten Beschäftigungsentwicklung und leicht steigenden Realöhnen begünstigt, die Investitionstätigkeit von verbesserten Absatzperspektiven und bisher aufgeschobenen Ersatzinvestitionen. Die österreichischen Exporteure werden von der Konjunkturbelebung in Europa profitieren, während die Importe aufgrund der steigenden Inlandsnachfrage wieder wachsen werden. Der Leistungsbilanzüberschuss dürfte bis 2015 auf 3½ % des BIP anwachsen. Trotz der verbesserten Konjunkturaussichten ist mit keinem nennenswerten Preisdruck zu rechnen. Die HVPI-Inflation wird 2014 voraussichtlich bei 2,0 % liegen.

**Starke Verbesserung
des Budgetsaldos trotz
schwacher Konjunktur**

Der gesamtstaatliche Budgetsaldo verbesserte sich deutlich von –2,6 % des BIP im Jahr 2012 auf –1,5 % 2013 und liegt damit das dritte Mal in Folge deutlich über der Defizitgrenze von –3 %. Die starke Verbesserung gegenüber 2012 ist vor allem auf den größeren Beitrag von Einmaleffekten zurückzuführen. Diese betragen 2013 +0,2 % des BIP (Einnahmen aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen von +0,6 % des BIP und aus dem Steuerabkommen mit der Schweiz von +0,2 % des BIP standen Vermögenstransfers an Banken von –0,6 % des BIP gegenüber), während es 2012 insgesamt negative Einmaleffekte von –0,8 % des BIP (größtenteils das Bankenpaket) gab. Der negative Beitrag der Konjunktur-entwicklung wurde durch Konsolidierungsmaßnahmen (z. B. Nulllohnrunde, Pensionsanpassung unter der Inflation) und die „kalte Progression“ mehr als ausgeglichen, wodurch es auch zu einer strukturellen Verbesserung der budgetären Situation kam.

**Österreichs
Wirtschaftspolitik
erhält solide Zeugnisse**

Um das von der Europäischen Kommission geforderte strukturelle Defizit von –0,45 % des BIP im Jahr 2015 zu

erreichen, sind allerdings weitere – über die bereits verabschiedeten Maßnahmen hinausgehende – nachhaltige Maßnahmen im Ausmaß von etwa ¾ % des BIP erforderlich. Die Schuldenquote stabilisierte sich im Jahr 2013 bei 74,5 % des BIP (2012: 74,4 %).

Der seit 1970 bestehende Staatsschuldenausschuss wurde Anfang November 2013 per Gesetz in den Fiskalrat umgewandelt. Damit wurde dem adaptierten Rechtsrahmen der EU entsprochen und dem Fiskalrat die Überwachung der mehrdimensionalen Fiskalregeln (Defizit-, Ausgaben- und Schuldenregeln) in Österreich übertragen. Es handelt sich dabei um ein unabhängiges Gremium, das sich aus 15 weisungsfreien Experten im Bereich des Finanz- und Budgetwesens zusammensetzt. Die OeNB nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Fiskalrats teil. Zum Aufgabengebiet des Fiskalrats, dessen Büro in der OeNB angesiedelt ist, zählen die Einschätzung zur finanzpolitischen Lage, die Überwachung der EU-Fiskalregeln, Analysen zur Verschuldung der öffentlichen Haushalte und deren Nachhaltigkeit sowie schriftliche Empfehlungen zur Budgetausrichtung der Gebietskörperschaften.

Österreichische Wirtschaftspolitik auf dem Prüfstand internationaler Organisationen

Die österreichische Wirtschaftspolitik war im Jahr 2013 erneut Gegenstand routinemäßiger Überprüfung durch internationale Organisationen. Der IWF schloss im Herbst 2013 seine Überprüfung der allgemeinen Wirtschaftspolitik Österreichs ab, die von einer gesonderten Analyse des Finanzsektors begleitet wurde. Letztere (Financial Sector Assessment Program, FSAP) wird regulär alle fünf Jahre durchgeführt. Gespräche mit Experten

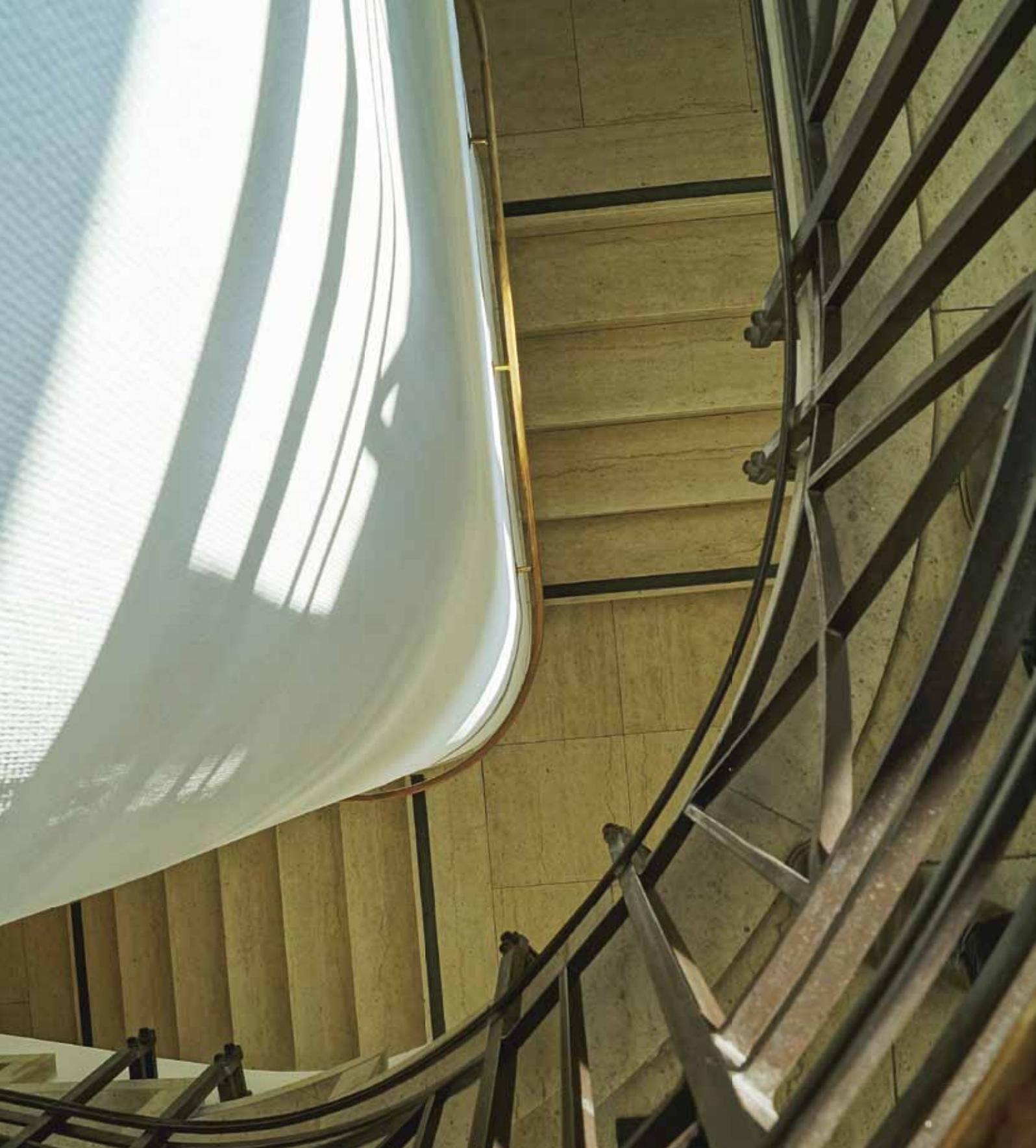
der OeNB bilden einen Schwerpunkt der Besuche durch die IWF-Delegation. Der IWF empfiehlt im Hinblick auf die allgemeine Wirtschaftspolitik, konjunkturunterstützende Maßnahmen im vorgegebenen Budgetrahmen zu halten und Maßnahmen zur Erhöhung des Potenzialwachstums zu setzen. Die Empfehlungen im Rahmen des FSAP werden in Kasten 3 im Detail beschrieben. Die OECD lobt in ihrem Länderbericht vom Juli 2013 die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der österreichischen Wirtschaft. Als Herausforderungen werden die Alterung der Bevölkerung, die Zersiedelung, die Globalisierung sowie Risiken für die Stabilität des Finanzsektors genannt.

IWF stockt Krisenmittel auf

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben Ende 2011 beschlossen, eine

substanzielle Aufstockung der Liquidität des IWF vorzunehmen, um seine Einsatzstärke in Krisenfällen zu erhöhen. Der EU-Anteil beträgt 200 Mrd EUR (Österreich: 6,13 Mrd EUR) in Form von bilateralen Darlehenszusagen an den IWF. Länder außerhalb der EU haben – mit Ausnahme der USA – weitere Mittel in Höhe von 150 Mrd EUR zugesagt. Das für die Mittelaufstockung benötigte österreichische Bundesgesetz trat mit 20. Juni 2013 in Kraft. Aufgrund seiner komfortablen Liquiditätssituation hat der IWF die bilateralen Abkommen bisher noch nicht aktiviert.

Der österreichische Bundespräsident hat Vize-Gouverneur Mag. Andreas Ittner mit Wirkung vom 11. Juli 2013 als Alternate Governor for Austria beim IWF ernannt, der von diesem am 18. Oktober 2013 bestätigt wurde.



Aus unserem Leitbild

Wir veranlagen und verwalten die Währungs- und Goldreserven professionell im Sinne unseres Stabilitätsauftrags und versorgen die österreichischen Banken mit ausreichender Zentralbankliquidität.

Ertragskontinuität des Reservenmanagements trotz historisch niedriger Zinsen

Spannungen auf den Finanzmärkten des Euroraums deutlich reduziert

Der Fortbestand niedriger Leitzinsen und unkonventioneller Maßnahmen der Zentralbanken verringerte im Jahresverlauf 2013 die Unsicherheit auf den Finanzmärkten und steigerte das Vertrauen der Marktteilnehmer. Das spiegelt sich vor allem in gestiegenen Aktienindizes wider, die zum Teil neue Höchstmarken erreichten. Der amerikanische Dow Jones Industrial Average Index erzielte mit einem Jahreszuwachs von 23,6% einen neuen Rekordstand, ebenso der Deutsche Aktienindex (DAX) mit einem Anstieg von 22,8%.

Diskussionen um eine Rückführung des Anleiheankaufprogramms der Fed (Tapering) sorgten ab dem zweiten Quartal 2013 für vorübergehend stärkere Marktschwankungen, die sich auch auf die Schwellenländer übertrugen. So verzeichnete der MSCI Emerging Markets Index über das Gesamtjahr 2013 einen Rückgang von 5%. Vor allem im dritten Quartal kam es in ei-

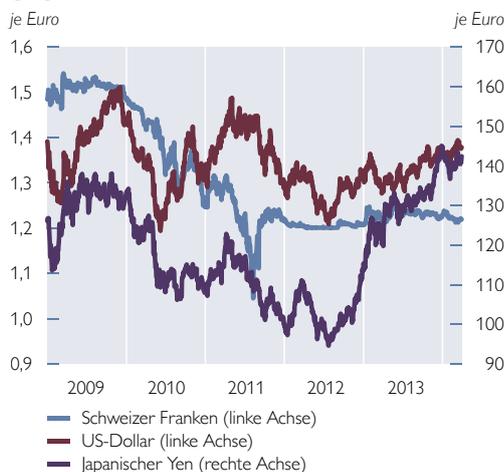
nigen Schwellenländern mit schwachen Fundamentaldaten (z. B. Argentinien, Türkei, Indien, Südafrika) zu Kapitalabflüssen und starken Kurseinbußen der jeweiligen Währungen. Die Kapitalabflüsse hielten teilweise auch Anfang 2014 an und konnten selbst durch massive Interventionen und Zinsanhebungen nicht vollständig gestoppt werden.

Nach einer schwankungsanfälligen ersten Jahreshälfte festigte sich der Euro im zweiten Halbjahr 2013 gegenüber dem US-Dollar. Im Gesamtjahr 2013 legte der Euro gegenüber dem US-Dollar um 4% zu, schwächte sich Anfang 2014 jedoch wieder leicht ab. Das ist auf die positiven wirtschaftlichen Aussichten in den USA, aber auch auf die einsetzende Rückführung des Anleiheankaufprogramms der Fed zurückzuführen. Auch das Pfund Sterling notierte ab dem zweiten Halbjahr 2013 gegenüber dem US-Dollar und dem Euro fester, da sich die britische Konjunktur stärker zu erholen begann. Der japanische Yen schwächte sich im Jahr 2013 gegenüber dem US-Dollar und

Zunehmende Schwankungsanfälligkeit von Währungen der Schwellenländer

Grafik 14

Wechselkursentwicklung gegenüber dem Euro



Quelle: Thomson Reuters.

Grafik 15

Entwicklung des Goldpreises



Quelle: Thomson Reuters.

**Goldlagerhaltung
unter höchsten
Sicherheitsstandards**

dem Euro um mehr als 20% ab. Besonders die expansive Geldpolitik der Bank of Japan und abnehmende globale Risiken trugen dazu bei.

Nach einem Jahrzehnt steigender Goldpreise setzte im Oktober 2012 eine starke Kurskorrektur ein. Seither gab der Goldpreis um 33% nach, davon allein 28% im Jahresverlauf 2013. Dazu trug neben abnehmenden Konjunkturrisiken und niedrigeren Inflationserwartungen die zunehmende Stabilität des Euroraums bei. Anfang 2014 erholte sich der Goldpreis wieder leicht.

Reservenmanagement stützt sich auf bewährte Strategien

Im Rahmen des ESZB und damit in enger Zusammenarbeit mit der EZB und den anderen Zentralbanken des Eurosystems sichert die OeNB weiterhin die Liquidität der Banken und trägt dadurch zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung bei. Mit dem IWF hat die OeNB durch den Ankauf von Sonderziehungsrechten (SZR) und durch die Bereitstellung von Mitteln einen Beitrag zur Unterstützung finanzschwacher Länder und zur interna-

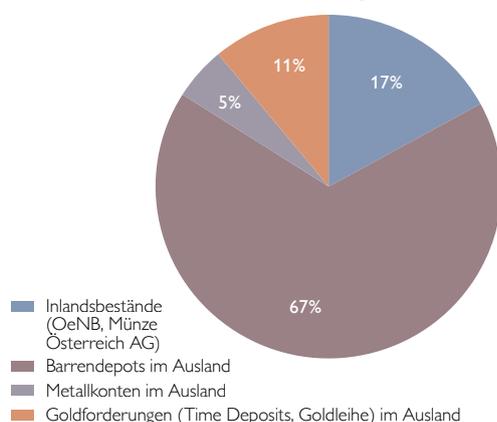
tionalen Stabilität geleistet. Die Eigenveranlagung basiert weiterhin auf den vorrangigen Zielen Sicherheit, Liquidität und Ertrag. Die Mittelveranlagung erfolgt nach international üblichen Maßstäben und unterliegt einem umfangreichen Risikomanagementsystem. Eine ausgewogene Währungsallokation unterstützt diesen Weg und trägt zu einer stabilen Ertragslage bei.

Goldkonzept und Bedeutung des Goldes für Zentralbanken

Gold spielt traditionell eine wichtige Rolle im internationalen Währungssystem. Währungs- und Goldreserven sind ein zentrales Element der Notenbankstrategie zur Krisenvorsorge und -bewältigung und haben in Krisenzeiten ihre vertrauensbildende Funktion stets bestätigt. Der IWF betont in seinen Guidelines for Foreign Exchange Reserve Management die Rolle des Goldes als Währungsreserve. Auch das 1999 erstmals abgeschlossene und bis 2014 verlängerte Central Bank Gold Agreement bezeichnet Gold als wichtigen Bestandteil der weltweiten Währungsreserven. Gemäß IWF belaufen

Grafik 16

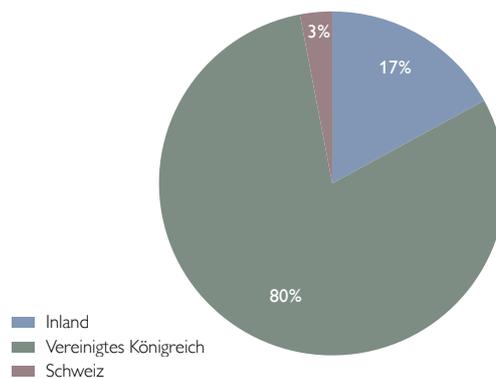
Goldbestand der OeNB insgesamt



Quelle: OeNB; Stand 31. Dezember 2013.

Grafik 17

Goldbestand nach Lager- bzw. Auslieferungsort



Quelle: OeNB; Stand 31. Dezember 2013.

sich die weltweiten Goldreserven des öffentlichen Sektors insgesamt auf rund 32.000 Tonnen. Die größten öffentlichen Goldreserven befinden sich im Besitz der USA (8.134 Tonnen), Deutschlands (3.389 Tonnen) und des IWF (2.814 Tonnen).

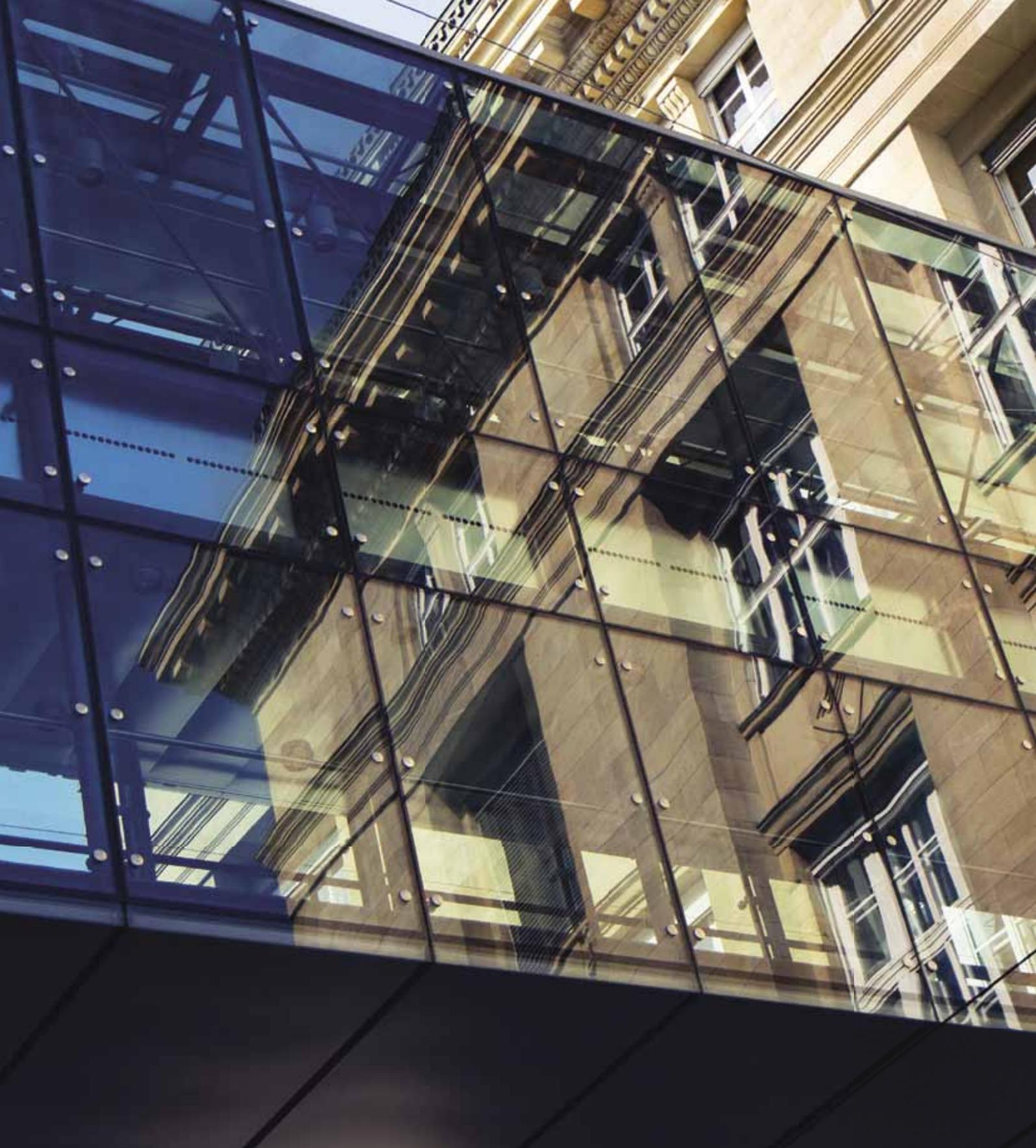
Die von der OeNB gehaltenen Goldreserven Österreichs betragen 280 Tonnen. Dieser Bestand ist seit 2007 unverändert. Die Goldreserven stehen im Eigentum der OeNB und werden mit größter Sorgfalt gehalten und verwaltet. Neben dem physischen Halten von Goldbeständen führen Zentralbanken, je nach Marktsituation, auch Goldleihegeschäfte durch. Unter einer Goldleihe ist ein Geschäft der Veranlagung von Buchgold gegen Erhalt von Zinsen am Ende der Laufzeit zu verstehen.

Gemäß dem aktuellen Lagerstellenkonzept hält die OeNB derzeit 17%

ihrer Goldbestände in Österreich, 80% im Vereinigten Königreich und 3% in der Schweiz. Diese Verwahrung auf internationalen Goldhandelsplätzen hat den essenziellen Vorteil, dass größere Mengen im Bedarfsfall schnell in gängige Reservewährungen eingetauscht werden können. Die mit der Lagerung verbundenen Kosten werden von der OeNB unter besonderer Berücksichtigung des Aspekts der Krisenvorsorge und -bewältigung so gering wie möglich gehalten. Die von der OeNB verwendeten Lagerstellen bester Bonität erfüllen höchste Sicherheitsstandards, verwahren den wesentlichen Teil der internationalen Goldbestände und wickeln auch den Großteil der internationalen physischen Goldtransaktionen ab.

Metallkonto

Neben Beständen in Barrengold und Goldleihegeschäften hält die OeNB zu einem geringen Anteil auch Metallkonten. Diese sind durch physisches Gold unterlegt. Die Auszahlung erfolgt wahlweise durch buchmäßigen Übertrag oder durch effektive Auslieferung in Form von physischen Barren.



Aus unserem Leitbild

Wir sichern zusammen mit der EZB und der österreichischen Finanzmarktaufsicht
die Stabilität der Banken und der Finanzmärkte.

Wir begegnen neuen Entwicklungen offen und zukunftsorientiert.

Aufsichtspolitik zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität entscheidend weiterentwickelt

Österreichische Finanzinstitute agieren in herausforderndem Umfeld

Die Maßnahmen der Zentralbanken und der europäischen Politik haben dazu beigetragen, dass die Anspannungen auf den internationalen Finanzmärkten im Jahr 2013 nachgelassen haben. Die Banken waren jedoch weiterhin mit einem niedrigen Wirtschaftswachstum, einer geringen Profitabilität, höheren Kreditrisikovorsorgen, einem tiefen Zinsniveau und nicht zuletzt mit gestiegenen regulatorischen Anforderungen konfrontiert. Dies spiegelt sich auch im Ergebnis des österreichischen Bankensektors wider.

Die Gesamtkapitalrentabilität (nach Steuern) der österreichischen Banken war im Jahr 2013 mit $-0,04\%$ erstmals seit Jahren negativ. Zum einen war das operative Geschäft 2013 von der Niedrigzinsphase geprägt. Zum anderen wurde das Ergebnis 2013 durch Firmenwertabschreibungen bei Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) sowie durch Verluste bei einer sich in Restrukturierung befindlichen Bank belastet. Im Jahr 2012 hatten zudem noch Sondereffekte aus

dem Rückkauf von Ergänzungs- und Hybridkapital das Jahresergebnis positiv beeinflusst. Die Ertragskraft im Österreichergeschäft blieb schwach, wodurch sich die Abhängigkeit von den Gewinnen aus dem Auslandsgeschäft fortsetzte. Die Aktivitäten in CESEE waren auch weiterhin, trotz steigender Heterogenität der in den einzelnen Ländern erwirtschafteten Ergebnisse, ein wichtiger Ertragstreiber.

Das im Vorfeld der Krise in einzelnen Ländern rasch ausgeweitete Kreditvolumen sowie die derzeit insgesamt relativ verhaltene wirtschaftliche Erholung belasteten nach wie vor die Profitabilität, insbesondere über die verschlechterte Kreditqualität. Die Quote der notleidenden Kredite betrug im Jahr 2013 für CESEE etwa 15% (Tochterbanken) und für Österreich etwa 5% .

In den vergangenen Jahren hat sich die Eigenmittelausstattung des österreichischen Bankensystems kontinuierlich verbessert. Ende 2013 lag die durchschnittliche Tier 1-Quote bei $11,9\%$. Das entsprach einer Steigerung um $0,9$ Prozentpunkte gegenüber 2012. Seit Jahresmitte 2013 haben zwei Banken ihr staatliches Partizipationskapital vollständig zurückgezahlt. Trotz der Verbesserung der Eigenmittelausstattung sind die österreichischen Banken im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich kapitalisiert. Insbesondere ihr Risikoprofil (z. B. Exposure in CESEE, Bestand an Fremdwährungskrediten), das allgemein herausfordernde Umfeld, die höheren Markterwartungen in Bezug auf die Kapitalisierung sowie der zukünftig durch regulatorische Maßnahmen an Bedeutung verlierende Sovereign Support bei Ratings machen eine weitere Stärkung der Kapitalausstattung erforderlich. Hinzu kommt, dass stabile, eigenmittelstarke

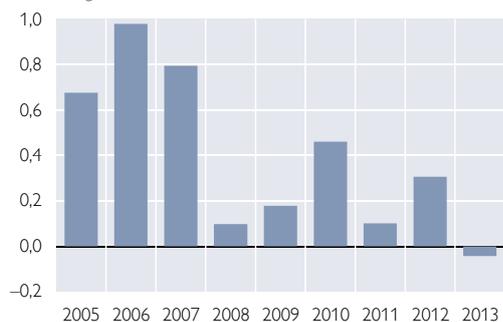
Profitabilität der österreichischen Banken 2013 besonders unter Druck

Höhere Kapitalisierung bleibt weiterhin Priorität

Grafik 18

Gesamtkapitalrentabilität des österreichischen Bankensektors

Periodenergebnis in % der durchschnittlichen Bilanzsumme



Quelle: OeNB.

CESEE-Geschäft weiterhin profitabel, jedoch zunehmend konzentriert

Banken auch attraktiver für Investoren sind, was sich wiederum positiv auf ihre Refinanzierungsmöglichkeiten auswirkt. Gesunde Banken mit einer höheren Eigenmittelausstattung spielen eine Schlüsselrolle für eine nachhaltige Versorgung der Realwirtschaft mit Krediten.

Andererseits weisen die österreichischen Banken aufgrund ihres Geschäftsmodells eine deutlich geringere Verschuldung aus als vergleichbare Banken anderer Länder. Die Leverage-Ratio (Eigenmittel als Anteil der Bilanzsumme) der österreichischen Banken lag Ende 2013 bei 6,5 %, bei den europäischen Vergleichsbanken im Durchschnitt bei etwa 4 %. Dies lässt sich durch die relativ hohe Bedeutung von Krediten in ihrer Bilanz, die mit höheren Risikogewichten versehen sind, erklären.

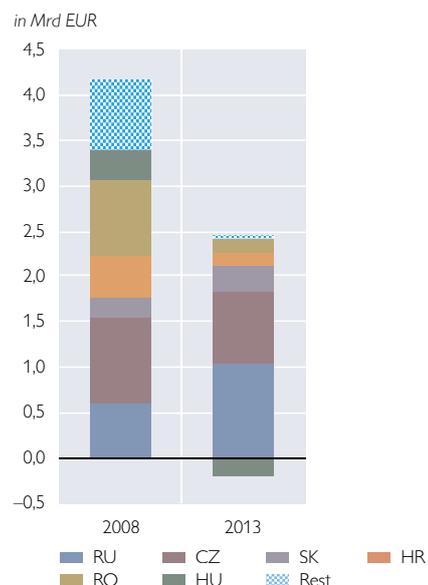
Die österreichischen Banken erwirtschafteten in CESEE insgesamt betrachtet Gewinne. Diese Gewinne gehen aber auch mit einem höheren Risiko einher. Seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 entwickelten sich die Profitabilität und Kreditqualität der Tochterbanken in den einzelnen Ländern aufgrund des unterschiedlichen wirtschaftlichen, makrofinanziellen und regulatorischen Umfelds zunehmend heterogen. Vor Ausbruch der Krise verzeichneten die Tochterbanken in allen Ländern positive Ergebnisse. Seither kam ein Großteil der Gewinne zunehmend aus einigen wenigen Ländern, wie Russland, der Türkei¹ und der Tschechischen Republik. Insbesondere in Russland und in der Türkei geht die vom starken Kredit-

wachstum getragene Profitabilität auch mit entsprechenden Risiken einher.

Vor diesem Hintergrund ist die Geschäftsstrategie der Banken verstärkt auf Nachhaltigkeit sowie entsprechende Risikotragfähigkeit auszurichten. Auch die Refinanzierung der Kredite in CESEE spielt hierbei eine wesentliche Rolle. Bei den österreichischen Tochterbanken lässt sich eine Verbesserung feststellen. Die Kredit-Einlagen-Quote sank zwischen 2008 und 2013 von 117 % auf 96 %, was vor allem auf das starke lokale Einlagenwachstum zurückzuführen ist. Auch die konzerninternen Liquiditätstransfers waren rückläufig. Diese Entwicklungen sind im Sinne des im Jahr 2011 geschnürten Nachhaltigkeitspakets der österreichischen Aufsicht. Insgesamt hat sich die Liquiditätsausstattung der österreichischen Banken im Jahr 2013 weiter verbessert.

Graphik 19

Periodenergebnisse der österreichischen Tochterbanken in CESEE



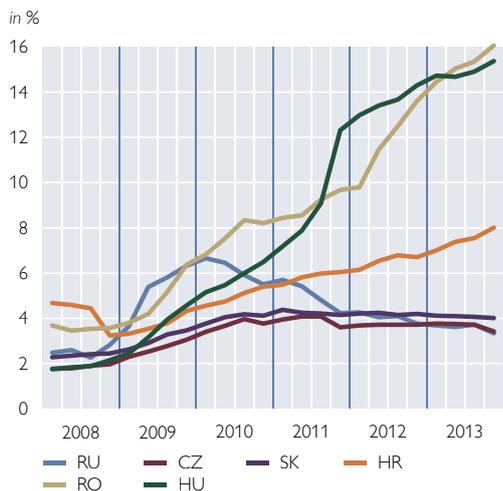
Sovereign Support

Die Ratings der österreichischen Banken profitieren von der ausgezeichneten Bonität des österreichischen Staates. Ratingagenturen bewerten in ihren Analysen unter anderem die Finanzkraft des jeweiligen Heimatlandes und die Wahrscheinlichkeit von Stützungsmaßnahmen für ein in Schieflage geratenes Kreditinstitut. Aus diesem Grund sind Länderratings und Ratings von Finanzinstitutionen eng miteinander verknüpft. Zahlreiche regulatorische Maßnahmen wie z. B. die Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) tragen zu einer Entflechtung von Staaten und Banken bei und verringern damit die Rolle des Sovereign Support für Bankenratings.

¹ Das von einer österreichischen Bank anteilig gehaltene Joint Venture in der Türkei ist noch nicht im aufsichtlichen Meldewesen erfasst. Laut Geschäftsbericht der Bank lag das anteilige Ergebnis vor Steuern im Jahr 2013 bei 758 Mio EUR.

Grafik 20

Wertberichtigungsquoten der österreichischen Tochterbanken in CESEE



Quelle: OeNB.

Im Jahr 2013 wurde das Kreditvolumen gegenüber privaten Haushalten (+0,8%) und nichtfinanziellen Unternehmen (+0,5%) ausgeweitet. Diese Entwicklung hielt Anfang 2014 an. Bei den privaten Haushalten war das Kreditwachstum vor allem durch den Wohnbau getrieben. Demgegenüber sanken die ausstehenden Kredite gegenüber Nichtbanken-Finanzintermediären und dem Staat.

In Österreich hat sich der Fremdwährungskreditbestand an inländische Kreditnehmer seit Herbst 2008 wechselkursbereinigt um 39% verringert. Damit zeigen die aufsichtlichen Initiativen – zuletzt die überarbeitete Fassung der FMA-Mindeststandards von Anfang 2013 – ihre intendierte Wirkung. Österreichische Banken hatten im Februar 2014 ausstehende Fremdwährungskredite in Höhe von etwa 40 Mrd EUR gegenüber allen inländischen Nichtbanken. Das entspricht einem Fremdwährungskreditanteil von 12% (größtenteils in Schweizer Franken). Der größte Teil dieser Fremdwährungskredite wurde an private Haushalte vergeben (28 Mrd EUR). Das gegenüber Nichtbanken-Finanzintermediären und öffentlichen Haushalten ausstehende Fremdwährungskreditvolumen ist mit jeweils etwas über 2 Mrd EUR vergleichsweise gering. Das Fremdwährungskreditvolumen der Tochterbanken in CESEE betrug im Jahr 2013 73 Mrd EUR und haftet zum überwiegenden Teil in Euro aus. Sowohl bei den Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen als auch bei den Krediten an private Haushalte

Fremdwährungskredite trotz Rückgang weiterhin Risikofaktor

Grafik 21

Ausstehende Fremdwährungskredite der österreichischen Banken



Quelle: OeNB.

Anmerkung: wechselkursbereinigte Veränderungsrate im Jahresvergleich.

¹ Per Februar 2014.

² Per Dezember 2013.

Wesentliche Empfehlungen des IWF im Rahmen der Überprüfung des Finanzsektors (FSAP) 2013

Der österreichische Finanzsektor wurde im ersten Halbjahr 2013 im Rahmen des sogenannten Financial Sector Assessment Program (FSAP) einer routinemäßigen Evaluierung durch den IWF unterzogen. Die Einschätzung des IWF fiel im Großen und Ganzen sehr ausgewogen aus und hob bekannte Stärken und Schwächen des österreichischen Finanzsystems hervor. In einzelnen Bereichen, insbesondere bei den rechtlichen Rahmenbedingungen für Bankenaufsicht und Finanzstabilität, stellte die IWF-Delegation Verbesserungsbedarf fest und gab einige Empfehlungen ab.

Zur Stärkung der Finanzstabilitätsaspekte im Aufsichtsprozess empfahl der IWF die rasche Einrichtung eines makroprudenziellen Gremiums mit klaren rechtlichen Befugnissen und Entscheidungsprozessen unter dem Vorsitz der OeNB. Mit der Schaffung des Finanzmarktstabilitätsgremiums (FMSG), das auf Basis einer Empfehlung des European Systemic Risk Board (ESRB) gegründet wurde und im Jahr 2014 seine Arbeit aufnimmt, wurde dieser Empfehlung teilweise entsprochen.

Im Bereich der Bankenaufsicht betrafen die Empfehlungen des IWF vorwiegend die Stärkung der FMA-Governance und eine Ausweitung des rechtlichen Rahmens für Eingriffsmöglichkeiten der FMA, insbesondere im Bereich der Sanierung und Abwicklung von Banken. Darüber hinaus sollte ein eigener rechtlicher Rahmen zur Bankenabwicklung auf Basis internationaler Best Practices und im Einklang mit den EU-Richtlinien geschaffen werden und die FMA die Funktion der Abwicklungsbehörde zugeteilt bekommen.

In Bezug auf die Einlagensicherung empfahl der IWF die Schaffung eines einheitlichen, ex-ante finanzierten öffentlichen Einlagensicherungssystems auf Basis der EU-Richtlinien und international üblicher Standards. Für die Ausgestaltung sollte möglichst bald eine High-Level-Arbeitsgruppe unter Beteiligung von BMF, FMA, OeNB und Einlagensicherungseinrichtungen geschaffen werden.

Die OeNB begrüßt die umfassende Überprüfung Österreichs im Rahmen des FSAP und unterstützt die prioritäre Umsetzung jener Empfehlungen des IWF, die in Abstimmung mit FMA und BMF als besonders wichtig eingestuft werden.

wurde ein Rückgang der Fremdwährungskredite verzeichnet.

Das vorherrschende Niedrigzinsumfeld belastet vor allem Versicherungen, insbesondere wenn von Lebensversicherungen Zinsgarantien gegeben wurden, sowie Pensionskassen und Geldmarktfonds. Die FMA führte im Jahr 2013 für garantierte Lebensversicherungen eine Zinsrückstellung ein. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass Verpflichtungen aus Lebensversicherungsverträgen auch in länger anhaltenden Niedrigzinsphasen erfüllt werden können. Die mit dem Niedrigzinsumfeld verbundenen Risiken werden von der FMA und der OeNB beobachtet. Für Versicherungsunternehmen soll das risikobasierte

Eigenmittelregime Solvency II ab 2016 in Kraft treten.

Bankenunion als wesentliche Ergänzung zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

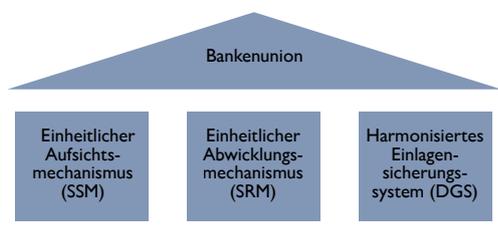
Im Jahr 2013 wurden maßgebliche Fortschritte bei der Etablierung des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) als wesentlicher Bestandteil der Bankenunion erzielt. Die Verordnung zur Übertragung von Aufsichtsaufgaben über die Kreditinstitute im Euroraum an die EZB trat am 3. November 2013 in Kraft und soll im November 2014 umgesetzt werden. Ziele des SSM sind einheitlich hohe Aufsichtsstandards ohne Bevorzugung nationaler Marktteilnehmer, die

**Niedrigzinsumfeld
längerfristig
insbesondere für
Versicherungen eine
Herausforderung**

**Maßgebliche
Fortschritte bei
SSM-Etablierung**

Grafik 22

Die drei Eckpfeiler der Bankenunion



Unterbrechung der Wechselwirkung zwischen der Solvenz von Banken und der Bonität des jeweiligen Sitzstaates sowie die Reduktion der finanziellen Fragmentierung im Euroraum. Speziell aus österreichischer Sicht ist es aufgrund der grenzüberschreitenden Tätigkeit österreichischer Banken wichtig und wünschenswert, dass auch EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euro-raums möglichst zahlreich und gleichberechtigt am SSM teilnehmen.

Innerhalb des SSM soll eine differenzierte Wahrnehmung der Aufsichtsaufgaben erfolgen: (i) große Banken („significant banks“) werden von der EZB – unter Mitwirkung der nationalen Aufsichtsbehörden – direkt beaufsichtigt; (ii) die restlichen Banken werden grundsätzlich weiterhin von den nationalen Aufsichtsbehörden beaufsichtigt, wobei die EZB die direkte Aufsicht an sich ziehen kann. OeNB und FMA behalten durch die dezentrale Ausgestaltung des SSM weitreichende Verantwortung und nehmen im Wege der Teilnahme am Aufsichtsgremium (Supervisory Board) innerhalb der EZB auch neue Aufgaben wahr. Seit dem Startschuss arbeitet die EZB eng mit den nationalen Aufsichtsbehörden und Zentralbanken zusammen. Insbesondere wurde ein einheitliches Aufsichtsmodell entwickelt, ein Schlüsselkonzept für die Einrichtung sogenannter Joint Supervisory Teams erstellt, der Rahmen für ein aufsichtliches Melde-

wesen geschaffen und der Aufbau von Personalressourcen geplant.

Die Übernahme der Aufsichtsfunktion durch die EZB erfordert auch erweiterte Rechenschaftspflichten. Die EZB hat in einer interinstitutionellen Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament vom Oktober 2013 die Modalitäten der Rechenschaftslegung für diese neuen Aufgaben festgelegt. Demnach wird die EZB einen regelmäßigen Meinungsaustausch mit dem verantwortlichen Ausschuss des Europäischen Parlaments pflegen, vertrauliche Diskussionen abhalten sowie ein zusammenfassendes Protokoll von Sitzungen des Supervisory Board übermitteln. Das Europäische Parlament ist auch an der Auswahl des Vorsitzes des Supervisory Board beteiligt.

Der Rat der Europäischen Union bestellte am 16. Dezember 2013 Danièle Nouy zur ersten Vorsitzenden des Supervisory Board, das am 30. Jänner 2014 seine erste Sitzung abhielt und bereits erste Entscheidungen zur operativen Implementierung des SSM traf. Vor der Übertragung der Aufsichtsaufgaben an den SSM im November 2014 führt die EZB in Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden eine umfassende Bankenprüfung, das sogenannte Comprehensive Assessment

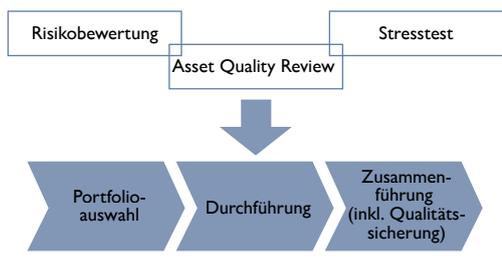
Bankenunion bringt erweiterte Rechenschaftspflicht für die EZB

Joint Supervisory Team (Gemeinsames Aufsichtsteam)

Das Joint Supervisory Team setzt sich aus Aufsehern der EZB und der nationalen Aufsichtsinstitutionen der SSM-Länder zusammen. Zu den Aufgaben zählen die Planung und Ausführung des jährlichen aufsichtlichen Prüfungsprogramms für das zugewiesene Institut sowie die Herbeiführung von Beschlüssen bzw. die Überwachung der Umsetzung von Beschlüssen des Aufsichtsgremiums und des EZB-Rats. Das Team kann auch Themen für Vor-Ort-Prüfungen vorschlagen.

Grafik 23

Die drei Elemente des Comprehensive Assessment



Asset Quality Review als Herzstück des Comprehensive Assessment

ment, bei den direkt von der EZB zu beaufsichtigenden Banken durch. Das Comprehensive Assessment begann im November 2013 und soll zu erhöhter Transparenz im bzw. Vertrauensbildung gegenüber dem Bankensektor beitragen. Die Ergebnisse werden noch vor Aufnahme der Tätigkeit des SSM im November 2014 veröffentlicht werden und sollen gegebenenfalls Korrekturmaßnahmen bei den betroffenen Banken nach sich ziehen.

Asset Quality Review (AQR)

Beim AQR wird die Qualität der Aktiva einer Bank überprüft. Im Fokus stehen die adäquate Bewertung der Aktiva und Sicherheiten sowie die Angemessenheit der damit zusammenhängenden Wertberichtigungen.

Neue europäische Aufsichtsarchitektur erfordert Anpassung der Strukturen innerhalb der OeNB

Notleidende Kredite gemäß EBA

Als notleidende Kredite (Non-Performing Loans – NPL) werden alle Forderungen klassifiziert, die sich mit einem wesentlichen Betrag bereits mehr als 90 Tage im Zahlungsrückstand befinden. Auch Forderungen, deren Rückzahlung in voller Höhe (ohne Verwertung von Sicherheiten) als unwahrscheinlich eingestuft wird, werden als NPL eingestuft.

Das Comprehensive Assessment basiert auf drei miteinander verbundenen Elementen: der aufsichtlichen Risikobewertung (Risk Assessment), dem Asset Quality Review und einem darauf aufbauenden Stresstest. Der Asset Quality Review, das Herzstück der gesamten Prüfung, konzentriert sich auf jene Aktiva der Banken, die als besonders risikobehaftet bzw. intransparent gelten. Zunächst wurden potenziell risikobehaftete Portfolien ausgewählt, anschließend die Portfolien insbesondere auch anhand von Stichproben überprüft und schließlich Qualitätssicherungsmaßnahmen vorgenommen, um verlässliche, konsistente und über alle Länder vergleichbare Ergebnisse zu erzielen. Die Vor-Ort-Prüfungen werden unter Zuhilfenahme von Wirtschaftsprüfern durchgeführt. Wichtig für die Überprüfung ist auch die einheitliche, von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) erarbeitete Definition von Parametern, wie etwa „notleidende Kredite“.²

Vom Comprehensive Assessment sind die von der EZB direkt beaufsichtigten Banken betroffen. Das sind ins-

gesamt 128 Banken im Euroraum, die zusammen etwa 85% der Bankaktiva ausmachen. In Österreich werden insgesamt sechs Bankengruppen einbezogen: die BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG, die Erste Group Bank AG, die Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG und die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG, die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG und die Österreichische Volksbanken-AG. Die UniCredit Bank Austria AG wird über ihre italienische Mutter UniCredit AG berücksichtigt.

Der Aufbau des SSM erforderte auch innerhalb der OeNB eine Reorganisation des Bankenaufsichtsbereichs, die Anfang 2014 umgesetzt wurde. Wesentliche Ziele waren klare Schnittstellen zur EZB und zur FMA sowie eine möglichst optimale Nutzung von Synergien. Die Hauptabteilung „Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht“ wurde in zwei Hauptabteilungen („Europäische Großbankenaufsicht“ und „Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung“) geteilt, um klare Zuständigkeiten für europäische und nationale Agenden zu schaffen und eine inhaltliche Abgrenzung sowie eine trennscharfe Zuteilung der Verantwortung zu ermöglichen.

Im Juli 2013 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung vor, mit der ein einheitliches Verfahren für die Abwicklung von Kreditinstituten im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) festgelegt wird. Der SRM stellt die zweite Säule der Bankenunion dar. Am 20. März 2014 einigten sich das Europäische Parlament, die Europäische

² Siehe in diesem Zusammenhang auch die in der OeNB-Reihe Focus on European Economic Integration (Ausgabe Q1/2013) erschienenen Studien „Nonperforming Loans in Western Europe – A Selective Comparison of Countries and National Definitions“ und „Nonperforming Loans in CESEE – An Even Deeper Definitional Comparison“.

Kommission und der Rat der Europäischen Union in den Trilog-Verhandlungen auf einen provisorischen Kompromiss.

Die SRM-Verordnung erstreckt sich auf die Banken jener Länder, die am SSM teilnehmen. Der SRM besteht aus drei Hauptkomponenten: den einheitlichen Abwicklungsregeln, dem zentralen Abwicklungsgremium (Single Resolution Board – SRB) und dem gemeinsamen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund – SRF). Wettbewerbsverzerrungen, die durch divergierende Bankenabwicklungsregeln und -praktiken entstehen, sollen dadurch vermieden werden.

Das SRB wird seinen Sitz in Brüssel haben und aus einem Exekutivdirektor, einem stellvertretenden Exekutivdirektor, vier weiteren Mitgliedern und aus Vertretern der Mitgliedstaaten, die die nationalen Abwicklungsbehörden repräsentieren, bestehen. Die Europäische Kommission und die EZB haben Beobachterstatus. Im Bedarfsfall können weitere Beobachter eingeladen werden.

Beim SRB werden zwei Settings unterschieden: Die Plenumszusammensetzung und die in kleinem Teilnehmerkreis stattfindende Exekutivzusammensetzung. Eine wichtige Aufgabe des SRB und der nationalen Abwicklungsbehörden ist die Erstellung und Prüfung von Abwicklungsplänen.

Die Abwicklung von Banken soll zukünftig mit minimalen Kosten für den Steuerzahler und die Realwirtschaft erfolgen. Um dies zu erreichen, sollen Eigentümer von Banken, bestimmte Gläubiger sowie die Banken vermehrt selbst die Kosten der Abwicklung tragen. Die SRM-Verordnung sieht die Errichtung eines gemeinsamen Abwicklungsfonds vor, der durch Beiträge von Banken gespeist wird. Die Zielgröße des Fonds beträgt 55 Mrd

EUR. Während einer Übergangsfrist von acht Jahren besteht der Fonds aus sogenannten „nationalen Compartments“, also nationalen Fondsteilen. Bereits nach einem Jahr sollen jedoch 40% des Fondsvolumens vergemeinschaftet sein. Nach der achtjährigen Übergangsfrist ist der gemeinsame Abwicklungsfonds vollständig eingerichtet.

Die EZB ist maßgeblich in die Entscheidung zur Bankenabwicklung eingebunden und schlägt diese in den meisten Fällen vor. Wenn eine Bank vor oder kurz vor dem Zusammenbruch steht, wenn keine „Private-Sector-Lösung“ möglich ist und wenn die Abwicklung im öffentlichen Interesse ist, beschließt das SRB das „Resolution Scheme“, einschließlich der anzuwendenden Abwicklungstools.

Die Bestimmungen bezüglich Vorbereitung der Abwicklungsplanung, Sammlung von Informationen und Zusammenarbeit mit nationalen Abwicklungsbehörden sollen ab 1. Jänner 2015 gelten. Die Bestimmungen bezüglich Abwicklungsplanung, Frühintervention, Abwicklungsaktionen und Abwicklungsinstrumente (einschließlich Bail-in) sollen ab 1. Jänner 2016 in Kraft treten.

Weiterentwicklungen im Aufsichtsrecht vergrößern Handlungsspielraum

Als Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reformierte der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision – BCBS) die Basel II-Rahmenvereinbarungen, um die Krisenresistenz der Banken zu erhöhen. Die Weiterentwicklungen betreffen die Eigenmittelausstattung, die Liquiditätsstandards sowie die Berechnung der risikogewichteten Aktiva. Die Umsetzung von Basel III in europäisches und österrei-

SRM als unabdingbares ergänzendes Element des einheitlichen Aufsichtsmechanismus

Basel III in Europa und Österreich umgesetzt

chisches Recht wurde im Jahr 2013 abgeschlossen. Das Europäische Parlament hat die Eigenkapitalverordnung (Capital Requirements Regulation – CRR) sowie die Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive – CRD) im April 2013 angenommen. Die CRR ist seit 1. Jänner 2014 direkt anwendbar. Demgegenüber war die CRD aufgrund ihres Richtliniencharakters erst von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen, in Österreich durch eine Novellierung des Bankwesengesetzes (BWG). Die neue Fassung trat mit 1. Jänner 2014 in Kraft. Die höheren quantitativen und qualitativen Anforderungen an Eigenmittel und Liquidität werden schrittweise bis zum Jahr 2023 von den Banken zu erfüllen sein.

**Neuer Rahmen
für Banken-
restrukturierung
und -abwicklung**

Die Arbeiten zur Prävention von Banken Krisen wurden 2013 weitergeführt. Dazu wurde auf europäischer Ebene eine Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive – BRRD) entworfen. Die BRRD wurde im April 2014 verabschiedet und soll bis Anfang 2015 in nationales Recht umgesetzt werden. Sie gilt in der gesamten EU, womit auch die am SSM teilnehmenden Länder erfasst sind. Die Teilnahme am SRM ist hingegen ausschließlich für die am SSM teilnehmenden Länder vorgesehen. Die Richtlinie sieht Regelungen vor, wie Banken in der EU zukünftig saniert und abgewickelt werden und wie die Kostenaufteilung erfolgen soll. Zukünftig soll jede Bank mithilfe eines von ihr selbst erstellten Sanierungsplans darlegen, welche Maßnahmen im Krisenfall gesetzt werden könnten. Falls eine Umsetzung des Sanierungsplans nicht gelingt, soll die Bank künftig geordnet aus dem Markt ausscheiden können. Ziel ist es, negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaft hintanzuhalten und den Prozess mit möglichst minima-

**Einigung zur
Einlagensicherung
erreicht**

len Kosten für den Steuerzahler zu gestalten.

Um dies zu erreichen, sieht die BRRD auch neue Instrumente wie beispielsweise das Bail-in oder die Brückenbank vor. Durch das Bail-in sollen bestehende Eigenkapital- und Fremdkapitalgeber die Verluste einer Bank nach einem festgelegten Mechanismus tragen. Durch das Instrument der Brückenbank können systemrelevante Teile einer Bank fortgeführt werden. Damit unterscheidet sich das Bankenabwicklungsregime, wie es in der BRRD vorgesehen ist, deutlich von einer herkömmlichen Insolvenz: Grundsätzlich soll die Bank nicht als Ganzes liquidiert – also zerschlagen – werden, sondern es sollen zumindest die für eine Volkswirtschaft systemisch wichtigen Teile eine Fortführungsmöglichkeit haben. Um auf einen möglichen Abwicklungsfall vorbereitet zu sein, sollen präventiv Abwicklungspläne von einer in Österreich noch zu bestimmenden Abwicklungsbehörde unter Mithilfe der Banken erstellt werden.

In Österreich wurde bereits 2013 mit dem Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz (BIRG) der Weg zu einer verstärkt vorausschauend und frühzeitig eingreifenden Aufsicht beschritten. Im Rahmen des BIRG müssen die Banken – anders als in der BRRD – sowohl Sanierungs- als auch Abwicklungspläne in eigener Regie entwickeln und im Risikomanagement implementieren: 2014 werden alle österreichischen Banken mit einer Bilanzsumme von über 30 Mrd EUR Pläne erstellen.

Am 17. Dezember 2013 konnte auf europäischer Ebene eine politische Einigung zur Richtlinie über Einlagensicherungssysteme erzielt werden. Künftig soll die Sicherungshöhe der Einlagen bei 100.000 EUR pro Einleger pro Institut festgesetzt sein. Die Auszahlungs-

Grafik 24

Ausgewählte regulatorische Initiativen und Aufsichtsinstitutionen im Überblick

			EU-28	SSM-Länder	Österreich
Regulatorische Initiativen	Eigenkapitalrichtlinie	CRD IV	x	x	x
	Eigenkapitalverordnung	CRR	x	x	x
	Bankensanierungs- und -abwicklungsrichtlinie	BRRD	x	x	x
	Richtlinie Einlagensicherungssystem	DGS	x	x	x
	Einheitlicher Abwicklungsmechanismus	SRM		x	x
	Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz	BIRG			x
Aufsichtsinstitutionen	Europäische Bankenaufsichtsbehörde	EBA	x	x	x
	EZB: Einheitlicher Aufsichtsmechanismus	SSM		x	x

frist soll auf sieben Arbeitstage verkürzt werden. Die Finanzierung des Einlagensicherungssystems erfolgt durch einen dreistufigen Prozess. Auf der ersten Stufe soll innerhalb von zehn Jahren ein mit risikogewichteten Beiträgen der Banken gespeister Fonds aufgebaut werden, der eine Zielgröße von 0,8 % der gesicherten Einlagen hat. Auf der zweiten Stufe können bei unzureichenden Ex-ante-Mitteln Beiträge bei den Banken in Höhe von bis zu 0,5 % der gesicherten Einlagen jährlich eingehoben werden. Die letzte Stufe besteht aus alternativen Finanzierungsarrangements, die die Mitgliedstaaten sicherzustellen haben.

Eine der wesentlichen Lehren aus der Finanzkrise ist, dass es neben der Aufsicht über Einzelinstitute auch einer makroprudenziellen Aufsicht bedarf. Die Kosten von Finanzkrisen für eine Volkswirtschaft können enorm sein. Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat festgestellt, dass Banken Krisen im Durchschnitt alle 20 bis 25 Jahre vorkommen und sich die Gesamtkosten in einer Größenordnung von 20 % bis über 100 % der Wirtschaftsleistung bewegen.³ Die makroprudenzielle Aufsicht befasst sich mit jenen Risiken im Finanzsystem, die in der Beaufsichtigung von Einzelinstituten nicht erfasst werden können. So kann es insbesondere in Zeiten eines wirtschaftlichen

Aufschwungs zum Aufbau systemischer Risiken kommen, obwohl die Einzelbanken die regulatorischen Erfordernisse erfüllen. Werden systemische Risiken von der makroprudenziellen Aufsicht als relevant eingestuft, sollen entsprechende Maßnahmen zur Reduktion dieser Risiken gesetzt werden.

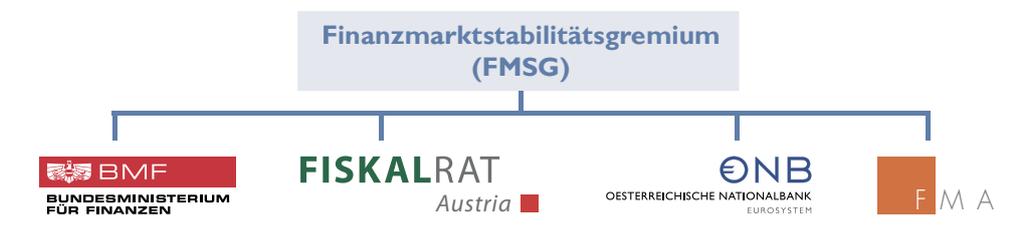
Auf europäischer Ebene sollen vom Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board – ESRB) systemische Risiken identifiziert, quantifiziert und notfalls auch Risikowarnungen und Empfehlungen ausgesprochen werden. Der ESRB hat im Jahr 2013 weitere Aktivitäten zur Stärkung der makroprudenziellen Aufsicht gesetzt. So wurde intensiv an der Operationalisierung der makroprudenziellen Aufsicht gearbeitet. Im Juni 2013 wurde eine Empfehlung zu Zwischenzielen und Instrumenten für makroprudenzielle Maßnahmen veröffentlicht. Zudem wurden Anfang 2013 Empfehlungen zur Refinanzierung von Kreditinstituten und zu Geldmarktfonds abgegeben. Außerdem wurde die Umsetzung der ESRB-Empfehlung zu den Fremdwährungskrediten überprüft und Österreich mit „fully compliant“ bewertet.

In Österreich ist 2013 das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG), das auf die Empfehlung des ESRB zum makroprudenziellen Mandat nationaler

Makroprudenzielle Aufsicht konzentriert sich auf Systemrisiken

Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) in Österreich eingerichtet

³ BCBS. 2010. *An assessment of the long-term economic impact of stronger capital and liquidity requirements.*



Behörden aus dem Jahr 2011 zurückgeht, geschaffen worden. Aufgabe ist es, Risiken für das österreichische Finanzsystem zu reduzieren und die Finanzmarktstabilität zu stärken. Im FMSG sind je zwei Mitglieder des Finanzministeriums und des Fiskalrats sowie je ein Mitglied der FMA und der OeNB vertreten. Im Zuge dieser neuen makroprudenziellen Elemente im BWG und im Finanzmarktaufsichtsbehörden-

gesetz sind auch die Aufgaben der OeNB erweitert worden. Der Auftrag zur Wahrung der Finanzmarktstabilität wurde explizit im Notenbankgesetz verankert. Während die FMA die zuständige Behörde für den Einsatz von makroprudenziellen Instrumenten bleibt, ist die OeNB die treibende Kraft für die inhaltliche Ausgestaltung der makroprudenziellen Aufsicht in Österreich. Die OeNB ist für die Analyse der systemischen Risiken, für den Entwurf von Risikowarnungen und Empfehlungen an die FMA, für die Erstellung von Gutachten für den Einsatz konkreter Aufsichtsmaßnahmen sowie für die Erstellung des FMSG-Jahresberichts zuständig.

Die nunmehr der makroprudenziellen Aufsicht zur Verfügung stehenden makroprudenziellen Instrumente zur Eindämmung systemischer Risiken werden der antizyklische Kapitalpuffer, ein Puffer für systemrelevante Institute, ein systemischer Risikopuffer sowie

Instrumente des sogenannten nationalen Flexibilitätspakets (u. a. Risikogewichte für Immobilienkredite und Forderungen innerhalb des Finanzsektors, Offenlegungspflichten) und des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsverfahrens (u. a. Eigenmittel, Rückstellungen, Ausschüttungseinschränkungen) sein. Diese Instrumente wurden im Zuge der Umsetzung des neuen EU-Bankenrechts (Basel III) in das BWG aufgenommen. Die Zuständigkeit für die makroprudenzielle Aufsichtspolitik liegt – auch im Rahmen des SSM – bei den nationalen Behörden, allerdings kann die EZB gegebenenfalls strengere makroprudenzielle Anforderungen stellen.

OeNB nimmt zentrale Rolle in der Finanzaufsicht wahr

Die OeNB ist für Vor-Ort-Prüfungen und die Analyse von Einzelbanken verantwortlich. Sollte aus einer Bankenprüfung eine wesentliche Veränderung der Risikolage oder ein Verdacht auf Verletzung von bankaufsichtsrechtlichen Bestimmungen festgestellt werden, teilt die OeNB dies der FMA unverzüglich mit.

Neben der regelmäßig wiederkehrenden Analyse von Kredit- und Zahlungsinstituten bzw. von Konzernen erstellte die OeNB auf Ersuchen der FMA auch zahlreiche Gutachten zu diversen Fragestellungen, die sich aus der laufenden Aufsicht ergeben. Die Palette umfasste im Berichtsjahr gesellschaftsrechtliche Vorgänge, Eigentümerqualifikationsverfahren, das Liquiditätsrisiko-

Antizyklischer Kapitalpuffer

Antizyklische Kapitalpuffer dienen zur Abfederung zyklischer Risiken und sollen gebildet werden, wenn z. B. das Kreditwachstum erhebliche Auswirkungen auf das Risikoprofil von Kreditinstituten hat bzw. zur Entstehung eines systemweiten Risikos beiträgt. Der Puffer besteht aus hartem Kernkapital sowie gegebenenfalls zusätzlichen Eigenmitteln und dient zur Verlustabsorption. Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht hat, um ein international kohärentes Vorgehen zu fördern, dafür eine auf dem Verhältnis von Krediten zum BIP beruhende Methode entwickelt. Der Antizyklische Kapitalpuffer steht der makroprudenziellen Aufsicht ab 2016 zur Verfügung.

management, die Analyse von in Einzelfällen auferlegten Sonderberichten, Konzessionsänderungen, die Mängelbehebung nach Vor-Ort-Prüfungen und die Vergütungspolitik. Auch die Beurteilung der Kapitaladäquanz von Kreditinstituten im Inland und von Tochterbanken im Ausland (Joint Risk Assessment and Decision) bildete ebenso weiterhin einen Schwerpunkt in der Aufsichtstätigkeit wie die Analyse des relativ hohen Engagements der österreichischen Kreditinstitute in CESEE und aus dem zum Teil herausfordernden Umfeld in einzelnen CESEE-Ländern (Fremdwährungskredite, Kreditqualität, Forbearance).

Auf Basis der von OeNB und FMA gemeinsam erarbeiteten Prüfstrategie, in der die regionalen und thematischen Schwerpunkte der Auslandsprüfungen nach dem Prinzip der Risikoorientierung festgelegt wurden, erfolgten im Jahr 2013 neben zahlreichen Vor-Ort-Prüfungen im Inland auch 16 Vor-Ort-Präsenzen im Ausland. Diese betrafen Tochterinstitute, Besuche bei Konzern-töchtern und Teilnahmen an Prüfungen der lokalen Gastland-Aufsichtsbehörden. Darüber hinaus wurden Risikomodelle in Italien, Ungarn, Rumänien, Russland, Serbien, der Slowakei, Slowenien und der Türkei begutachtet. Die untersuchten Themen umfassten das Kreditrisiko, das Liquiditätsrisiko, die Gesamtbanksteuerung (ICAAP) und das operationale Risiko.

Inhaltliche Schwerpunkte für die Analysetätigkeit ergaben sich unter anderem aufgrund der Beurteilung von Kapitalmaßnahmen, der Ad-hoc-Berichterstattung zu im Restrukturierungsprozess befindlichen österreichischen Banken sowie durch das Monitoring der Refinanzierungsstruktur der österreichischen Tochterbanken und der Rückführung staatlicher Unterstützungsmaßnahmen. Im Fokus der Ana-

lysetätigkeit stand darüber hinaus die Umsetzung der aus den neuen regulatorischen Rahmenbedingungen der CRR und der CRD IV resultierenden zahlreichen Bewilligungstatbestände sowie das laufende Basel III-Monitoring im Hinblick auf Kapital, Liquidität und Leverage-Ratio.

Einen weiteren Tätigkeitsbereich der OeNB stellten – parallel zur aufsichtlichen Tätigkeit – die Arbeiten im Rahmen der sogenannten Task-Force Hypo Alpe-Adria-Bank dar. Dieses Anfang Mai 2013 eingerichtete Beratungsgremium, dem unter Vorsitzführung der FIMBAG neben Gouverneur und Vize-Gouverneur der OeNB auch Vertreter von FMA, BMF, FIMBAG sowie Rechtsberater angehörten, begleitete die Entwicklung des von der Europäischen Kommission Anfang September 2013 genehmigten Abwicklungsplans für die Bank und evaluierte in weiterer Folge verschiedene Optionen für den konkreten Abwicklungsprozess. Anfang März 2014 legte der Gouverneur der OeNB als (seit Ende Februar 2014) Vorsitzender der Task-Force die finalen Ergebnisse der Arbeiten vor. Empfohlen wurde für den Abbauteil eine Anstaltslösung in Form einer deregulierten Kapitalgesellschaft ohne generelle Staatshaftung. Die Tochterbanken in Südosteuropa sollen separiert bzw. verkauft werden. Die Regierungsparteien kündigten die Umsetzung dieser Empfehlung – ergänzt um weitere Elemente und Begleitmaßnahmen – an.

Die Aufsicht über die Sicherheit von Zahlungssystemen ist von grundlegender gesamtwirtschaftlicher Bedeutung und zählt daher auch zu den Kernaufgaben der OeNB. Im Jahr 2013 betraf der Aufsichtsschwerpunkt die Überprüfung von Zahlungssystemen zur Abwicklung von Wertpapiertransaktionen und Interbankenmassenzahlungen. Die Aufsichtstätigkeit erfolgte dabei im

OeNB als ein integraler Bestandteil der Aufsicht

Zahlungssystemaufsicht trägt zur Finanzmarktstabilität bei

**Systemrisikoanalyse
als eine der Kern-
aufgaben der OeNB**

Rahmen der vom EZB-Rat definierten Aufsichtspolitik, die von der OeNB in den relevanten Aufsichtsgremien des ESZB aktiv mitgestaltet wird.

Im Bereich der Systemrisikoanalyse stellen Stresstests der OeNB eines der zentralen Analyseinstrumente dar. 2013 wurden sie im Zuge des FSAP in Zusammenarbeit mit dem IWF durchgeführt (siehe Kasten 3). Dabei analysierte die OeNB neben der Kapitaladäquanz auch die Liquiditätssituation des österreichischen Bankensystems sowie potenzielle Ansteckungseffekte aus der wechselseitigen Kreditvergabe zwischen den Banken. Die Stresstests sind dabei ein wichtiger Analyseansatz, um die Widerstandsfähigkeit der Banken, des Finanzmarktes und die Wechselwirkungen mit der Realwirtschaft zu untersuchen.

Die OeNB, die maßgeblich am Aufbau der Kooperationsinitiative Vienna Initiative mitwirkte, ist seit Anfang 2014 im Lenkungsausschuss (Vorsitz Polen) vertreten. Die Vienna Initiative ist eine Kooperationsplattform der Vertreter der Heimat- und Gastlandaufseher, der Europäischen Kommission, internationaler Finanzinstitutionen, wie

etwa dem IWF, und der in der Region tätigen Banken. Sie wurde Anfang 2009 ins Leben gerufen und konnte zu einer Stabilisierung der CESEE-Region beitragen. Aktuelle Schwerpunkte sind die Kreditqualität, die Kreditversorgung und die Implikationen der Bankenunion auf die Region.

Ein neuer Aufgabenbereich der OeNB ist die Analyse des Systemrisikos, das von hebel-finanzierten alternativen Investmentfonds ausgeht. Die OeNB hat gemäß Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz (AIFMG) zu analysieren, inwieweit die Nutzung von Hebelfinanzierung zur Entstehung von Systemrisiken im Finanzsystem, zum Risiko von Marktstörungen in einzelnen oder mehreren Marktsegmenten oder zu Risiken für das langfristige Wirtschaftswachstum beiträgt. Die zuständige Aufsichtsbehörde ist die FMA. In Österreich sind im Wesentlichen Hedgefonds, Private-Equity-Fonds sowie sonstige Fonds betroffen. Im Jahr 2013 wurden bereits methodische Vorbereitungsarbeiten durchgeführt, um die im Jahr 2014 erstmals verfügbaren Daten zügig auswerten zu können.





Aus unserem Leitbild

Wir bringen als zentrale wirtschaftspolitische Institution unsere volks- und finanzwirtschaftliche Expertise ein und geben Orientierung mittels hochwertiger und verlässlicher Statistiken.

Hochwertige Statistiken als Basis für Geldpolitik und Finanzmarktstabilität

Der Bedarf an wirtschaftsstatistischer Information ist mit den Finanzmarktverwerfungen der vergangenen Jahre sowie im Zuge der daraus resultierenden wirtschaftspolitischen und institutionellen Reformen in Europa markant gestiegen. Ein neues Verständnis der makroökonomischen Steuerung Europas, die in Aufbau befindliche gemeinsame europäische Bankenaufsicht sowie deutlich sensibilisierte Investoren und Analysten fordern in zunehmendem Maß verlässliche, qualitativ hochwertige und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasste Statistiken ein. Die OeNB kommt diesem sich wandelnden Informationsbedarf als größter österreichischer Anbieter von Finanzstatistiken durch eine Reihe von Maßnahmen nach.

Einzelbankdaten der europäischen Monetär- und Zinssatzstatistik gewinnen zunehmend an Bedeutung. Ihr Informationsgehalt für Aufsichtszwecke steigt durch einen hohen Grad an Harmonisierung im Euroraum sowie durch eine zeitnahe monatliche Verfügbarkeit. Daher soll der derzeit bestehende Kreis der neun meldenden Institute auf mehr als 100 Banken in Österreich ausgeweitet werden. Auch der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board – ESRB) verwendet bereits aggregierte Daten der Monetärstatistik für die Berechnung einiger Indikatoren seiner regelmäßig veröffentlichten Risk Dashboards.

Abseits von Einzelbankmeldungen sorgen erweiterte EZB-Verordnungen für Neuerungen im Bereich monetärstatistischer Aggregate: Die derzeitige Informationsstruktur der Themenfelder Monetärstatistik, Zinssatzstatistik, Investmentfondsstatistik, Statistik zu finanziellen Mantelkapitalgesellschaften sowie Zahlungsverkehrstatistik wird

auf eine wesentlich detailliertere Basis gestellt, wodurch künftig genauere Analysen möglich sein werden. So können die zunehmend wichtigen Holdingstrukturen deutlich besser abgebildet werden als bisher. Konzerninterne Forderungen sowie Finanzderivate werden ebenfalls einen höheren Informationsgehalt bieten.

Eine weitere Änderung betrifft die Meldeanforderungen zu Kreditverbriefungen bzw. -übertragungen: Zusätzlich zu monatlichen Transaktionen und dem Volumen verbriefter Kredite gehören nun auch Kapitalrückzahlungen und Abschreibungen zum Meldeumfang. Bei Versicherungen werden mit dem Berichtstermin Dezember 2015 neue, innerhalb des Euroraums harmonisierte Daten erhoben, um ein genaueres Bild über die Veranlagungsstrukturen und die Refinanzierung von Versicherungen liefern und internationale Vergleiche vornehmen zu können.

Ein weiteres, seit einigen Jahren zunehmend entwickeltes Kompetenzfeld der OeNB-Statistik ist die Erhebung und Analyse von Mikrodaten. Im Bereich des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs werden diese genutzt, um zusätzliche Informationen über Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung international tätiger Unternehmen zu gewinnen. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung werden mit Stammdaten dieser Unternehmen verknüpft, wodurch das Profil der österreichischen Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland deutlich geschärft und detaillierte Aussagen im Hinblick auf die Branchenstruktur, die Zahl der Beschäftigten oder die Eigentümerstruktur getroffen werden können.

Das in Kooperation mit der Deutschen Bundesbank betriebene System zur Bonitätsbeurteilung (Common

Monetär- und Zinssatzstatistik mit erhöhtem Informationsgehalt

Neue Erkenntnisse im Dienstleistungshandel durch Mikrodaten

OeNB exportiert
statistisches Know-how
an europäische Partner

Standing Committee
forciert gemeinsames
Meldewesen mit
Banken

Intensive
Vorbereitungen auf
europäische
Aufsichtsvorgaben

Credit Assessment System – CoCAS) erweist sich als Musterprojekt für die Zusammenarbeit im Eurosystem. Im zunächst bilateralen Projekt ist die OeNB hauptverantwortlich für die Entwicklung der statistischen Modelle, während die Bundesbank den Betrieb der Software übernimmt. Das von der OeNB entwickelte Modell zur Beurteilung von nach IFRS bilanzierenden Unternehmen wird seit Jänner 2012 von der spanischen Zentralbank genutzt. Mit der Anbindung der belgischen Zentralbank im Jahr 2013 ist ein weiterer Nutzer hinzugekommen. Die aus dem Projekt entstehenden Kosten werden der OeNB in vollem Umfang abgegolten. Die herausragende Stellung der OeNB im Bereich der Bonitätsbeurteilung wird auch im In-house Credit Assessment System (ICAS) Review bestätigt, der von der EZB durchgeführt und 2013 abgeschlossen wurde.

Ein Schwerpunkt der Arbeiten im abgelaufenen Geschäftsjahr bildete die Umsetzung der zahlreichen neuen Anforderungen, die sich aus der Implementierung der Basel III-Vorschriften auf europäischer Ebene (CRR und CRD IV) ergeben. Die daraus resultierenden meldetechnischen Vorgaben wurden von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) zusammengefasst und auf europäischer Ebene intensiv verhandelt und diskutiert. Seit 31. März 2014 müssen sämtliche Prozesse, Systeme und Sekundärstatistiken dem neuen Meldedesign entsprechen.

Ein weiterer wesentlicher Schwerpunkt lag in der aktiven Mitarbeit an den Vorbereitungen des Bankenaufsichtlichen Meldewesens für den einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM). Hier galt es, die Vergleichbarkeit der Meldedaten der am SSM teilnehmenden Länder zu evaluieren und Vorschläge für die künftige Ausgestaltung zu entwickeln. Dieser Prozess

wurde durch mehrere Datenübermittlungen an die EZB begleitet. Zudem musste die zukünftige Prozesskette des Datenflusses erarbeitet, diskutiert und international abgestimmt werden. Im Ergebnis steht nun ein umfassendes „Handbuch zum Aufsichtlichen Meldewesen“ zur Verfügung, das die Grundlage für das künftige Meldewesen im SSM bildet.

Im Geschäftsjahr 2013 konnte auf österreichischer Ebene das Standing Committee (SCom) als Forum der Zusammenarbeit zwischen den meldepflichtigen Kreditinstituten und der OeNB erfolgreich etabliert werden. Zielsetzung des SCom ist die gemeinsame Weiterentwicklung des gesamten Meldewesens der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute (Aufsichts-, Monetär- sowie Außenwirtschaftsstatistik) und die nachhaltige Umsetzung von bestehenden und neuen nationalen und internationalen Anforderungen an das Meldewesen. Das SCom leistet einen wesentlichen Beitrag zur angestrebten Verbesserung der Qualität und der effizienteren Abwicklung des Meldewesens, was zu mehr Kosteneffizienz für alle beteiligten Parteien führt. Das Fundament bildet ein von der OeNB-Statistik selbst entwickeltes multidimensionales Datenmodell. Dieser Ansatz wurde in den letzten Monaten in diversen internationalen Gremien intensiv diskutiert, sodass sich mittlerweile auch auf europäischer Ebene ein verstärktes Interesse an diesem Modell erkennen lässt.

Neue Analysetools für optimale Datenauswertung

Im Jahr 2013 konnte mit den Banken eine Einigung hinsichtlich eines neuen gemeinsamen multidimensionalen Datenmodells erreicht werden. Weiters wurden erstmals Daten mittels des neu entwickelten Meldeverarbeitungssystems

ISIS erhoben. Die Auswertung erfolgt nun im neuen Data-Warehouse-System OSIRIS. Beide Tools ermöglichen eine effiziente, hoch standardisierte Verarbeitung sämtlicher Erhebungen – egal ob Aufsichts-, Monetär- oder Zahlungsbilanzstatistik – und entsprechen ganz den neuesten technologischen Standards, auch hinsichtlich einer komfortablen User-Oberfläche. Zudem sind sie in der Lage, die zukünftigen vieldimensionalen Meldungen – sogenannte SmartCubes – zu verarbeiten, die als harmonisierte Datenquelle für mehrere statistische Anforderungen verwendet werden können. Das ebenfalls neu entwickelte Tool ANUBIS stellt die benö-

tigten Rechenregeln für ISIS und OSIRIS zur Verfügung.

Ende Dezember 2013 wurde seitens der EZB eine neue Zahlungsverkehrsstatistik-Verordnung erlassen. Der OeNB ist es gelungen, eine redundanzfreie Meldung zu definieren, die sowohl EZB-Anforderungen als auch Anforderungen der OeNB-Zahlungssystemaufsicht, der OeNB-Außenwirtschaftsstatistik und der Europäischen Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (ESMA) abdeckt. Damit konnten nach dem Konzept der mehrfachen Nutzung einer Datenquelle Doppelgleisigkeiten vermieden und Synergien genutzt werden.

Neue Meldebestimmungen aufgrund neuer EZB-Verordnung



Aus unserem Leitbild

Wir sorgen gemeinsam mit unseren Tochterunternehmen für sicheres Bargeld und einen funktionierenden Zahlungsverkehr.

Schrittweise Einführung der zweiten Euro-Bargeldserie und Schaffung eines einheitlichen Zahlungsverkehrsraums

OeNB als Bargelddrehscheibe auch über die Grenzen hinaus

OeNB gewährleistet mit ihren Tochterunternehmen, der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination GmbH (GSA) und der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS), eine reibungslose Bargeldversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft Österreichs. Neben der effizienten Bargeldorganisation im Inland hat sich die OeNB aufgrund der gesammelten Erfahrungen im Bargeldbereich und der geografisch günstigen Lage Österreichs zu einer wichtigen Ansprechpartnerin für viele Notenbanken aus den Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) entwickelt, in denen der Euro zu einem erheblichen Teil als Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel verwendet wird. Aufgrund der Geschäftstätigkeit einiger österreichischer Banken in CESEE fließen beträchtliche Mengen an Euro-Bargeld aus dieser Region an die OeNB zurück. Dieser Rücklauf wird von OeNB und

GSA auf Echtheit und Umlauffähigkeit geprüft und sodann wieder dem Geldkreislauf zugeführt. Auf diese Weise trägt die OeNB maßgeblich auch zur Effizienz der Bargeldversorgung im gesamten Euroraum bei. Ihre seitens der EZB zugedachte Rolle als Bargelddrehscheibe wird dadurch auch über die Grenzen Österreichs hinaus weiter gestärkt.

Einführung der zweiten Euro-Banknotenserie

Als erste Stückelung der neuen Banknotenserie wurde am 2. Mai 2013 die 5-Euro-Banknote in Umlauf gebracht. Verbesserte High-Tech-Sicherheitsmerkmale machen die neuen Banknoten noch fälschungssicherer. Eine spezielle Beschichtung sorgt für längere Haltbarkeit. Besonderes Augenmerk bei der Einführung der zweiten Euro-Banknotenserie legte die OeNB darauf, professionelle Bargeldanwender aus Banken, Handel und Gastronomie zu informieren. Um die Bevölkerung dabei zu unterstützen, sich mit der neuen

Die OeNB als Bargeld-Kompetenzzentrum im Eurosystem

Kasten 4

Die neue 10-Euro-Banknote kommt am 23. September 2014

Mit der neuen 10-Euro-Banknote setzt das Eurosystem die schrittweise Einführung der zweiten Euro-Banknotenserie fort. Die neue Serie überzeugt durch moderne Optik und verbesserte Sicherheitsmerkmale. Wie die neue 5-Euro-Banknote ist auch die 10-Euro-Banknote der zweiten Serie im Hologramm und im Wasserzeichen mit dem Porträt der mythologischen Gestalt Europa, der Namensgeberin unseres Kontinents, ausgestattet. Außerdem weist auch die neue 10-Euro-Banknote eine spezielle Beschichtung für eine längere Haltbarkeit auf.

Die Ausgabe der neuen Banknote wird ab 23. September 2014 erfolgen. Für die dafür notwendigen Anpassungen hat die OeNB vorab das Schulungs- und Informationsangebot verstärkt und bietet Herstellern von Banknotenbearbeitungsgeräten, Werttransportfirmen sowie Partnern aus dem Bankensektor und Handel die Möglichkeit, ihre Systeme zu testen. Über verschiedene Kommunikationskanäle, allen voran über die Onlinemedien, wird die Bevölkerung umfassend informiert. Um die Echtheit einer Banknote auch ohne technische Hilfsmittel zu überprüfen, empfiehlt die OeNB die bereits bekannte Methode FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN.



Grafik 26

Bargeldumlauf von Euro und US-Dollar



Banknote und ihren Sicherheitsmerkmalen vertraut zu machen, führte die OeNB eine umfangreiche Informationskampagne durch und stellte zahlreiches Informationsmaterial zur Verfügung.

Am 13. Jänner 2014 wurde die neue 10-Euro-Banknote mit moderner Optik und verbesserten Sicherheitsmerkmalen vorgestellt, und damit die schrittweise Einführung der zweiten Euro-Banknotenserie in aufsteigender Reihenfolge fortgesetzt. Das Ausgabedatum ist der 23. September 2014.

**Sichere und stabile
Bargeldversorgung als
Kernaufgabe der OeNB**

Grafik 27

Durch Euro-Fälschungen in Österreich verursachter Schaden



Entwicklung des Bargeldumlaufs

Bis zum Jahresende 2013 stieg der Euro-Bargeldumlauf auf 980 Mrd EUR. Dies bedeutet eine Steigerung um 4,7% gegenüber Ende 2012. Einerseits ist Bargeld weiterhin das beliebteste Zahlungsmittel in den Ländern des Euro-Raums; andererseits reflektiert dieser Anstieg auch die zunehmende Bedeutung des Euro als internationale Reservewährung. Da es in einem gemeinsamen Währungsraum nicht mehr möglich ist, exakte Umlaufzahlen der einzelnen Länder zu ermitteln, schätzt die OeNB den Umlauf in Österreich aus Erstausgabemengen, Wachstumsraten bei Bargeldbezügen via Geldausgabautomat sowie aus dem jährlichen Auslieferungsvolumen. Derzeit liegen die Schätzungen bei 27 bis 30 Mrd EUR.

Die OeNB hat im Jahr 2013 insgesamt 1,5 Mrd Banknoten bereitgestellt und 1,6 Mrd Banknoten entgegengenommen. Rückgelieferte Banknoten werden bearbeitet und nur dann wieder ausgegeben, wenn alle Ausgabekriterien wie Echtheit und Umlauffähigkeit erfüllt sind.

Im Jahr 2013 wurden bei der OeNB insgesamt 1,7 Mrd Banknoten bearbeitet. Dieses Volumen entspricht in etwa 85% der gesamten Banknotenbearbeitung. Die verbleibenden 15% werden von anderen definierten Bargeldakteuren (laut EZB-Beschluss z. B. Kreditinstitute, Wechselstuben, Kasinos) nach gesetzlichen Vorgaben der OeNB durchgeführt. Aufgrund der hohen Bearbeitungsvolumina leistet die OeNB auch einen bedeutenden Beitrag zur Bargeldsicherheit in Österreich. Fälschungen können schnell und effizient aus dem Umlauf genommen und der Polizei für weitere Ermittlungen zur Verfügung gestellt werden.

Euro-Fälschungsaufkommen in Österreich weiterhin auf niedrigem Niveau

In Österreich wurden im Jahr 2013 insgesamt 8.193 Banknotenfälschungen aus dem Umlauf sichergestellt. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein stückmäßiger Anstieg um 29,5 %. Angesichts der Tatsache, dass tagtäglich über 500 Mio Stück Euro-Banknoten in Österreich im Umlauf sind, ist der Anteil der Fälschungen nach wie vor gering. Die am häufigsten gefälschten Banknoten waren die 100-, 50- und 20-Euro-Banknoten; sie machten gemeinsam 90 % aller 2013 in Österreich sichergestellten Fälschungen aus. Insgesamt beträgt der durch Falschgeld in Österreich verursachte Schaden 582.350 EUR. Trotz des Anstiegs blieb der Anteil Österreichs am Gesamtfälschungsaufkommen des Euroraums mit 1,2 % niedrig.

Prüf-, Zähl- und Sortiergeräte helfen, die Echtheit der Banknoten schnell und zuverlässig zu erkennen. Entsprechend den Richtlinien der EZB überprüft das Testzentrum der OeNB Banknotenbearbeitungs- und Banknotenprüfgeräte und arbeitet eng mit den internationalen Herstellern zusammen, um die Prüfgeräte rechtzeitig auf die zweite Euro-Banknotenserie vorzubereiten sowie kontinuierlich zu verbessern. Im Jahr 2013 wurden insgesamt 91 positive Maschinentests vom OeNB-Testzentrum durchgeführt. Die Testergebnisse werden sowohl auf der OeNB- als auch auf der EZB-Website veröffentlicht.

Effiziente und sichere Zahlungsverkehrssysteme als Grundlage eines stabilen Finanzsystems

Einwandfrei funktionierende Zahlungsverkehrssysteme liefern einen wesentlichen Beitrag für die Stabilität und Sicherheit des Finanzplatzes. Über die Zahlungsverkehrssysteme der OeNB

und des Eurosystems können Marktteilnehmer Großbetrags- und Massenzahlungen kostengünstig und effizient abwickeln. Für den Finanzplatz Österreich wurden über TARGET2 und HOAM.AT im Jahr 2013 rund 3,3 Mio Zahlungsaufträge in der Höhe von rund 17.000 Mrd EUR abgewickelt.

Im Interbankenmassenzahlungsbereich stehen dem österreichischen Finanzplatz die Clearing Services der OeNB und der GSA zur Verfügung. Das 2011 etablierte Clearing Service.Austria (CS.A) wurde im Jahr 2013 weiter ausgebaut. CS.A dient der Abwicklung nationaler Interbankenzahlungen und bietet eine flächendeckende Erreichbarkeit des österreichischen Marktes. CS.A umfasst an Spitzentagen ein Transaktionsvolumen von bis zu 10 Mio EUR. Die Umstellung auf die neuen Zahlungsformate im Rahmen der Umsetzung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payments Area – SEPA) erfolgte reibungslos. Den gestiegenen Sicherheitsanforderungen sowie der hohen Verarbeitungskomplexität wurde durch eine entsprechende Anpassung der Hardware und der Systemprozesse entsprochen.

Tests von Banknoten-Bearbeitungsmaschinen bieten Sicherheit

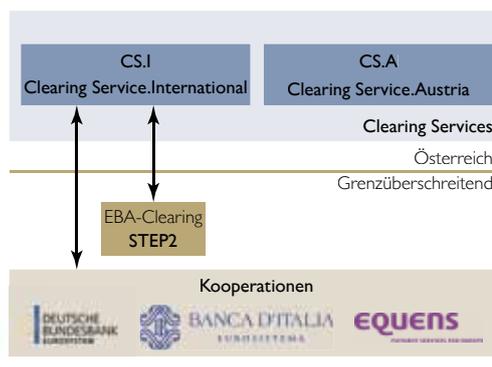
TARGET2 und HOAM.AT

Zahlungsverkehrssystem des Eurosystems für die finale Abwicklung von nationalen und grenzüberschreitenden Euro-Zahlungen in Echtzeit. Mit HOAM.AT (Home Accounting Module Austria), dem Buchungssystem der OeNB, können Kontoinhaber Liquiditätsüberträge, Bargeldgeschäfte und Standing Facilities (Einlage- und Spitzenrefinanzierungsfazilität) durchführen sowie die Erfüllung der Mindestreserve überwachen.

CS.A umfasst an Spitzentagen ein Transaktionsvolumen von bis zu 10 Mio EUR

Grafik 28

Clearing Services in Österreich



Clearing Service wird international

Ein weiterer Fokus lag in der Internationalisierung des Leistungsumfangs durch die Implementierung des Clearing Service International (CS.I). CS.I ermöglicht die Abwicklung grenzüberschreitender Interbankenzahlungen über EBA CLEARING sowie über Kooperationen mit anderen Clearinginfrastrukturen (Deutsche Bundesbank, Banca d'Italia und Equens). Die bisherigen Abwicklungsschienen wurden durch CS.I erfolgreich abgelöst.

SEPA-Migration vor Abschluss

Seit mehr als einem Jahrzehnt arbeiten die europäischen Banken gemeinsam mit dem Eurosystem und der Europäischen Kommission an der Schaffung eines einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums. Im Jahr 2014 wird dieser nun endgültig Realität: Bargeldlose Euro-Transaktionen innerhalb Europas können künftig von einem einzigen Konto so einfach, effizient, schnell und sicher durchgeführt werden wie bisher auf nationaler Ebene. Um die Migration der nationalen Formate für Überwei-

IBAN

Die IBAN setzt sich im Regelfall aus der bisher schon bekannten Kontonummer und der Bankleitzahl zusammen und wird lediglich durch ein Länderkennzeichen (AT für Österreich) und zwei Prüfziffern ergänzt. Bei grenzüberschreitenden Transaktionen innerhalb der EU muss noch bis 1. Februar 2016 zusätzlich zur IBAN die internationale Bankleitzahl (BIC) angegeben werden.

sungen und Lastschriften auf die SEPA-Formate abzuschließen, haben in den letzten Monaten alle Betroffenen – Unternehmen, öffentliche Verwaltungen und Banken – große Anstrengungen unternommen. Im März 2014 wurden in Österreich bereits nahezu 100% aller Lastschriften und 83% aller Überweisungen im SEPA-Format abgewickelt. Damit Wirtschaft, Private und Banken mehr Zeit für die Anpassung ihrer Systeme haben, wurde die Frist für die Umstellung Anfang des Jahres um sechs Monate von ursprünglich 1. Februar auf 1. August 2014 verlängert. Zahlungsverkehrsdienstleister dürfen bis zu diesem Zeitpunkt Zahlungen auch im nationalen Format annehmen. Ab 1. August 2014 muss jedoch bei allen Überweisungen und Lastschriften in Österreich die internationale Kontonummer IBAN (International Bank Account Number) anstelle von Kontonummer und Bankleitzahl verwendet werden. Die OeNB unterstützt die Umstellung auf die neuen SEPA Zahlungsinstrumente durch aktive Kommunikations- und Schulungsmaßnahmen (Inserate in Printmedien, TV-

Kasten 5

SEPA: von der Vision zur Realität – Meilensteine seit 2002

- 2002** Gründung des Europäischen Zahlungsverkehrsrats durch europäische Banken (European Payments Council – EPC), Ankündigung des EPC, einen einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) zu schaffen
- 2006** Gemeinsame Erklärung der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank zur SEPA-Vision
- 2007** Erlass der Richtlinie 2007/64/EG über Zahlungsdienste im Binnenmarkt (Payment Services Directive) als Gesetzesgrundlage für die Schaffung eines EU-weiten Binnenmarktes für den Zahlungsverkehr
- 2008** Einführung der SEPA-Überweisung
- 2009** Einführung der SEPA-Lastschrift; Umsetzung der Zahlungsdiensterichtlinie in Österreich durch das Zahlungsdiensteegesetz (ZaDiG)
- 2012** Erlass der Verordnung (EU) Nr. 260/2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro; die vollständige Migration von Überweisungen und Lastschriften auf die SEPA-Formate soll bis 1. Februar 2014 erfolgen
- 2014** Verlängerung der Übergangsfrist für die vollständige Migration von Überweisungen und Lastschriften auf die SEPA-Formate bis 1. August 2014.

Spots, Informationsveranstaltungen für die österreichischen Stakeholder).

Mit der Umstellung von Überweisung und Lastschrift endet das Projekt SEPA aber nicht, denn die SEPA-Initiative umfasst auch die Vereinheitlichung von Kartenzahlungen sowie innovative Zahlungsservices. Dazu zählen beispielsweise elektronische Lastschriftmandate und Internet- oder Mobiltelefonzahlverfahren.

TARGET2-Securities: Vorbereitungen auf Hochtouren

Ab Juni 2015 wird das Eurosystem europäischen Wertpapier-Zentralverwahrern mit TARGET2-Securities (T2S) eine technische Plattform für die Abwicklung von nationalen und grenzüberschreitenden Wertpapiertransaktionen zur Verfügung stellen. Durch die zentrale Abwicklung von Wertpapiertransaktionen in Zentralbankgeld soll die Sicherheit und Effizienz auf dem Wertpapiermarkt erhöht werden.

In Österreich ist die Oesterreichische Kontrollbank (OeKB) als Wertpapier-Zentralverwahrer tätig. Die OeKB plant, ab September 2016 die Wert-

papierabwicklung in Euro auf der T2S-Plattform durchzuführen. Die Geldkonten für das Settlement in T2S werden ab diesem Zeitpunkt von der OeNB geführt. Als rechtliches Rahmenwerk dient die für T2S adaptierte TARGET2-Leitlinie. OeNB und OeKB werden ihre Kunden bei den Veränderungsprozessen begleiten.

Die OeNB-internen Tests starten bereits im August 2014, verpflichtende Benutzertests für jene Institute, die zusammen mit der OeKB im September 2016 migrieren werden, beginnen im Februar 2016. Die OeNB wird jenen Kunden, die bereits vor diesem Zeitpunkt Wertpapiergeschäfte in T2S abwickeln möchten, Zentralbank-Geldkonten ab der T2S-Inbetriebnahme im Juni 2015 anbieten.

Ein wichtiger Aspekt für Institute, die eine direkte technische Anbindung zur T2S-Plattform planen, ist die Wahl des Netzwerk-Service-Providers. Voraussetzung dafür ist ein Vertrag mit einem der beiden vom Eurosystem zugelassenen Anbieter, S.W.I.F.T. oder SIA/Colt, sowie die Verwendung des Nachrichtenformats ISO20022.

Mit T2S wird die Integration des europäischen Marktes im Nachhandelsbereich umgesetzt

Die direkten Beteiligungen der OeNB

Die OeNB ist im Beteiligungsbereich sowohl im baren als auch im unbaren Zahlungsverkehr tätig. Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit sind nach wie vor Hauptkriterien bei der Aufgabenerfüllung der Beteiligungsgesellschaften.

Unternehmensgegenstand der Münze Österreich Aktiengesellschaft (MÜNZE) ist die Prägung, Ausgabe und Einziehung von Scheide- und Handelsmünzen sowie die Erzeugung und der Verkauf von Gegenständen aus edlen und unedlen Metallen. Im Jahr 2013 lieferte die MÜNZE 418,9 Mio Stück Euro-Münzen im Gegenwert von 52,8 Mio EUR an die OeNB. Das wirtschaftliche Umfeld ließ Anleger ähnlich wie im Vorjahr vermehrt zu Gold- und Silberprodukten der MÜNZE als Wertanlage greifen.

Die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) beschäftigt sich vorrangig mit der Herstellung von Banknoten. Die Verwendung innovativer Sicherheitsmerkmale in Kombination mit modernem Design und neuen Drucktechnologien ermöglicht es, Banknoten von höchster Qualität anbieten zu können. Die zugeteilte Euro-Produktion für das Jahr 2013 betrug 207,8 Mio Stück der 10-Euro-Banknote der neuen Euro-Serie.

In der Bargeldlogistik wählte Österreich mit der Gründung der GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) den Weg einer Private-Public-Partnerschaft. Die GSA ist ein gemeinsames Unternehmen der

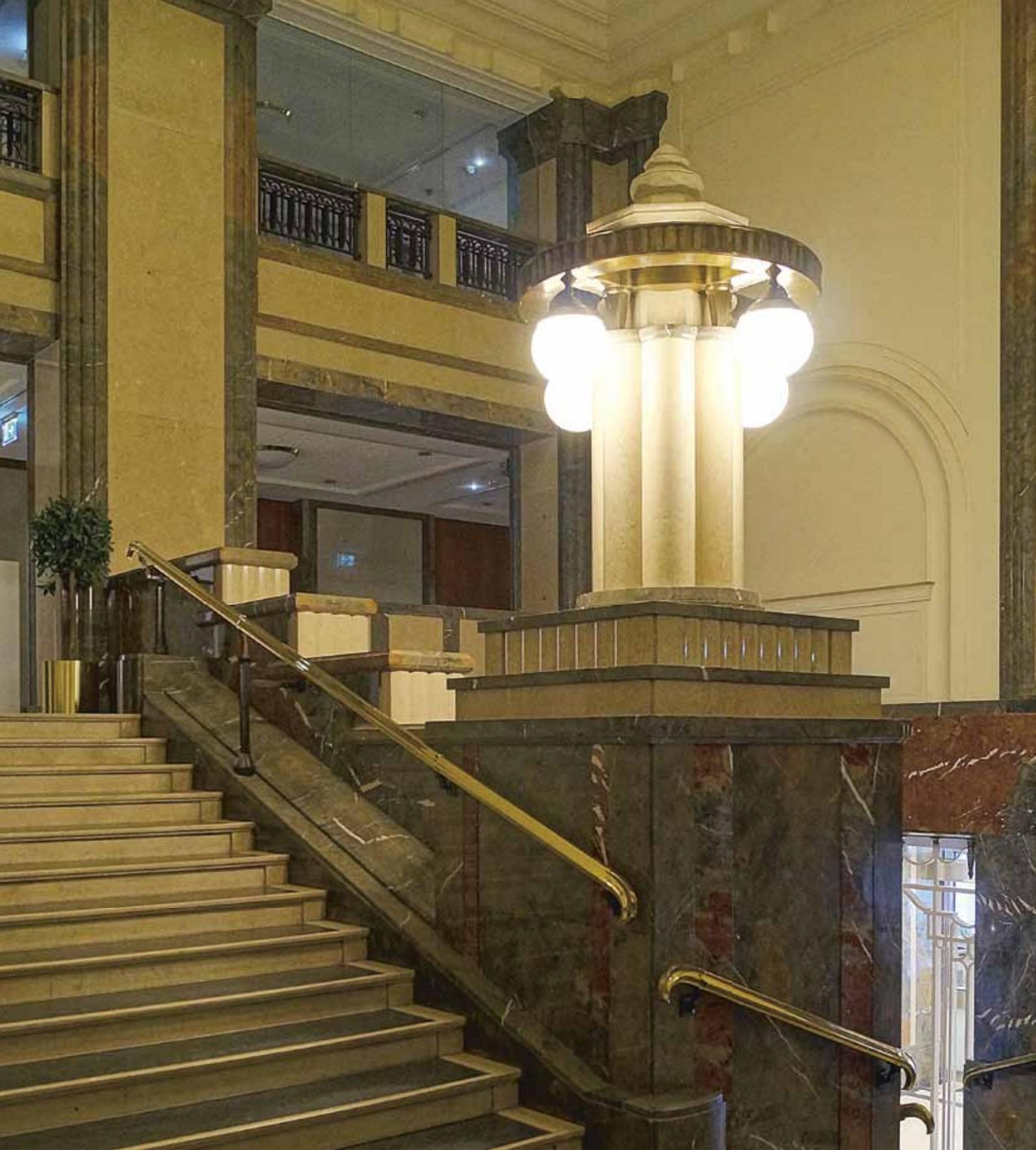
OeNB und der österreichischen Geschäftsbanken. Mit dieser Zusammenarbeit können Kosteneinsparungen und Skaleneffekte in der Bargeldbearbeitung erzielt werden. Im Jahr 2013 wurden 1,7 Mrd Stück Banknoten und 2,2 Mrd Stück Münzen bearbeitet. Durch die Kontrollfunktion der OeNB wird darüber hinaus die hohe Umlaufqualität der Banknoten gewährleistet. Als weiteres Geschäftsfeld wurde bei der GSA ein Clearinghaus für die Abwicklung von inländischen und grenzüberschreitenden Interbanken-Massenzahlungen, das Clearing Service.Austria (CS.A) und das Clearing Service.International (CS.I), implementiert. Dadurch wird eine Infrastruktur angeboten, welche die Effizienz und Sicherheit im österreichischen Zahlungsverkehr erhöht.

Die IG Immobilien Unternehmensgruppe wurde mit dem Zweck gegründet, die Immobilien der OeNB zu verwalten und den in Immobilien veranlagten Teil der Pensionsreserve der OeNB bestmöglich zu bewirtschaften. Es gehört zu den Aufgaben des Unternehmens, den Wert des Vermögens zu erhalten, Wertsteigerungen zu ermöglichen sowie den laufenden Ertrag der Objekte zu optimieren.

Der Prozess der engeren Anbindung der Beteiligungsgesellschaften an die OeNB wurde weiter vorangetrieben und es erfolgte ein Ausbau der Corporate Governance und Compliance in den Gesellschaften.

Die direkten und indirekten Beteiligungen der OeNB sind dem Beteiligungsspiegel zu entnehmen.

Die OeNB – ein nachhaltiges Unternehmen



Aus unserem Leitbild

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihr Wissen und ihr Engagement sind unser wichtigstes Kapital. Wir sind Chancengleichheit und Diversität verpflichtet und messen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie einen hohen Stellenwert zu.

Intellektuelles Kapital der OeNB – Bestandsaufnahme und Ausblick

Die letzten Jahre haben nicht nur die OeNB vor neue Herausforderungen gestellt: Im Zuge der nationalen, europäischen und internationalen Wirtschaftsentwicklungen und des damit einhergehenden Reformbedarfs wurden neue Strategien und Ansätze für viele Unternehmen unabdingbar. Die OeNB als wichtige wirtschaftspolitische Institution und wissensbasiertes Unternehmen passte ihr Leitbild und ihre organisatorischen Strukturen den neuen Rahmenbedingungen an.

Flexible Personalstrategie der OeNB

Als Zentralbank der Republik Österreich sowie als integraler Bestandteil des ESZB benötigt die OeNB Mitarbeiter mit höchstem Fachwissen, Leistungs- und Lernbereitschaft. Durch geeignete Personalmanagementinstrumente und gezielte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen werden Führungskräfte und Mitarbeiter bei ihren herausfordernden Tätigkeiten unterstützt und gefördert.

Die Anzahl der Mitarbeiter stieg im Jahr 2013 geringfügig an. Die Personalaufstockung im Zuge der Umsetzung des SSM konnte durch eine weitere Optimierung der Abläufe, eine Reorganisation von Fachbereichen und eine Höherqualifizierung der Mitarbeiter abgedeckt werden.

Die durchschnittliche Zahl der Ausbildungstage pro Mitarbeiter sank zwar im Jahr 2013, allerdings nahm ein wesentlich höherer Prozentsatz (knapp 62%) von Mitarbeitern Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten wahr. Die bei den OeNB-Mitarbeitern weiterhin sehr niedrige Fluktuationsrate von 0,9% gewährleistet, dass diese Investitionen dem Unternehmen zugute kommen und das erworbene Wissen bei der

Aufgabenerfüllung der OeNB genützt wird.

Das umfangreiche Angebot an Beschäftigungsmodellen wie Teilzeit, Sabbatical und Teleworking wurde auch im Geschäftsjahr 2013 von den Mitarbeitern sehr gut angenommen. Im Rahmen des Audits „berufundfamilie“ wurde dieses Angebot um ein zusätzliches Modell erweitert, das auch Teilzeit-Mitarbeitern Teleworking ermöglicht. Darüber hinaus wurde auch die Anbindung an das Unternehmen während der Karenzzeit verbessert.

Die flexiblen Beschäftigungsmodelle und der große Stellenwert von Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie tragen zu hoher Mitarbeiterzufriedenheit bei. Dies wurde auch durch eine Mitarbeiterumfrage zum Thema „Arbeit im Wandel“ bestätigt, die im Rahmen eines Forschungsprojekts der Universität Wien durchgeführt wurde. Die Ergebnisse wurden in Workshops mit den Fachbereichsverantwortlichen besprochen. Daraus abgeleitete Verbesserungen sollen den Mitarbeitern ein Umfeld bieten, in dem jeder seine Fähigkeiten bestmöglich entfalten kann. Handlungsfelder sind dabei insbesondere die Themenbereiche Information und Kommunikation sowie Entscheidungskultur und Entwicklungsmöglichkeiten.

Der Rechnungshof prüfte im Jahr 2013 das Pensionssystem der OeNB und anderer öffentlicher Institutionen. Dabei wurden insbesondere die Pensionsregelungen der Dienstbestimmungen I bis III eingehend untersucht, mit anderen Pensionssystemen verglichen und konkrete Empfehlungen für Anpassungen abgegeben. Diese richteten sich nicht nur an die OeNB, sondern auch an den Gesetzgeber. Die OeNB reagierte umgehend und leitete intern

**Flexible
Beschäftigungsmodelle**

**Änderung der OeNB-
Pensionsregelungen**

Indikatoren zu den Investitionen in das wissensbasierte Kapital

	Einheit	2011	2012	2013
Mitarbeiterstruktur				
Personalstand (Jahresende)	Anzahl	985,7	1.071,7	1.089,1
Fluktuationsrate	%	1,0	0,7	0,9
Akademikeranteil	%	48,6	51,9	54,1
Gender-Management				
Frauenanteil Mitarbeiter	%	39	40	39
Frauenanteil Fachkarriere	%	40	38	35
Frauenanteil Führungskarriere	%	19	22	25
Flexible Arbeitszeitformen				
Teilzeitmitarbeiter	%	9,8	10,5	11,2
Teleworking-Mitarbeiter	%	6,3	5,4	6,3
Sabbaticals	Anzahl	5	8	4
Wissenserwerb				
Aus- und Weiterbildungstage (Durchschnitt pro Jahr und Mitarbeiter)	Tage	4,5	4,6	3,8
Aus- und Weiterbildungsquote	%	54,1	56,9	61,6
Aus- und Weiterbildungsaufwendungen pro Mitarbeiter	EUR	1.952	2.021	1.866
Development-Center-Teilnehmer	Anzahl	12	12	12
Interne Jobrotations	Anzahl	56	41	39
Arbeitsaufenthalte bei nationalen und internationalen Organisationen (externe Jobrotations)	Anzahl	47	49	42
Praktikanten	Anzahl	55	47	54

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Eine genaue Definition der Indikatoren entnehmen Sie bitte der „Gesamtliste der Indikatoren“ auf www.oenb.at bzw. www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Wissensbilanz.html.

Neue Bestimmungen des Antikorruptions- strafrechts umgesetzt

Reformmaßnahmen ein, die auf den Empfehlungen des Rechnungshofs aufbauen und sich in Umsetzung befinden. Seitens der Bundesregierung besteht die Absicht, die Dienst- und Pensionsrechte der aktiven Dienstnehmer mit einem Gesetz, möglicherweise im Verfassungsrang, zu ändern. Auch die bereits pensionierten Mitarbeiter der OeNB werden voraussichtlich von diesem „Sonderpensionsbegrenzungs-gesetz“ betroffen sein. Bei Drucklegung war dieser Gesetzgebungsprozess noch nicht abgeschlossen.

Seit 2013 werden alle Projekte der OeNB getrennt nach Analyse- und Umsetzungsphase abgewickelt. Die damit verbundenen Vorteile sind vor allem Verbesserungen bei Projektplanung, Projektsteuerung, Entscheidungssicherheit und Risikoüberwachung. Damit trägt die Multiprojektsteuerung verstärkt zu

einer effizienten Projektabwicklung innerhalb der geplanten Inhalte, Kosten und Termine bei.

Compliance stärkt und schützt Unternehmen und Mitarbeiter

Zu Beginn des Jahres 2013 wurden die „Richtlinien der OeNB für Geschenke und Einladungen“ an das neue Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz angepasst. Alle Mitarbeiter wurden in Schulungen detailliert über die einschlägigen Bestimmungen informiert, wobei auch der Verhaltenskodex für OeNB-Mitarbeiter und Regeln betreffend Nebenbeschäftigung und Interessenskonflikte angesprochen wurden. In einer speziellen Veranstaltung wurden zusätzlich alle Führungskräfte vertiefend über diese Fragestellungen und über das Thema Datenschutz informiert.

Im November 2013 wurden die geltenden OeNB-Richtlinien für Spenden und Sponsoring geändert, wobei sowohl inhaltliche Klarstellungen erfolgten als auch die formellen Kriterien geschärft wurden. Damit wird sichergestellt, dass Förderungen ordnungsgemäß und entsprechend dem neuen Leitbild der OeNB und dem Beschluss des Generalrates behandelt werden. Auf ESZB-Ebene wurde die „Ethical Framework“-Arbeitsgruppe gegründet, die sich vorrangig mit der Überarbeitung und Umsetzung der Leitlinie zur Hintanhaltung von Insidergeschäften beschäftigen wird. Alle Themen wurden auch in den Tochterunternehmen ausgerollt.

Bundes Public Corporate Governance Kodex beinhaltet Grundsätze der Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Bundes

Anfang 2013 übermittelte das Bundesministerium für Finanzen der OeNB

den Bundes Public Corporate Governance Kodex (B-PCGK). Seine inhaltliche Ausgestaltung ist an den OECD-Grundsätzen der Corporate Governance öffentlicher Unternehmen, dem Österreichischen Corporate Governance Kodex sowie vergleichbaren Regelungen in Deutschland und der Schweiz angelehnt. Der Kodex beinhaltet Grundsätze der Unternehmens- und Beteiligungsführung für Unternehmen, an denen der Bund mit mindestens 50% beteiligt ist, sowie deren Tochterunternehmen. Ziel des Kodex ist es, die Unternehmensführung und -überwachung transparenter und nachvollziehbarer zu machen. Dementsprechend enthält der B-PCGK beispielsweise Regelungen hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Anteilseigner, Grundsätze über das Zusammenwirken von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan oder Grundsätze über die Bestellung und die Tätigkeit der Geschäftsleitung.

Tabelle 3

Indikatoren zu den wissensbasierten Prozessen

	Einheit	2011	2012	2013
Managementstruktur und Prozesse				
Leitungsspanne	Anzahl	6,6	7,3	7,2
Funktionsmanager ¹	Anzahl	x	x	71
Produktmanager ¹	Anzahl	78	77	x
Prozessmanager ¹	Anzahl	37	40	x
Technische Infrastruktur				
IT-Services für das ESZB/Eurosystem	Anzahl	4	4	4
IT-Applikationen	Anzahl	220	245	240
Effiziente Prozessabläufe				
Qualitätsauditoren	Anzahl	14	13	15
Anzahl Zertifikate	Anzahl	7	8	8
Einträge in der OeNB-Terminologiedatenbank	Anzahl	20.760	21.043	21.260
Automatisierungsgrad des Einkaufs	%	48	43	43
Reklamationsfreie Zahlungsverkehrstransaktionen	%	99,89	99,9	99,97
Innovationen				
Verbesserungsvorschläge	Anzahl	67	52	60
Mobile Devices (ohne Mobiltelefone)	Anzahl	–	679	776
Dezentrale Struktur				
Repräsentanzen und Zweiganstalten	Anzahl	5	5	5
Beteiligungen im Zahlungsmittelbereich	Anzahl	4	4	4

Quelle: OeNB.

¹ Produkt- bzw. Prozessmanager wurden im Jahr 2013 durch Funktionsmanager ersetzt.

**Zweiganstalten und
Repräsentanzen
unterstützen OeNB**

Die OeNB kam bereits in der Vergangenheit weiten Teilen der Bestimmungen des B-PCGK nach. Aufgrund der auf die OeNB anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen wie das Nationalbankgesetz (NBG), der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sowie die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB/EZB-Statut) und der damit verbundenen Unabhängigkeit der Notenbank sind allerdings nicht alle Regelungen des B-PCGK auf die OeNB zutreffend. Die tatsächlich anwendbaren Bestimmungen wurden im Public Corporate Governance Kodex der OeNB

zusammengefasst und im Dezember 2013 im Direktorium und Generalrat beschlossen. Sie traten mit 1. Jänner 2014 in Kraft.

Die Zahl der Zweiganstalten (Graz, Linz, Innsbruck) und Repräsentanzen (Brüssel, New York) ist seit Jahren unverändert. Die Zweiganstalten dienen als Ansprechpartner auf regionaler Ebene und unterstützen die Hauptanstalt bei allen Kernaufgaben. Die Repräsentanz Brüssel ist die Informationsdrehscheibe zwischen der EU und der OeNB. Die Veranlagung der USD- und CAD-Devisenreserven auf dem Geld- und Anleihemarkt ist die Hauptaufgabe der Repräsentanz New York.





Aus unserem Leitbild

Wir unterstützen mit unserem Informations- und Bildungsangebot
das bessere Verständnis von Wirtschaft und Finanzen.

Breiter volkswirtschaftlicher und finanzmarktpolitischer Dialog

Die neue OeNB-Website: nutzerfreundlich und dynamisch

Neben den klassischen Medien- und Kommunikationsinstrumenten (Pressearbeit, Veranstaltungen, Messen, Info-Kampagne, Info-Center) setzt die OeNB seit geraumer Zeit verstärkt auf Online-Kommunikation. Diese Strategie wurde 2013 mit der Neukonzeption der OeNB-Website konsequent weitergeführt. Die Website dient der breiten Bevölkerung und der Fachöffentlichkeit als zentrale Anlaufstelle für notenbankrelevante Themen.

Auf der Website wird das umfassende Informationsangebot zielgruppengerecht und benutzerfreundlich dargestellt. Um dies zu gewährleisten, wurde ein vom jeweiligen Endgerät unabhängiges, d. h. responsives Web-Design eingesetzt und die Navigation nutzerkonform adaptiert. Zudem wurden sämtliche Inhalte konziser gestaltet, aktualisiert sowie multimedial ergänzt. Die neue Website entspricht auch weitgehend den internationalen Standards für Barrierefreiheit. Somit ermöglicht sie etwa gehörlosen und hörbeeinträchtigten bzw. sehbehinderten Menschen den Zugang zu Informationen der OeNB in Form von Gebärdensprachvideos mit Text und Ton. Im Zuge des innerhalb des Zeit- und Kostenplans abgeschlossenen Relaunch-Projekts kam auch ein neues Content-Management-System zum Einsatz, und die organisatorischen Abläufe und Arbeitsprozesse bei der Erstellung von Website-Inhalten wurden optimiert.

Kompetenzzentrum Volkswirtschaft mit fokussiertem Publikationsportfolio

Gemäß den Kernaufgaben der OeNB konzentrierten sich die volkswirtschaftlichen Studien und Analysen im Jahr

2013 auf die Konjunktorentwicklung und -prognosen, behandelten die Themen Inflation, Budgetentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit und widmeten sich der Finanzmarktstabilität sowie ausgewählten Aspekten zu Bargeld und Zahlungsverkehr. Im Jänner 2014 wurde in der Publikationsreihe *Monetary Policy & the Economy* (Q4/2013) ein von der OeNB erstmals berechneter *Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien für Österreich und Wien* der Öffentlichkeit vorgestellt. Dazu kamen weitere Studien zum Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems. In der Reihe *Focus on European Economic Integration* werden Studien zu Zentral-, Ost- und Südosteuropa – einem weiterhin strategisch wichtigen Forschungsschwerpunkt der OeNB – publiziert. Das wirtschaftliche Verhalten der privaten Haushalte dieser Region wird im Rahmen des Euro Survey periodisch untersucht. Die Online-Publikation *Konjunktur aktuell* erscheint siebenmal pro Jahr und bietet ergänzend selektive Kurzstudien und ein kompaktes Grafik- und Tabellenset wichtiger Indikatoren. Im Publikationsportfolio haben sich mit den *Fakten zu Österreich und seinen Banken* und dem *Kreditbericht* auch zwei Online-Publikationen etabliert. Die Analysen zu geld- und wirtschaftspolitischen Fragen fließen in die Entscheidungen des EZB-Rats und weiterer internationaler Gremien ein und tragen zur Erfüllung der Aufgaben der OeNB auf nationaler Ebene bei.

Das Internet ist der wichtigste Distributionskanal für die volkswirtschaftlichen Publikationen. Printversionen werden nur mehr in begrenztem Umfang angeboten. Die früheren Publikationsreihen *Finanzmarktstabilitätsbericht* und *Geldpolitik & Wirtschaft* erscheinen

OeNB berechnet Immobilienpreisindikator

Neue OeNB-Website weitgehend barrierefrei

**Finanzbildung – OeNB
kooperiert national und
international**

seit Jänner 2013 nur mehr in englischer Sprache. Im Zuge des Relaunch der OeNB-Website wurde auch die Präsentation der Publikationen neu geordnet und durch optimierte Suchfunktionen für alle Studien und Analysen ergänzt.

Die 41. Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB am 10. und 11. Juni 2013 zum Thema „A Changing Role for Central Banks?“ bildete für rund 400 Teilnehmer eine internationale Plattform des wirtschaftspolitischen Meinungsaustauschs. Am 18. und 19. November 2013 fand die Conference on European Economic Integration zum Thema „Financial Cycles and the Real Economy: Lessons for CESEE“ in Wien statt. Die Internationalität der Veranstaltung zeigt sich an 330 Teilnehmern aus 35 Ländern. Weiters finden in der OeNB regelmäßig East Jour Fixes sowie wissenschaftliche Freitagseminare statt. Die langjährige Kooperation mit dem Forschungsnetzwerk SUERF – The European Money and Finance Forum, dessen Sekretariat bei der OeNB angesiedelt ist, wurde fortgeführt.

**OeNB als
forschungsstärkste
Institution in Österreich**

Das Handelsblatt hat im Jahr 2013 erstmals ein Institutionenranking vorgenommen. Dabei wurden Wirtschaftsforschungsinstitute und die volkswirtschaftlichen Bereiche von Notenbanken im deutschsprachigen Raum nach der Anzahl der Publikationen gereiht. Die Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB erreichte den 9. Platz und liegt damit vor allen anderen österreichischen Institutionen.

OeNB forciert Aktivitäten zur Finanzbildung

Um das bessere Verständnis von Wirtschaft und Finanzen nachhaltig zu unterstützen, verstärkt die OeNB ihre Aktivitäten zum Finanzwissen im Sinne der 2011 gestarteten Initiative Finanzwissen. Die Koordination erfolgt durch die im Herbst 2013 installierte Gruppe

Finanzbildung. Die gesetzten Aktivitäten haben die OeNB als Finanzwissensanbieterin und -vermittlerin gut positioniert. Hauptzielgruppen sind Schulen sowie die internetaffine Bevölkerung. Die wichtigsten Informationsträger sind der Euro-Bus, das Geldmuseum sowie die OeNB-Website. Das Produktportfolio ist breit angelegt und umfasst Unterrichtsmaterialien, Seminare für Lehrkräfte, Wettbewerbe, Wanderausstellungen in Schulen, Workshops im Geldmuseum, Online-Tools und die Vor-Ort-Vermittlung von Informationen. Letztere erfolgt insbesondere durch die Touren des Euro-Bus. Diese wenden sich zum einen mit der Euro-Info-Tour an die allgemeine Öffentlichkeit, zum anderen mit der Euro-Kids-Tour an Volksschulkinder. Das Geldmuseum widmete der Problematik des Falschgelds eine Sonderausstellung mit dem Thema „Schein und Sein. Den Fälschern auf der Spur!“. Im März 2013 wurde der Öffentlichkeit das Online-Tool *Finanzcockpit* präsentiert. Kooperationen mit externen Partnern sollen für die zielgruppenadäquate Gestaltung der Produkte genutzt werden und so Synergieeffekte erzeugen. Im September 2013 stellte das Bundesministerium für Finanzen (BMF) die neue Finanzbildungsinitiative *FinanzVifzack* vor, in deren Entwicklung die OeNB eingebunden war. Im Jänner 2014 wurde die OeNB Vollmitglied bei der OECD-Arbeitsgruppe International Network on Financial Education und koordiniert die an Österreich gestellten Anforderungen.

Neue Kursangebote am JVI im Sinn der Kundenorientiertheit

Seit seiner Gründung im Jahr 1992 zählte das Joint Vienna Institute (JVI) knapp 32.900 Kursteilnehmer. Allein 2013 wurden 118 Kurswochen für 2.145 Experten aus der öffentlichen

Verwaltung und aus Zentralbanken organisiert. Seit November 2013 ist auch die Europäische Investitionsbank (EIB) institutioneller Träger des JVI. Der Gouverneur der OeNB hielt 2013 die JVI Annual Lecture mit dem Titel „The Future of Monetary Policy“. Darüber hinaus gestaltete die OeNB acht Kurswochen. Um den Bedürfnissen seines Zielpublikums noch besser gerecht zu werden, führte das JVI eine Umfrage unter ehemaligen Kursteilnehmern durch. Vor allem Finanz- und Fiskal-

themen, ein hoher Praxisbezug, ein intensiver Erfahrungsaustausch und e-Learning-Elemente stoßen auf steigendes Interesse. Die OeNB reagierte auf die so gewonnenen Erkenntnisse und entwickelte einen Aufbaukurs zum Thema Financial Stability Stress Testing. In Kooperation mit anderen JVI-Trägern, aber auch dem wiiw, sind neue Kurse über Wettbewerbsfähigkeit sowie Strukturreformen in Vorbereitung. Auch das Thema „Finanzielle Bildung“ wird 2014 erstmals abgedeckt.

Tabelle 4

Indikatoren zum wissensbasierten Output

	Einheit	2011	2012	2013
Kooperation und Vernetzung				
Nationale Gremien mit OeNB-Vertretern	Anzahl	97	81	83
Internationale Gremien mit OeNB-Vertretern (ESZB u.a.)	Anzahl	259	261	244
Technische Zentralbankkooperation	Tage	548	373	569
Informationsbesuche in der OeNB	Anzahl	83	65	91
Kursteilnehmer am Joint Vienna Institut (JVI)	Anzahl	1.991	1.947	2.145
Veranstaltungstage im Zuge von nationalen und internationalen Veranstaltungen der OeNB	Anzahl	316	260	255
Mitarbeiter mit externen Lehraufträgen	Anzahl	25	35	38
OeNB-Stipendien	Anzahl	45	45	45
(Mit)betreute Diplomarbeiten/Master-Thesen/Dissertationen	Anzahl	26	25	44
Vorträge vor Externen	Anzahl	813	736	771
Vorträge vor internen Mitarbeitern	Anzahl	–	–	309
EWE Arbeitsaufenthalte in der OeNB	Anzahl	2	5	5
Wissen rund ums Bargeld				
Besucher im Geldmuseum	Anzahl	15.831	18.730	18.733
Bargeldschulungen	Anzahl	368	397	303
Teilnehmer an Bargeldschulungen	Anzahl	7.638	9.033	6.297
Teilnehmer an der Euro-Kids-Tour	Anzahl	10.917	10.712	9.729
Kommunikation und Information				
Auskünfte der OeNB-Hotlines (Info-Center und Statistik-Hotline)	Anzahl	32.992	31.863	27.235
Seitenaufrufe auf der OeNB-Website (Durchschnitt pro Tag)	Anzahl	97.103	84.092	80.183
Newsletter-Abonnenten	Anzahl	18.904	18.910	18.904
Pressekonferenzen	Anzahl	23	16	14
Presseaussendungen	Anzahl	192	173	192
Wirtschaftsförderungsgutachten	Anzahl	454	335	560
Forschungskooperationen mit externen Partnern	Anzahl	90	79	74
Publikationen				
OeNB-Publikationen	Anzahl	63	73	60
Fachartikel von OeNB-Mitarbeitern	Anzahl	135	115	78
Wissenschaftliche und referierte Artikel von OeNB-Mitarbeitern	Anzahl	82	63	47
Vertrauen und Image				
Vertrauensindex im 4. Quartal	%	56,0	58,0	57,0
Imageindex im 4. Quartal (erfolgreich, wenn zwischen 5,5 und 10)	Wert	6,3	6,5	6,6

Quelle: OeNB.

Wissenstransfer durch Technische Kooperation

Technische Kooperation

Umfasst in der OeNB Ausbildungsmaßnahmen am JVI sowie Beratungstätigkeiten für Notenbanken in CESEE sowie in der ehemaligen Sowjetunion. Seit über 20 Jahren unterstützt die OeNB diese Institutionen beim Aufbau ihrer Zentralbanksysteme und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung dieser Region.

Schon seit mehreren Jahren wirkt die OeNB an Technical-Assistance-Programmen mit, die von der EZB koordiniert und von der EU im Rahmen des Heranführungsinstruments IPA (Instrument for Pre-Accession Assistance) finanziert werden. Gemeinsam mit anderen Notenbanken unterstützte die OeNB im Jahr 2013 die Zentralbanken der Republik Serbien und der ehemaligen

jugoslawischen Republik Mazedonien bei der Weiterentwicklung ihrer institutionellen Strukturen und Kerngeschäftsbereiche. Im Jahr 2014 sind entsprechende Programme in Albanien und im Kosovo geplant. Wissenstransfer erfolgte auch in Form maßgeschneiderter Beratungen und Informationsbesuche u. a. zu den Themen Bargeldlogistik, IT, Statistik und Zahlungsverkehr. Außerdem unterstützten Experten der OeNB die Central Bank of Cyprus beim Design einer Umfrage zum Thema Kapitalverkehr.





Aus unserem Leitbild

Unsere gesellschaftliche Verantwortung zeigt sich auch in unserem Engagement für Wissenschaft und Forschung, humanitäre Anliegen, Kunst und Kultur sowie für die Umwelt.

Die OeNB fördert Forschung, Wissenschaft, Kunst und Kultur

Förderungen für etablierte und angehende Wissenschaftler

Der Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft fördert seit 1966 wissenschaftliche Arbeiten hoher Qualität aus den Fachdisziplinen Wirtschaftswissenschaften, medizinische Wissenschaften mit klinischem Bezug sowie Sozial- und Geisteswissenschaften. Im Jahr 2013 wurden auf diesem Weg insgesamt 11,3 Mio EUR zur Stärkung und Sicherung des Forschungsstandorts Österreich an 118 Wissenschaftler vergeben. Weiters wurden 75 Mio EUR der österreichischen Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung) zur Verfügung gestellt.

Mit der Vergabe von Stipendien und Preisen, wie dem Klaus-Liebscher-Preis, dem Olga-Radzyner-Preis und dem Franz-Weninger-Stipendium, wird ein weiterer Beitrag zur Förderung junger Wissenschaftler aus den verschiedensten ökonomischen Fachgebieten geleistet. Die Wirtschaftsuniversität Wien vergibt den von der OeNB dotierten Heinz-Kienzl-Preis und das Dr.-Maria-Schaumayer-Habilitationsstipendium. Darüber hinaus besteht für junge Wissenschaftler die Möglichkeit eines Forschungsaufenthalts in der OeNB (Visiting Research Program). Österreichweit werden Stipendien im kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Ausbildungsbereich vergeben. Im Jänner 2014 haben die Deutsche Bundesbank, die OeNB und die Schweizerische Nationalbank den Carl-Menger-Forschungspreis gestiftet.

OeNB engagiert sich für Kunst und Kultur

Die Sammlung historischer Streichinstrumente der OeNB umfasst 38 Instrumente, die von den bedeutendsten Vertretern des klassischen italienischen Geigenbaus, unter anderem Stradivari und Guarneri del Gesù, stammen. Die Instrumente werden an österreichische Musikerinnen und Musiker verliehen, die so zu Österreichs gutem Ruf als Musikland beitragen.

Zeitgenössische Musik wird durch einen Kompositionspreis, der in Kooperation mit Ö1 vergeben wird, gefördert. Er wendet sich an Komposition-Studierende der fünf österreichischen Musik-Universitäten in Wien, Linz, Salzburg und Graz. Der Sieger im Jahr 2013 heißt Alejandro del Valle-Lattanzio. Er erhält von der OeNB ein Preisgeld in der Höhe von 10.000 EUR, verbunden mit einem Kompositionsauftrag für ein kammermusikalisches Werk.

Die OeNB hat für ihre Sammlungen der bildenden Kunst zwei Schwerpunkte: *Kunst der Zwischenkriegszeit* und *Österreichische Skulptur und Malerei nach 1945*. Die OeNB möchte damit einen Beitrag zur Erhaltung österreichischer Kunst im eigenen Land leisten und diese Werte für die Zukunft und für Österreich sichern. Die Kunstwerke dieser Sammlungen sind bei Museen im In- und Ausland sehr gefragt. 2013 wurden für Ausstellungen Gemälde an das Künstlerhaus und die Albertina in Wien, die Neue Galerie Graz, die oberösterreichische Landesausstellung in Freistadt, die Landesgalerie Linz und die Deichtorhallen in Hamburg verliehen.

**Sammlungen
historischer Streich-
instrumente und
bildender Kunst**

**Förderungen im
Bereich Wirtschaft und
Medizin**

Unserer Verantwortung für die Umwelt bewusst (Umwelterklärung 2013)¹

OeNB im ESZB Vorreiter in Umweltfragen

Mit der Einführung eines Umweltmanagements gemäß dem europäischen Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS, Eco-Management and Audit Scheme) unterstrich die OeNB bereits 1999 ihr Engagement im Umweltschutz. Damit signalisierte sie die Bereitschaft, beim betrieblichen Umweltschutz weit über die rechtlich vorgesehenen Maßnahmen hinauszugehen. Seit der Reorganisation der OeNB-Geschäftsverteilung im Jahr 2013 kommt dem Gouverneur der OeNB die Funktion des EMAS-Managementvertreters in der OeNB zu. 2007 führte die EZB ein Umweltmanagementsystem ein; seit 2010 ist auch sie mit einem EMAS-Zertifikat ausgezeichnet.



Der Umwelt zuliebe



Das Symbol des Schmetterlings auf den OeNB-Umweltdokumenten ist Zeichen für ein starkes Umweltbewusstsein im Unternehmen.

Die vorliegende Umwelterklärung zeigt die positive Entwicklung des Umweltmanagementsystems und der Umweltleistung auf. Das Umweltmanagementsystem erstreckt sich auf alle Geschäftsbereiche der OeNB und hat auch in Zukunft zum Ziel, das Bewusstsein der Mitarbeiter für Umweltaspekte zu schärfen und sie noch stärker einzubinden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung des in der OeNB neu erworbenen Energiezertifikats ISO 50001.

OeNB erwirbt Energiezertifikat

OeNB engagiert sich in Hochwasserhilfe und Hochwasserprävention

Die OeNB und der im Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (AWS) angesiedelte ERP-Fonds (European Recovery Program) stellten der vom Hochwasser im Juni 2013 betroffenen Wirtschaft rasch und unbürokratisch Kredite in Höhe von insgesamt 400 Mio EUR zur Verfügung. Mit dieser Initiative leistete die OeNB einen Beitrag zur Sicherung der Betriebsfortführung bzw. der Arbeitsplätze in den betroffenen Unternehmen. Die OeNB unterstützt bereits seit mehreren Jahren Projekte, die den Hochwasserschutz fördern.

Energiemanagement mit Fernkälte und neuem Zertifikat

Die OeNB bezieht ab 2014 Fernkälte. Dies ist eine innovative Alternative zur Gebäudeklimatisierung durch herkömmliche Kompressor-Klimaanlagen. Mittels Absorptionsanlagen wird aus Abwärme, die aus Kraft-Wärme-Kopplungen in Kraftwerken und Abfallverbrennungsanlagen stammt, Kälte erzeugt und über Fernleitungen – wie Fernwärme – zum Verbraucher transportiert. Fernkälte benötigt im Vergleich zur herkömmlichen Kälteproduktion viel weniger Primärenergie und Strom, erreicht dadurch hohe CO₂-Einsparungen und ist eine vorausschauende Maßnahme im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels.

Das OeNB-Energiemanagement wurde im Frühjahr 2014 erstmals nach ISO 50001 zertifiziert. Die Büroräum-

¹ Umwelterklärung gemäß Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die freiwillige Teilnahme von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 761/2001, sowie der Beschlüsse der Kommission 2001/681/EG und 2006/193/EG.

Tabelle 5

Ökologische Kennzahlen der OeNB

	Standort	2011	2012	2013	Einheit ¹	Richtwerte ²		
						+	~	-
Energie								
Stromverbrauch, pro Mitarbeiter ³	Wien	7,98	7,30	7,50	MWh/MA	< 4,5	6	> 8
Wärmeverbrauch, pro Quadratmeter	Wien	62	67	63	kWh/m ²	< 110	130	> 150
Gesamtenergieverbrauch ⁴	Wien	11.323.657	10.985.152	10.526.977	kWh			
davon erneuerbar (Ökostrom)	Wien	7.151.307	6.416.432	6.282.400	kWh			
Wasser								
Wasserverbrauch pro Mitarbeiter und Tag	Wien	114	111	122	l/MA/Tag	< 60	100	> 120
Material- und Produktverbrauch								
Papierverbrauch gesamt, pro Mitarbeiter ⁵	Alle	85	91	95	kg/MA	< 100	200	> 500
Schreib-/Kopierpapierverbrauch, pro Mitarbeiter	Alle	6.566	6.113	7.969	Blatt/MA	< 8.000	10.000	> 12.000
Recyclinganteil bei Kopierpapier	Alle	85	85	85	%	> 30%	20%	< 10%
Reinigungsmittelverbrauch, pro Quadratmeter ⁶	Wien	18	15	24	g/m ²	keine Angaben		
CO ₂ -Emissionen, insgesamt ⁷	Alle	1,25	1,27	1,22	t/MA	< 2,8	4	> 4,5

Quelle: OeNB.

¹ MA = Mitarbeiter. 2013: Mitarbeiter insgesamt: 1.089, Mitarbeiter in der Hauptanstalt Wien: 838.

² Quellen: Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e.V., Leitfaden der Österreichischen Gesellschaft für Umweltschutz und Technik.

³ Angaben pro Mitarbeiter schwanken auch aufgrund veränderter Mitarbeiterzahlen.

⁴ Erhöhter Verbrauch pro Mitarbeiter bei niedrigerem Gesamtstromverbrauch erklärt sich aus reduzierten Mitarbeiterressourcen. Wert inkludiert Diesel für Notstromaggregat (2011: 4.100 Liter, 2012: 6.500 Liter, 2013: 5.200 Liter).

⁵ Der Papierverbrauch enthält die Einkaufszahlen und somit auch Lagerware. Gesamtverbrauch 2013: 103.418 kg.

⁶ Gesamtverbrauch 2013: 1.604 kg. Mehrverbrauch aufgrund von internen Übersiedlungen.

⁷ Insgesamt 2013: 1.330 Tonnen; CO₂-Umrechnungsfaktoren lt. Umweltbundesamt 2010. Einbezogen sind Energieverbrauch, Dienstreisen, Fuhrpark und Notstromaggregat.

Anmerkung: EMAS sieht Angaben zur biologischen Vielfalt vor. Der Flächenverbrauch, ausgedrückt in m² bebauter Fläche, ist nicht wesentlich und daher nicht angeführt. Andere Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen wie z. B. CH₄, N₂O, HFC, PFC, SF₆ bzw. SO₂, NO_x und Feinstaub kommen nicht bzw. nur in geringen Mengen vor.

kühlung im Hauptgebäude wurde leistungsfähiger und effizienter und bereits für die Anbindung an die erwähnte Fernkälte vorbereitet. Die OeNB bezieht weiterhin Strom aus erneuerbaren Energiequellen (Wind, Sonne, Biomasse, Kleinwasserkraft).



Ökologische Kennzahlen der OeNB

Der Wasser-, Material- und Produktverbrauch entspricht etwa dem Vorjahresniveau. Die Reduktion beim Strom- und Wärmeverbrauch resultiert aus Optimierungen diverser Anlagen.

Die notwendige Teilnahme von OeNB-Mitarbeitern in internationalen Gremien zieht entsprechenden Reiseaufwand nach sich, dessen überwiegen-

Tabelle 6

Transportleistungen

	2011	2012	2013
Flug-Dienstreisen, in km	3.077.609	2.977.737	2.541.935
PKW-Dienstreisen, in km	632.606	663.143	677.846
Bahn-Dienstreisen, in km	154.200	175.800	175.200
Fuhrpark (Diesel, Benzin), in Liter	36.366	42.278	36.500

Quelle: OeNB.

Abfallaufkommen der OeNB von 2011 bis 2013

	Schlüsselnummer	2011	2012	2013
		<i>in kg</i>		
Nicht gefährliche Abfälle		91.960	121.016	114.178
Hausmüllähnlicher Gewerbeabfall	91101	91.000	111.840	97.280
Elektronikschrott	35202	960	3.756	3.333
Sperrmüll	91401		5.420	11.020
Sonstiges (Altholz behandelt, Elektrogroßgeräte)	17201, 35221			2.545
Nicht gefährliche Abfälle pro Mitarbeiter		93	113	108
Gefährliche Abfälle		18.701	18.622	10.818
Altlacke, -farben, Lösemittel	55502, 59405		14	163
Kühlgeräte ¹	35205	255	183	289
Batterien unsortiert	35338		422	543
Bleiakkumulatoren ²	35322	13.754	14.082	2.215
Ölabscheiderinhalte ³	54702	4.260	3.700	3.006
Bild-/ Leuchtstoffröhren	35210, 35339	402	36	998
Laborabfälle	59305		60	
Bildschirm- /elektronische /Groß-Geräte	35212, 35201, 35220		95	1.621
Reinigungsmittelabfälle	59405			43
Gase in Stahldruckflaschen (Feuerlöscher)	59802			1.910
Altmedikamente	53510	30	30	30
Gefährliche Abfälle pro Mitarbeiter		19	17	10
Altstoffe		104.170	117.688	128.514
Buntglas	31469	2.200	3.660	1.810
Weißglas	31468	2.300	3.660	1.810
Metall/Dosen	35315		2.840	2.840
Bio-Sammlung ⁴	91701	7.300	12.890	12.890
Kunststoff-Verpackungen	57118	2.300	5.800	5.800
Alteisen ⁵	35103, 35105	1.400	7.498	13.132
Altpapier	18718	88.660	81.340	85.960
Papier und Pappe beschichtet	18702			4.272
Styropor	57108	10		
Insgesamt		214.831	257.326	253.510

Quelle: OeNB.

¹ Anstieg aufgrund interner Übersiedlungen.

² Erneuerung der unterbrechungsfreien Stromversorgung.

³ Ölabscheider in der Garage.

⁴ Inklusive Grünschnitt (Gartenabfall).

⁵ Tische und Bürosessel werden seit 2012 zerlegt – reine Alteisenfraktion.

Anmerkung: Fehlende Werte bedeuten, dass keine Entsorgung mit dieser Schlüsselnummer erfolgte.

der Anteil auf das Flugzeug entfällt. Bewusstseinsbildung und Anreize zur verstärkten Nutzung der Bahn, eine hausinterne Auflade-Station für Elektrofahrräder und eine City-Bike-Station am Otto-Wagner-Platz sollen den Anteil an umweltgerechter Mobilität steigern.

Abfälle werden zu Rohstoffen

In den Jahren 2012 und 2013 stieg das Abfallaufkommen aufgrund interner

Übersiedlungen im Zusammenhang mit dem Einbau der Büroraumkühlung. Mehr als die Hälfte davon machten wiederverwertbare Altstoffe wie Altpapier, biogene Abfälle, Kunststoffe, Glas und Metalle aus. Zur getrennten Abfallsammlung und sachgerechten Entsorgung werden eigene Behälter (auch für CDs, Akkus und Batterien) in den Bürogebäuden aufgestellt.

Umwelleistungen bis zum Jahr 2013 und Umweltprogramm 2014

	Verantwortlich	Termin	Status
Weitere Ökologisierung der Beschaffung			
Beschaffung von Büromöbeln nach ökologischen Kriterien	Fachabteilung, Umweltteam	2014	In Vorbereitung
Beschaffung von Bürogeräten mit niedrigem Energieverbrauch (Laptops, Tablet-PCs)	Fachabteilung,	2014	Umgesetzt
Anschaffung eines Wertetransportwagens mit besseren Abgaswerten und geringerem Verbrauch	Fachabteilungen	2014	In Realisierung
Beauftragung einer Reinigungsfirma mit Umweltmanagement gemäß ISO 14001 Zertifikat	Fachabteilung, Umweltteam	2014	Umgesetzt
Sorgsamer Umgang mit Ressourcen, Verringerung der Emissionen, Reduktion des Stromverbrauchs um 2%			
Projekt „Fernkälte“ in der OeNB zur Einsparung von Energie	Fachabteilungen	2014	In Realisierung
Fortgesetzter Bezug von zertifiziertem Ökostrom ab 2015	Fachabteilung	2014	In Vorbereitung
Pumpen-Effizienzsteigerung zur Minimierung des Energieverbrauchs	Fachabteilung	2014	In Realisierung
Bedarfsabhängiges Beleuchtungskonzept bei Arbeitslampen	Fachabteilung	2014	In Realisierung
Steuerung der Raumkühlung mittels Fenstersensoren	Fachabteilung	2014	In Realisierung
Reinigungsmitelesatz mit Dosiergeräten	Fachabteilung	2014	Umgesetzt
Tageslichtensystem für verbesserte Beleuchtung und Minimierung des Stromverbrauchs	Umweltteam	2013	Umgesetzt
Weitere Forcierung von LED-Beleuchtung			
Sicherheits- und Gangbeleuchtung im Hauptgebäude und im Bürogebäude Nord	Fachabteilung	2015	In Planung
Garagenstockwerke und Garageneinfahrt	Fachabteilung	2014	In Realisierung
Förderung umweltfreundlicher Mobilität (Fahrrad, Verleihsystem „City Bike“)	Fachabteilung	2014	In Vorbereitung
Stärkung des Umweltbewusstseins, Schulungen			
Erstellung einer Benutzeranleitung für optimierte Raumkühlung	Umweltteam	2014	In Realisierung
Vortrag zum Thema „Umwelt-Musterbetrieb“ im Umwelt-Jour fixe	Umweltteam	2013	Umgesetzt
Aktionen zum „Autofreien Tag“ und „Tag der Sonne“: Motivierung der Mitarbeiter, umweltschonende Alternativen zu nutzen	Umweltteam	2013	Wiederkehrend
Umfrage zur Weiterentwicklung des Umweltmanagements	Umweltteam	2014	In Planung
Abfallmanagement			
Verbesserte Beschriftung der Gitterboxen im Müllzentrum	Fachabteilung	2013	Umgesetzt
Audit bei Entsorger	Abfallbeauftragter	2013	Umgesetzt

Quelle: OeNB.

Gültigkeitserklärung und Prüfbescheinigung nach EMAS und GRI



Der hier vorliegende Nachhaltigkeitsbericht (bestehend aus Geschäftsbericht, Intellektuelles Kapital und Umwelterklärung) der Oesterreichischen Nationalbank wurde – im Rahmen einer Begutachtung nach der EMAS-VO – von der Quality Austria Trainings-, Zertifizierungs- und BegutachtungsgmbH, Zelinkagasse 10/3, 1010 Wien, Österreich, AT-V-0004, als unabhängiger Gutachterorganisation geprüft.

Der leitende Gutachter bestätigt hiermit, dass die Umweltpolitik, das Umweltprogramm, das Umweltmanagementsystem, die Umweltprüfung, das Umweltbetriebsprüfungsverfahren und der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht des Unternehmens mit der EMAS-Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 25. Nov. 2009 (EMAS VO) übereinstimmen und erklärt die relevanten Inhalte für die Umwelterklärung nach Anhang IV Abschnitt B, Buchstaben a bis h, für gültig.

Weiters bestätigt die Quality Austria, dass der Bericht nach den Vorgaben der Sustainability Reporting Guidelines 2006, G3.1 der Global Reporting Initiative (GRI) aufgebaut ist, die Inhalte und Daten aus dem Jahr 2013 den in der Organisation eingesehenen Aufzeichnungen entsprechen und die Angaben im GRI-Index, der auf www.oenb.at nachzulesen ist, richtig sind, sodass die Selbsteinstufung in die Anwendungsebene B bestätigt werden kann.

Wien, im April 2014

Konrad Scheiber, Geschäftsführer

Mag. Martin Nohava, Leitender Gutachter

Dr. Martina Göd, Gutachterin

Die nächste Umwelterklärung wird im Mai 2015 in Form eines Nachhaltigkeitsberichts publiziert.

Beteiligungsspiegel

Tabelle 9

Beteiligungen der OeNB zum 31. Dezember 2013

Anteil in %	Gesellschaft	Nennkapital
100	Münze Österreich Aktiengesellschaft, Wien	6.000.000,00 EUR
100	Hans W. Hercher Münzen GmbH, Freiburg (Deutschland)	6.000.000,00 EUR
100	Schoeller Münzhandel GmbH, Wien	1.017.420,00 EUR
(51)	51 WON-WorldofNumismatics GmbH, Dresden (Deutschland)	75.000,00 EUR
50	PRINT and MINT SERVICES GmbH, Wien	35.000,00 EUR
33,24	Casinos Austria AG, Wien	40.000.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria AG Liegenschaftsverwaltungs- und Leasing GmbH, Wien	2.000.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria Gastronomiebetrieb GmbH, Wien	270.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria Sicherheitstechnologie GmbH, Wien	500.000,00 EUR
(29,58)	89 Congress Casinos Baden BetriebsgmbH, Baden	400.000,00 EUR
(33,24)	100 ÖLG Holding GmbH, Wien	5.000.000,00 EUR
(22,59)	67,97 Österreichische Lotterien GmbH, Wien	110.000.000,00 EUR
(11,3)	50 Entertainment Glücks- und Unterhaltungsspiel Gesellschaft mbH, Wien	2.870.000,00 EUR
(11,3)	100 Glücks- und Unterhaltungsspiel BetriebsgmbH, Wien	35.000,00 EUR
(11,3)	100 WINWIN International GmbH, Wien	35.000,00 EUR
(10,69)	94,61 WINWIN Slovakia s.r.o., Bratislava (SK)	1.231.940,00 EUR
(11,3)	100 Win2day Entwicklungs- und BetriebsgmbH, Wien	35.000,00 EUR
(9,05)	80,08 Rabcat Computer Graphics GmbH, Wien	36.000,00 EUR
(11,3)	100 Win2day International GmbH, Wien	35.000,00 EUR
(22,59)	100 Albanisch Österreichische Lotterien Holding GmbH, Wien	35.000,00 EUR
(22,59)	100 Lotaria Kombetare Sh. P.K., Tirana (Albanien)	1.201.950.000,00 ALL
(16,62)	50 Entertainment Glücks- und Unterhaltungsspiel Gesellschaft mbH, Wien	2.870.000,00 EUR
(16,62)	100 Glücks- und Unterhaltungsspiel BetriebsgmbH, Wien	35.000,00 EUR
(16,62)	100 WINWIN International GmbH, Wien	35.000,00 EUR
(15,72)	94,61 WINWIN Slovakia s.r.o., Bratislava (SK)	1.231.940,00 EUR
(16,62)	100 Win2day Entwicklungs- und BetriebsgmbH, Wien	35.000,00 EUR
(13,31)	80,08 Rabcat Computer Graphics GmbH, Wien	36.000,00 EUR
(16,62)	100 Win2day International GmbH, Wien	35.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria International Holding GmbH, Wien	30.000.000,00 EUR
(33,23)	99,98 Glücksråd Kft., Sopron (Ungarn)	15.000.000,00 HUF
(33,24)	99,99 Inmobiliaria Ovalle S.A., Santiago (Chile)	1.139.000.000,00 CLP
(33,24)	100 Casinos Austria International (Mazedonien) Holding GmbH, Wien	35.000,00 EUR
(4,58)	13,77 Viage Productions S.A., Brüssel (Belgien)	3.184.451,65 EUR
(32,91)	99 Casinos Austria International Belgium S.A., Brüssel (Belgien)	61.500,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria International GmbH, Wien	2.000.000,00 EUR
(33,24)	100 Spielbanken Niedersachsen GmbH, Hannover (Deutschland)	15.000.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinoland IT- Systeme GmbH, Hannover (Deutschland)	25.000,00 EUR
(31,24)	94 Casino Event Immobilien GmbH, Hannover (Deutschland)	25.000,00 EUR
(33,24)	100 Apollo Casino Resorts Limited, London (Vereinigtes Königreich)	3.010.000,00 GBP
(33,24)	100 Corinthian Club Ltd., Glasgow (Vereinigtes Königreich)	2.600.000,00 GBP
(33,24)	100 Leisure & Entertainment S.A., Salta (Argentinien)	3.299.815,00 ARS
(32,87)	98,88 Entretenimientos y Juegos de Azar (ENJ.A.S.A.) S.A., Salta (Argentinien)	23.625.783,00 ARS
(31,51)	94,79 Complejo Monumento Güemes S.A., Salta (Argentinien)	459.259,00 ARS
(32,91)	99 Cachi Valle Aventuras S.A., Salta (Argentinien)	208.838,00 ARS
(29,91)	90 Red 21 de Cobranzas S.A., Salta (Argentinien)	120.000,00 ARS
(28,66)	86,23 Viage Productions S.A., Brüssel (Belgien)	3.184.451,65 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria Management Gesellschaft mbH, Wien	100.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Odense K/S, Odense (Dänemark)	1.300.000,00 DKK
(33,24)	100 Fortuna 1 ApS, Odense (Dänemark)	125.000,00 DKK
(33,24)	100 Casinos Austria International (Czech) s.r.o., Prag (Tschechische Republik)	139.100.000,00 CZK
(33,24)	100 Czech Casinos a.s., Prag (Tschechische Republik)	100.000.000,00 CZK
(24,93)	75 Pannon-Partner Kft., Sopron (Ungarn)	330.000.000,00 HUF
(24,93)	100 Casino Sopron Kft., Sopron (Ungarn)	300.000.000,00 HUF
(33,24)	100 Casinos Austria (Swiss) AG, Zug (Schweiz)	20.000.000,00 CHF
(33,24)	100 Casinos Austria Management AG, Chur (Schweiz)	500.000,00 CHF
(33,24)	100 CAI Management AG, Zug (Schweiz)	200.000,00 CHF
(33,24)	100 Casinos St. Moritz AG, St. Moritz (Schweiz)	3.500.000,00 CHF
(33,24)	100 CAI Online AG, Zug (Schweiz)	1.200.000,00 CHF
(33,23)	99,99 Intergame Holding Ltd., Floriana (Malta)	100.000,00 EUR
(33,23)	99,99 Intergame Limited, Floriana (Malta)	200.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria International Limited, Brisbane (Australien)	19.578.000,00 AUD
(33,24)	100 Casinos Canberra Limited, Brisbane (Australien)	46.000.000,00 AUD
(33,24)	100 Casinos Austria International (Canberra) Pty Limited, Brisbane (Australien)	2,00 AUD
(33,24)	100 Casinos Austria Maritime Corp., Fort Lauderdale (USA)	50,00 USD
(33,24)	100 CAI Ontario Inc., Fort Perry (Kanada)	1.725.000,00 CAD
(23,93)	72 Great Blue Heron Gaming Com., Fort Perry (Kanada)	1.250.000,00 CAD
28,61	Argor Heraeus SA, Mendrisio (Schweiz)	6.369.000,00 CHF
(28,61)	100 Argor-Heraeus Deutschland GmbH, Pforzheim (Deutschland)	25.000,00 EUR
(28,61)	100 Argor-Heraeus Italia S.p.A., Cavenago di Brianza (Italien)	520.000,00 EUR
(25,18)	88 Argor-Heraeus Latin America SpA, Santiago (Chile)	5.000.000,00 USD

Fortsetzung Tabelle 9

Anteil in %	Gesellschaft	Nennkapital
100	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH, Wien	10.000.000,00 EUR
50	PRINT and MINT SERVICES GmbH, Wien	35.000,00 EUR
90	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H., Wien	36.336,31 EUR
25	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H., Wien	100.000,00 EUR
100	IG Immobilien Invest GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	Austrian House S.A., Brüssel (Belgien)	5.841.610,91 EUR
100	City Center Amstetten GmbH, Wien	72.000,00 EUR
100	EKZ Tulln Errichtungs GmbH, Wien	36.000,00 EUR
100	HW Hohe Warte Projektentwicklungs- und ErrichtungsgmbH, Wien	35.000,00 EUR
100	IG Belgium S.A., Brüssel (Belgien)	19.360.309,87 EUR
100	IG Döbling Herrenhaus-Bauträger GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	IG Hungary Irodaközpont Kft., Budapest (Ungarn)	11.852,00 EUR
100	IG Immobilien Beteiligungs GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	IG Immobilien M97 GmbH, Wien	120.000,00 EUR
100	IG Immobilien Management GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	IG Immobilien Mariahilfer Straße 99 GmbH, Wien	72.000,00 EUR
100	IG Immobilien O20-H22 GmbH, Wien	110.000,00 EUR
25	MARINA CITY Entwicklungs GmbH, Wien	120.000,00 EUR
25	MARINA TOWER Holding GmbH, Wien	35.000,00 EUR
(25) 100	MARINA TOWER Entwicklungs GmbH, Wien	36.336,42 EUR
100	IG Netherlands N1 and N2 B.V., Hoofddorp (Niederlande)	91.000,00 EUR
40	U2 Stadtentwicklung GmbH, Wien	100.000,00 EUR
100	BLM Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	BLM-IG Bauträger GmbH, Wien	35.000,00 EUR
100	OWP5 Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH, Wien	35.000,00 EUR

Quelle: OeNB, Beteiligungsgesellschaften.

Anmerkung: Werte in Klammer sind durchgerechnete Anteile der direkten Beteiligungen; Werte ohne Klammer sind die Anteile der direkt anteilhaltenden Gesellschaft.

Die Anteile der OeNB zum 31. Dezember 2013 an der Europäischen Zentralbank (EZB), Frankfurt (Deutschland), betragen 1,937 % vom gezeichneten Kapital in Höhe von 10.825.007.069,61 EUR. Weiters hält die OeNB an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel (Schweiz), 8.000 Stück Aktien zu je 5.000 SZR und 564 Stück Aktien ohne Stimmrecht sowie an der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (S.W.I.F.T.), La Hulpe (Niederlande), 74 Anteile zu je 125,00 EUR.

Tabelle 9 zeigt gemäß § 68 Abs. 4 NBG alle direkten und alle indirekten Beteiligungen der OeNB an inländischen und ausländischen Unternehmen, die entweder, und zwar unabhängig von der Beteiligungshöhe, dazu bestimmt sind, dem

OeNB-Geschäftsbetrieb zu dienen, oder, falls diese Bedingung nicht zutrifft, an denen die OeNB eine direkte Beteiligung oder eine durchgerechnete indirekte Beteiligung in Höhe von jeweils mindestens 20 % des Nennkapitals besitzt.



Aus unserem Leitbild

Wir sind uns der Verantwortung für Österreich und Europa bewusst
und erfüllen unsere Aufgaben effektiv und effizient.

Grundlage unseres Handelns sind fachliche und soziale Kompetenz, Nachvollziehbarkeit
und verantwortungsbewusste Unternehmensführung.

Jahresabschluss 2013
der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

	31. Dezember 2013 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2012 <i>in EUR</i>
1 Gold und Goldforderungen	7.842.819.188,98	11.353.265.561,09
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	8.962.695.474,63	9.215.591.659,91
2.1 Forderungen an den IWF	3.145.504.739,56	3.231.278.528,06
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	5.817.190.735,07	5.984.313.131,85
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	694.805.968,94	1.026.208.039,81
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	1.858.155.920,03	1.532.097.587,81
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	1.858.155.920,03	1.532.097.587,81
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	–	–
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	7.094.000.000,00	15.894.000.000,00
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	1.220.000.000,00	180.000.000,00
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	5.874.000.000,00	15.714.000.000,00
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	–	–
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	146.091,69	167.938,41
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	16.862.400.057,94	16.774.731.834,56
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	7.102.305.078,82	7.892.629.179,62
7.2 Sonstige Wertpapiere	9.760.094.979,12	8.882.102.654,94
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	410.887.194,16	413.061.306,11
9 Intra-Eurosystem-Forderungen	43.507.394.069,55	43.283.531.734,71
9.1 Beteiligung an der EZB	212.118.362,10	208.939.587,70
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.122.511.702,45	1.118.545.877,01
9.3 Forderungen aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	42.172.764.005,00	41.956.046.270,00
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–
10 Schwebende Verrechnungen	–	508,71
11 Sonstige Aktiva	10.252.170.664,10	9.876.836.411,45
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	106.325.491,17	120.936.558,44
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	146.576.231,05	147.655.874,49
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	8.613.078.904,47	7.907.043.641,14
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	55.366.469,01	34.003.410,45
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	557.388.053,81	696.400.104,81
11.6 Sonstiges	773.435.514,59	970.796.822,12
	97.485.474.630,02	109.369.492.582,57

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2013 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2012 <i>in EUR</i>
1 Banknotenumlauf	24.497.459.700,00	23.298.473.760,00
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	14.937.903.985,72	23.228.499.748,28
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	12.036.903.985,72	19.931.999.748,28
2.2 Einlagefazilität	2.181.000.000,00	3.296.500.000,00
2.3 Termineinlagen	720.000.000,00	–
2.4 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	–	–
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹	×	×
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	308.575.489,07	286.774.793,83
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	215.610.325,99	203.466.189,53
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	92.965.163,08	83.308.604,30
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	246.687.650,67	25.461.622,27
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	129.091,23	154.004,27
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	–	19.830.081,81
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	–	19.830.081,81
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKMI II	–	–
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	1.941.719.785,16	2.024.021.061,94
10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	39.148.233.209,66	39.897.015.721,82
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹	×	×
10.2 Verbindlichkeiten aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	–	–
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	–	–
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	39.148.233.209,66	39.897.015.721,82
11 Schwebende Verrechnungen	2.439,55	–
12 Sonstige Passiva	357.855.495,35	502.079.547,30
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	–	–
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	12.653.743,51	26.704.931,42
12.3 Sonstiges	345.201.751,84	475.374.615,88
13 Rückstellungen	5.003.897.805,83	4.735.924.738,44
14 Ausgleichsposten aus Neubewertung	6.805.515.322,10	11.125.448.311,36
15 Kapital und Rücklagen	4.217.357.575,88	4.197.509.855,29
15.1 Kapital	12.000.000,00	12.000.000,00
15.2 Rücklagen	4.205.357.575,88	4.185.509.855,29
16 Bilanzgewinn	20.137.079,80	28.299.335,96
	97.485.474.630,02	109.369.492.582,57

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2013

	Geschäftsjahr 2013 <i>in EUR</i>	Geschäftsjahr 2012 <i>in EUR</i>
1.1 Zinserträge	1.209.799.187,32	1.539.682.327,36
1.2 Zinsaufwendungen	-375.898.179,19	-523.896.854,37
1 Nettozinsergebnis	833.901.008,13	1.015.785.472,99
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	106.871.397,05	188.462.243,51
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	-72.841.514,46	-2.765.220,98
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs-, Zins-, Kredit- und Goldpreisrisiken	-300.000.000,00	-626.073.422,88
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-265.970.117,41	-440.376.400,35
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	3.747.262,98	4.304.983,58
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	-3.319.865,52	-3.882.458,49
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	427.397,46	422.525,09
4 Erträge aus Beteiligungen	89.624.301,40	41.365.181,74
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	-26.946.888,26	31.883.764,27
6 Sonstige Erträge	60.316.719,62	29.365.042,49
Nettoerträge insgesamt	691.352.420,94	678.445.586,23
7 Personalaufwendungen	-135.588.531,17	-130.662.986,04
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen	-113.946.392,12	-6.772.953,56
9 Sachaufwendungen	-81.552.540,51	-84.253.687,35
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-13.925.206,71	-12.801.105,12
11 Aufwendungen für Banknoten	-19.018.292,84	-21.394.616,40
12 Sonstige Aufwendungen	-28.994.349,44	-45.235.758,23
Aufwendungen insgesamt	-393.025.312,79	-301.121.106,70
Geschäftliches Ergebnis	298.327.108,15	377.324.479,53
13 Körperschaftsteuer	-74.581.777,04	-94.331.119,88
	223.745.331,11	282.993.359,65
14 Zuführung zur Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	-203.608.251,31	-254.694.023,69
15 Bilanzgewinn	20.137.079,80	28.299.335,96

Anhang zum Jahresabschluss 2013

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG), BGBl. I Nr. 50/1984 idGF¹, unter Heranziehung der vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) gemäß Artikel 26.4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB/EZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 11. November 2010² neu beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Leitlinie keine Vorgaben enthält, ist auf die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und auf den § 67 Abs. 3 NBG hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen des dritten Buchs des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) zurückzugreifen. Ausnahmen von der Anwendung des UGB bestehen hinsichtlich der Nichtanwendbarkeit des § 199 (Haftungsverhältnisse) und der §§ 244ff. UGB (Konzernabschluss). § 68 Abs. 3 NBG nimmt auch spezifische Lageberichtsangaben des § 243 UGB von der Anwendung aus.

Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten

Eurosystem Anwendung finden, sind unionsrechtlich harmonisierte Rechnungslegungsprinzipien und richten sich nach international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die darin enthaltenen allgemeinen Rechnungslegungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit
- Bilanzvorsicht
- Stichtagsbezogenheit
- Wesentlichkeit
- Unternehmensfortführung
- Periodenabgrenzung
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit

Erfassungszeitpunkt

Die Erfassung von Fremdwährungsgeschäften, von in Fremdwährung denominierten Finanzinstrumenten sowie von damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten hat nach der wirtschaftlichen Betrachtungsweise (am Abschlussstag) zu erfolgen. Ausgenommen davon sind Wertpapiergeschäfte (inklusive Aktieninstrumenten) in Fremdwährung, die auf Grundlage des Zahlungszeitpunkts (Erfüllungstags) erfasst werden können. Die damit zusammenhängenden aufgelaufenen Zinsen, einschließlich Aufschlag oder Abschlag, werden taggenau ab dem Kassa-Abrechnungstag erfasst. Die Erfassung von bestimmten auf Euro lautenden Transaktionen, Finanzinstrumenten und damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten kann entweder am Abschlussstag oder am Erfüllungstag durchgeführt werden.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Euro-Kurs erfasst.

Bewertungsansatz

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung heranzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch

¹ Das NBG wurde zuletzt mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2014 geändert.

² Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 11. November 2010 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2010/20, zuletzt geändert am 10. Dezember 2012, EZB/2012/29).

für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte.³ Gold-Zinssatzswaps und Gold-Forward-Zinssatzswaps werden nach dem Prinzip des Arbitrage-Pricing bewertet. Dabei zerlegt man die Produkte in jene Bestandteile (LIBOR-Zinskurve, Gold-Swapsätze und Forward-Goldpreise), die auf internationalen Märkten gehandelt und zur Bewertung herangezogen werden.

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung von Fremdwährungen werden sämtliche Bestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Bestände an Sonderziehungsrechten (SZR), einschließlich bestimmter einzelner Fremdwährungsbestände, die der Absicherung des SZR-Währungsrisikos dienen, werden als ein Bestand behandelt. Für im Rahmen der Eigenmittelveranlagung als *Sonstiges Finanzanlagevermögen* gehaltene Devisen ist eine eigene Währungsposition zu führen. In Fremdwährung denominierte Aktieninstrumente (Aktien und Aktienfonds), die im *Sonstigen Finanzanlagevermögen* auszuweisen sind, sind ebenso in einer separaten Währungsposition zu führen.

Bei Wertpapieren und Fondsanteilen umfasst die Neubewertung die jeweilige Position in einer Wertpapiergattung, d.h. alle Wertpapiere mit derselben internationalen Wertpapierkennnummer.

Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden oder nicht marktfähig sind, sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu bilanzieren und unterliegen der Überprüfung auf Wertminderung durch die OeNB. Dies gilt auch für Wertpapiere, die im Rahmen der Ankaufprogramme für Euro-Pfandbriefe (Covered Bond Purchase Programmes – CBPP und CBPP2) angekauft wurden. Die im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme – SMP) ange-

kauften Wertpapiere unterliegen dabei der für das Eurosystem harmonisierten Überprüfung auf Wertminderung durch die EZB.

Der Fondspreis für Masterfonds wird täglich von der jeweiligen Depotbank bzw. vom Masterfonds-Verwalter mithilfe marktüblicher Informationssysteme auf Basis der in den Subfonds enthaltenen Vermögensgegenstände ermittelt. Darüber hinaus erfolgt regelmäßig ein Abgleich zwischen den Masterfonds-Verwaltern, den Depotbanken und den Fondsmanagern hinsichtlich der Bewertung der Vermögensgegenstände in den Subfonds. Dies gilt auch bei wenig oder nicht liquiden Vermögensgegenständen, bei denen die Preisermittlung nicht ausschließlich über marktübliche Informationssysteme erfolgt.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert jeder Gesellschaft.

Erfolgsermittlung

Bei unter oder über pari erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsergebnisses berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutari-schen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt. Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der jährlichen Neubewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste

³ Da im Eurosystem-Bilanzschema keine außerbilanziellen Posten enthalten sind, werden solche Positionen als in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten geführt und dargestellt.

werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Umkehrung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Synthetische Instrumente dürfen abweichend von den allgemeinen Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätzen behandelt werden. Dabei dürfen jene Ergebnisse saldiert werden, die aus der Neubewertung der einzelnen Teile, die das synthetische Instrument bilden, stammen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich

Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden grundsätzlich, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen (Tabelle 1).

Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013

Die realisierten Gewinne und Verluste sowie die Bewertungsdifferenzen aus OeNB-Veranlagungen sind in Tabelle 2 dargestellt.

Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden

Die Euro-Banknoten werden von der EZB und den nationalen Zentralbanken der 17 Länder des Euroraums, die zusammen das Eurosystem bilden, ausgegeben. Der in der Bilanz der OeNB (und der anderen Zentralbanken des Eurosystems) auszuweisende Euro-Banknotenumlauf wird rechnerisch mit dem dafür verein-

Tabelle 1

Vermögensgegenstand	Abschreibungsdauer
EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge	4 Jahre
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung	10 Jahre
Gebäude	25 Jahre
Sachanlagen im Wert von unter 10.000,- EUR exklusive Umsatzsteuer (geringwertige Vermögensgegenstände)	Abschreibung im Anschaffungsjahr

Tabelle 2

	Realisierte Gewinne GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über GuV) <i>in Tsd EUR</i>	Realisierte Verluste GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über GuV) <i>in Tsd EUR</i>	Buchmäßige Verluste GuV-Posten 2.2 (Verrechnung über GuV) <i>in Tsd EUR</i>	Veränderung der buchmäßigen Gewinne (Verrechnung über Neubewertungskonten) <i>in Tsd EUR</i>
Gold	–	–	–	–3.510.447
Fremdwährungen Eigenbestand	111.098	–60.737	–36.452	–547.405
Wertpapiere Eigenbestand	61.956	–28.104	–33.571	–171.376
Eigenmittelveranlagung	31.211	–8.710	–2.818	–98.387
Geldpolitische Geschäfte	157	–	–	–
Beteiligungen der Eigenmittelveranlagung	–	–	–	+26.601
Insgesamt	204.422	–97.551	–72.841	–4.301.014

barten Eurosystem-internen Verteilungsschlüssel ermittelt, und zwar jeweils am letzten Geschäftstag jedes Monats.

Vom Gesamtwert der ausgegebenen Banknoten (logistischer Banknotenumlauf) werden 8 % auf die EZB und 92 % auf die nationalen Zentralbanken verteilt, wobei die 92 % je nach den Anteilen der einzelnen nationalen Zentralbanken am eingezahlten Kapital der EZB aufgeteilt werden. Der so ermittelte OeNB-Anteil an den vom Eurosystem insgesamt ausgegebenen Banknoten wird auf der Passivseite der Bilanz im Bilanzposten 1 *Banknotenumlauf* ausgewiesen.

Die Differenz zwischen dem ermittelten OeNB-Anteil und ihrem Anteil am logistischen Banknotenumlauf ergibt eine verzinsliche Intra-Eurosystem-Forderung oder Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit. Überwiegt der logistische Banknotenumlauf, weist die OeNB entsprechende *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* aus; überwiegt der nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel ermittelte Wert, ergeben sich entsprechende *Nettoforderungen* (siehe die Erläuterung zu den Intra-Eurosystem-Salden).

Damit sich mit der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels die Gewinnsituation der einzelnen nationalen Zentralbanken im Vergleich zu den Werten vor der Euro-Bargeldeinführung nicht maßgeblich ändert, gilt für die daraus resultierenden Intra-Eurosystem-Salden in den ersten fünf Jahren nach der Einführung eine Einschleifregelung. Zu diesem Zweck wird die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Banknotenumlauf jeder nationalen Zentralbank im Referenzzeitraum und dem errechneten Durchschnittswert auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels berechnet. Diese Differenz wird mit einem jährlich sinkenden Faktor ausgeglichen, bis ab dem sechsten Jahr nach der Bargeldumstellung die Seigniorage nur noch auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels verteilt wird, der wiederum auf dem Kapitalanteil beruht, den jede nationale Zentralbank bei der EZB eingezahlt hat. Im Berichtsjahr waren die Anpassun-

gen auf die Euro-Bargeldeinführung in Estland (im Jahr 2011), der Slowakei (im Jahr 2009) und in Zypern und Malta (im Jahr 2008) zurückzuführen. Die Einschleifphasen enden mit Jahresende 2016, 2014 bzw. 2013.

Die Zinserträge und -aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Salden werden über die EZB verrechnet und im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

Laut Beschluss des EZB-Rats stehen den nationalen Zentralbanken des Eurosystems die von der EZB auszuschüttenden Gewinne im jeweiligen Finanzjahr zur Gänze zu. Dies betrifft sowohl den Ertrag der EZB aus ihrem 8-prozentigen Anteil am Euro-Banknotenumlauf (Seigniorage) als auch den Ertrag, den die EZB mit jenen Wertpapierbeständen erzielt hat, die sie im Rahmen des SMP aufgebaut hat. Die Seigniorage der EZB wird jeweils im darauffolgenden Jänner in Form einer vorläufigen Gewinnausschüttung verteilt, sofern der EZB-Rat keinen gegenteiligen Beschluss trifft. Wenn der jährliche Nettogewinn unter dem Ertrag aus dem Banknotenumlauf und unter dem Ertrag aus den SMP-Wertpapierbeständen liegt und der EZB-Rat beschließt, Mittel für die Dotierung der Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreisrisiken einzubehalten, wird die Seigniorage nicht zur Gänze ausgeschüttet. Auf Beschluss des EZB-Rats kann die Seigniorage auch um Kosten der EZB für die Banknotenausgabe und -bearbeitung gekürzt werden.

Die an die nationalen Zentralbanken ausgeschütteten Beträge sind im GuV-Posten 4 *Erträge aus Beteiligungen* ausgewiesen.

Risikomanagement

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Zentralbank in Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags stellen finanzielle und operationale Risiken wesentliche Einflussfaktoren auf die Erfolgssituation und auf eine gesicherte Unternehmensfortführung in der OeNB dar. Das Risikomanagement in der OeNB basiert auf verbindlichen Regelungen und wendet anerkannte Verfahren an. Es wird durch eine laufende Überprüfung qualitätsgesichert und bei

Bedarf entsprechend adaptiert. Ebenso erfolgt eine laufende Berichterstattung.

Finanzielle Risiken

Die für die OeNB relevanten finanziellen Risiken bestehen aus Markt-, Kredit- und Marktliquiditätsrisiko. Die grundsätzliche Beschreibung des Managements von Währungsreserven und der Risikosteuerung ist in einem *Rulebook*, das vom OeNB-Direktorium (Direktorium) beschlossen wurde, festgelegt. Dem OeNB-Treasury (Treasury) wird auf Vorschlag des Risikokomitees ein vom Direktorium festgelegtes Risikobudget zugeteilt, das die gewünschte Risikobegrenzung des Direktoriums darstellt. Die ständige Einhaltung des Risikobudgets wird anhand spezifischer Risikomesssysteme und -methoden überprüft und durch das Risikokomitee überwacht. Dabei werden Markt- und Kreditrisiken quantifiziert, wobei die Neubewertungskonten bei der Berechnung des Risikos im Ausmaß ihrer Deckungsfähigkeit reduzierend berücksichtigt werden. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig an das Risikokomitee und in weiterer Folge an das Direktorium. Neue Währungen und Veranlagungsarten sowie die zur Risikobemessung verwendeten Methoden und Limite sind nach eingehender Analyse vom Direktorium zu bewilligen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist durch Veränderungen von Marktpreisen auf den Finanzmärkten, insbesondere aufgrund von Veränderungen der Wechselkurse und Zinssätze, beeinflusst. Das Risikobudget wird vom Investmentkomitee in der Veranlagungsstruktur berücksichtigt. Vom Direktorium werden Konzentrationslimite pro Währung sowie eine für Notenbanken übliche und relativ risikoarme Standardallokation vorgegeben. Das Wechselkurs- und das Zinsänderungsrisiko werden innerhalb der Grenzen des Risikobudgets gesteuert. Die Kontrolle der Einhaltung des Treasury-Risikobudgets erfolgt mit dem Risikomaß Value at Risk (VaR) für das Marktrisiko. Die Marktrisiken aus der einheitlichen Geldpolitik werden von der EZB mittels

Expected Shortfall (ES)-Risikomaß ermittelt. Die Berechnungen mittels VaR und ES werden einheitlich mit einem Ein-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99% durchgeführt. Zusätzlich wird zur Risikobandbreitenermittlung auch ein Drei-Monats-Risikohorizont herangezogen.

Die Risikoposition richtet sich nach dem aktuell veranlagten Eigenbestand inklusive Gold und dem Bestand an nicht abgesicherten SZR sowie der Eigenmittelveranlagung und zweckgewidmeten Veranlagungen.

Zudem sorgt die OeNB auch entsprechend ihrem eingezahlten Kapitalanteil und unter Berücksichtigung der Risikovorsorgen der EZB für das Risiko der Veranlagungen der EZB und für die von der EZB eingegangenen Risiken aus der einheitlichen Geldpolitik vor.

Das Risiko aus der Immobilienbeteiligung wird von der OeNB anhand eines Immobilienindex ebenfalls auf Basis des VaR mit einem Ein-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99% berechnet.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko stellt die Gefahr, die von einem teilweisen oder vollständigen Ausfall vertraglich vereinbarter Zahlungen ausgeht, dar. Das Management in der Eigenverwaltung erfolgt grundsätzlich über ein Veranlagungs-Limitsystem, in dem sämtliche Limite und deren Ausnützung jederzeit aktuell zur Verfügung stehen. Das Kreditrisiko aus der einheitlichen Geldpolitik wird von der EZB berechnet und im Risikoberichtswesen der OeNB anteilig berücksichtigt. Das Kreditrisiko aus dem OeNB-Eigenbestand und der Eigenmittelveranlagung wird von der OeNB berechnet und in der Ausnützung des Risikobudgets mitberücksichtigt. Die Kreditrisikoberechnungen des ES und VaR der EZB und der OeNB werden jeweils mit einem Ein-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99% durchgeführt.

Marktliquiditätsrisiko

Das Marktliquiditätsrisiko besteht darin, dass aufgrund eines engen und nicht in vollem Umfang aufnahmefähigen Marktes Finanzpositionen nicht in vollem Umfang, nicht genügend schnell und eventuell nur mit Preisabschlägen geschlossen werden können. Aus diesem Grund werden Finanzprodukte auf deren Marktliquidität hin analysiert, Positionsgrößen vom Emissionsvolumen abhängig gemacht und die maximalen Restlaufzeiten der Geschäfte limitiert. Dabei wird auf Sicherheit und Liquidität vorrangig Bedacht genommen und die Rentabilität diesen nachgereiht.

Operationales Risiko

Operationale Risiken sind alle jene Risiken, die aufgrund von Schäden oder inadäquaten Abläufen in internen Prozessen, Systemen oder durch Menschen und externe Ereignisse entstehen können. Das Management des operationalen Risikos der OeNB ist im *ORION – Handbuch Risiko- und Krisenmanagement* geregelt und wird dabei nach der Auswirkung einzelner Risikoszenarien auf den Imagewert, die Kosten und mögliche daraus entstehende Verluste bewertet. Es erfolgt eine laufende Evaluierung und eine regelmäßige Berichterstattung an das Management.

Risikovorsorgen für finanzielle Risiken und Verlustabdeckungspotenzial

Dem Gesamtbedeckungsgrundsatz der OeNB Rechnung tragend sind alle finanziellen Risiken den gesamten finanziellen Vorsorgen gegenüberzustellen. Letztere umfassen sowohl direkt zur Risikobedeckung verwendbare als auch zur allfälligen Abdeckung eines Bilanzverlusts verwendbare finanzielle Vorsorgen. Für die Risikoberechnung werden die deckungsfähigen Neubewertungskonten risikoreduzierend berücksichtigt. Zum Bilanzstichtag 2013 standen Risikovorsorgen für finanzielle Risiken in angemessener Höhe zur Verfügung.

Die Risikovorsorgen für finanzielle Risiken und das Verlustabdeckungspotenzial zu den Bilanzstichtagen 2012 und 2013 sind in Tabelle 3 dargestellt.

IT-Sicherheitspolitik

Die IT-Sicherheitspolitik definiert die Leitlinien und Vorgaben zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus für Entwicklung, Betrieb und Nutzung von IT-Systemen in der OeNB. Zentrale Aufgaben im IT-Sicherheitsprozess kommen insbesondere

- dem IT-Sicherheitsforum bei der Beratung, Abstimmung und Steuerung der IT-Sicherheit sowie um IT-Sicherheitsrichtlinien in Kraft zu setzen,

Tabelle 3

	31.12.2012	Zunahme	Abnahme	31.12.2013
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
I. Risikovorsorgen für finanzielle Risiken				
P 15.2 Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
P 13 Risikorückstellung (mit Rücklagencharakter)	2.550.000	+300.000	–	2.850.000
	4.523.263	+300.000	–	4.823.263
II. Mittel zur Verlustabdeckung				
P 15.2 Gewinnglättungsrücklage	34.587	+17.099	–	51.686
P 15.2 Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft				
Originärer Jubiläumsfonds	31.500	–	–	31.500
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
	1.566.087	+17.099	–	1.583.186
Insgesamt	6.089.350	+317.099	–	6.406.449

Anmerkung: P = Passiva.

- dem IT-Sicherheitsmanager, der die Verantwortung für die fachliche Richtigkeit der zur Entscheidung vorgelegten Maßnahmen und für die Initiierung sowie Durchführung des IT-Sicherheitsprozesses trägt,
 - den IT-Sicherheitsexperten, die für die Erarbeitung und Umsetzung von IT-Sicherheitsrichtlinien und IT-Spezifikationen verantwortlich sind, und
 - den fachlichen Produktverantwortlichen zu.
- Im Rahmen des IT-Sicherheitsprozesses erfolgen regelmäßige Tests und Berichterstattungen.

Nahestehende Unternehmen und Personen

Aufgrund der Bestimmung des § 237 Z8b UGB ist eine Angabe im Anhang zum Jahresabschluss vorgesehen, wenn Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen („related parties“) für den Jahresabschluss wesentlich sind und unter marktüblichen Bedingungen abgeschlossen wurden. In diesem Zusammenhang sind in der OeNB ein entsprechendes Berichtswesen und ein eigenes internes Kontrollsystem (IKS) etabliert.

Sofern von der OeNB im Jahr 2013 Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen durchgeführt wurden, erfolgten diese zu marktüblichen Konditionen.

Die OeNB förderte im Geschäftsjahr 2013 Wirtschaftsforschungsinstitute (WIFO, IHS, wiiw) sowie das Joint Vienna Institute mit insgesamt 5.805 Tsd EUR (2012: 5.753 Tsd EUR).

Die Republik Österreich ist Alleineigentümerin der OeNB. Gemäß § 69 Abs. 3 NBG ist ein 90-prozentiger Anteil des Bundes am verbleibenden Reingewinn (nach Körperschaftsteuer) der OeNB sowie gemäß Beschluss der Generalversammlung zusätzlich eine Dividende von höchstens 10% des Anteils am Grundkapital vorgesehen.

Net Equity

Die Definition des Net Equity richtet sich für Eurosystem-Zentralbanken nach den Darstellungen der EZB (Tabelle 4).

Tabelle 4

	31.12.2012	Zunahme	Abnahme	31.12.2013
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
P 13 Risikorückstellung (mit Rücklagencharakter)	2.550.000	+300.000	–	2.850.000
P 14 Neubewertungskonten ¹	11.125.448	–	–4.319.933	6.805.515
P 15.1 Kapital	12.000	–	–	12.000
P 15.2 Rücklagen				
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
Gewinnglättungsrücklage	34.587	+17.099	–	51.686
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft				
Originärer Jubiläumsfonds	31.500	–	–	31.500
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
Net Equity	17.226.798	+317.099	–4.319.933	13.223.964

Anmerkung: P = Passiva.

¹ Enthält sowohl buchmäßige Bewertungsgewinne als auch jene Aufwertungseffekte, die aus der Neubewertung der Wertpapiere und der Beteiligungen im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 resultierten und bisher nicht aufzulösen waren.

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2013

Tabelle 5

	31.12.2013 in Tsd EUR	31.12.2012 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Gold und Goldforderungen	7.842.819	11.353.266	-3.510.447	-30,9
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	8.962.695	9.215.592	-252.897	-2,7
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	694.806	1.026.208	-331.402	-32,3
Sonstige Aktiva	85.105	106.235	-21.130	-19,9
<i>abzüglich:</i>				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	129	154	-25	-16,2
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	–	19.830	-19.830	-100,0
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	1.941.720	2.024.021	-82.301	-4,1
Sonstige Passiva	2.786	696	+2.090	+300,0
Ausgleichsposten aus Neubewertung ¹	33.180	82.777	-49.597	-60,0
	15.607.610	19.573.823	-3.966.213	-20,3
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	-2.177.350	-1.431.609	-745.741	+52,1
Insgesamt	13.430.260	18.142.214	-4.711.954	-26,0

¹ Resultiert aus der Wertsteigerung von Wertpapieren in Fremdwährung als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR
31.12.2013	7.842.819
31.12.2012	11.353.266
Veränderung	-3.510.447 (-30,9%)

Der Goldbestand beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf 9.002.111,050 Unzen Feingold (ozf) oder 279.996,98 Kilogramm Feingold (kgf). Auf Basis des Bewertungspreises von 871,220 EUR/ozf (d. s. 28.010,37 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 7.842.819 Tsd EUR.

Die ausgewiesene Veränderung resultiert aus der Bewertung zum 31. Dezember 2013.

2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR
31.12.2013	8.962.695
31.12.2012	9.215.592
Veränderung	-252.897 (-2,7%)

Der Aktivposten 2.1 Forderungen an den IWF ist in Tabelle 6 ersichtlich.

Die Forderung aus der Beteiligung am IWF hat im Jahr 2013 durch Gutschriften und Anlastungen des IWF eine Abnahme um 126.755 Tsd EUR erfahren.

Weiters haben sich die Bewertung und die Effekte aus per saldo realisierten Kursgewinnen und Buchwertangleichungen (-29.193 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunerationsrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – in gleicher Höhe wie der SZR-

Zinssatz – zwischen 0,03 % und 0,13 % p. a. bewegte.

Die *Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF*⁴ stehen zum 31. Dezember 2013 mit 1.780,7 Mio SZR zu Buche. Die im Jahr 2013 eingetretene Zunahme um per saldo 42.444 Tsd EUR ist mit +128.598 Tsd EUR auf Netto-SZR-Ankäufe zurückzuführen. Die Remuneration der Beteiligung am IWF, Zinsabrechnungen, Realisate und Bewertungsdifferenzen haben sich mit –79.289 Tsd EUR ausgewirkt. Weiters wurden Mittel an den Poverty Reduction and Growth Trust des IWF übertragen (–6.865 Tsd EUR).

Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 1.736,3 Mio SZR beläuft. Hinsichtlich dieser Verpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

Unter den *Sonstigen Forderungen gegen den IWF* wird die Leistung österreichischer Bei-

träge im Rahmen der Neuen Kreditvereinbarungen (*New Arrangements to Borrow – NAB*) im Zusammenhang mit IWF-Hilfsaktionen ausgewiesen. Auf Basis des BGBl. I Nr. 114/2010 wurde die OeNB ermächtigt, im Namen der Republik Österreich im Rahmen der Aufstockung der NAB den Kreditrahmen auf höchstens 3,6 Mrd SZR zu erhöhen. Die NAB sind am 11. März 2011 in Kraft getreten. Im Rahmen der NAB wurde die OeNB bislang insgesamt mit 503,6 Mio SZR in Anspruch genommen, denen Rückzahlungen in Höhe von 38,5 Mio SZR gegenüberstehen, daher per saldo 465,1 Mio SZR im Gegenwert von 520,1 Mio EUR. Für den derzeit nicht in Anspruch genommenen Teil des NAB ist zum 31. Dezember 2013 eine Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF in den *in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* eingestellt.

Mit dem Inkrafttreten des BGBl. I Nr. 101/2013 wurde die OeNB ermächtigt, im Rahmen eines bilateralen Vertrags dem IWF eine zeitlich begrenzte Kreditlinie im Umfang von maximal 6,13 Mrd EUR zur Verfügung zu

Tabelle 6

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) im Gegenwert von 2.113,9 Mio SZR ¹	2.363.974	2.464.174	–100.200	–4,1
abzüglich: Nicht abberufener Teil der Quote	1.729.956	1.674.208	+55.748	+3,3
Forderung aus der Beteiligung am IWF	634.018	789.966	–155.948	–19,7
SZR im Rahmen des IWF	1.991.365	1.948.921	+42.444	+2,2
Sonstige Forderungen gegen den IWF	520.122	492.392	+27.730	+5,6
Insgesamt	3.145.505	3.231.279	–85.774	–2,7

¹ Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

Tabelle 7

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	622.816	821.309	–198.493	–24,2
Wertpapiere	5.194.374	5.163.004	+31.370	+0,6
Insgesamt	5.817.190	5.984.313	–167.123	–2,8

⁴ Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der SZR teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen SZR in ihre Aktiva einzustellen.

Tabelle 8

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	231	454.904	-454.673	-99,9
Wertpapiere	694.575	571.304	+123.271	+21,6
Insgesamt	694.806	1.026.208	-331.402	-32,3

Tabelle 9

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	427.016	219.974	+207.042	+94,1
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	1.431.140	1.312.124	+119.016	+9,1
Insgesamt	1.858.156	1.532.098	+326.058	+21,3

Tabelle 10

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	1.220.000	180.000	+1.040.000	n.a.
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	5.874.000	15.714.000	-9.840.000	-62,6
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	-	-	-	-
Insgesamt	7.094.000	15.894.000	-8.800.000	-55,4

stellen. In diesem Zusammenhang wurde zum 31. Dezember 2013 eine Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF in den *in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* eingestellt.

Der Aktivposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva* ist in Tabelle 7 ersichtlich.

3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die *Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet* sind in Tabelle 8 enthalten.

Die am 31. Dezember 2012 ausgewiesenen Festgeldanlagen (*Guthaben bei Banken*) resultierten aus liquiditätzuführenden Geschäften in US-Dollar an inländische Banken (gegen Hinterlegung von Sicherheiten) in Höhe von 600 Mio USD (455 Mio EUR) als Folge einer Sonderfinanzierungsfazilität (Euro/US-Dollar-Swaps) zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York. Im Jahr 2013 wurden weitere Euro/US-Dollar-Swaps in Höhe von 850 Mio USD getätigt. Sämtliche abgeschlosse-

nen Euro/US-Dollar-Swaps wurden im Jahr 2013 rückgeführt.

4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Die Zusammensetzung des Bilanzpostens 4.1 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite* zu den Bilanzstichtagen 2012 und 2013 ist in Tabelle 9 dargestellt.

Die Veränderung der Wertpapiere ist im Wesentlichen auf Transaktionen zurückzuführen. Aufgrund der Werthaltigkeit der Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, war keine Wertminderung zum Bilanzstichtag vorzunehmen. Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere sind Wertpapiere mit fixen oder bestimmbar Rückzahlungen und einer fixen Endfälligkeit, bis zu der die ausdrückliche Absicht besteht, die Wertpapiere zu halten. Die Bilanzierung der übrigen Wertpapiere erfolgte zum Marktwert.

5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt (Tabelle 10).

Sofern Verluste aus geldpolitischen Geschäften auftreten, sind diese basierend auf Artikel 32.4 der ESZB/EZB-Satzung gemäß den im Geschäftsjahr des Verlusts geltenden Kapitalanteilen an der EZB vollständig unter den nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufzuteilen.

5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* werden die wöchentlich stattfindenden liquiditätzuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Rahmen von Standardtendern (Zins- oder Mengentender) mit einer Laufzeit von einer Woche durchgeführt. Alle Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurden im Jahr 2013 als Mengentender mit vollständiger Zuteilung durchgeführt.⁵ Der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde im Jahr 2013 zweimal um jeweils 0,25 Prozentpunkte – zuletzt mit Wirkung vom 13. November 2013 – gesenkt und betrug zum Bilanzstichtag 2013 0,25 % p. a.

5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte sind liquiditätzuführende befristete Transaktionen, die im monatlichen Abstand mit einer Standardlaufzeit von drei Monaten durchgeführt werden. Darüber hinaus wurde im Jahr 2013 ein Geschäft mit einer Sonderlaufzeit von einem Monat abgeschlossen.

Vom EZB-Rat wurden im Jahr 2011 längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Sonderlaufzeit von drei Jahren und einer vorzeitigen gänzlichen oder teilweisen Rückzahlungsmöglichkeit beschlossen.⁶ Im Jahr 2013

wurden von den im Jahr 2011 abgeschlossenen Geschäften in der Höhe von insgesamt 6,5 Mrd EUR vorzeitig 5,2 Mrd EUR zurückgezahlt. Von den im Jahr 2012 abgeschlossenen Geschäften in Höhe von insgesamt 9,2 Mrd EUR wurden im Bilanzjahr 5,7 Mrd EUR vorzeitig zurückgezahlt. Somit belaufen sich die noch offenen Geschäfte zum Bilanzstichtag auf 4,8 Mrd EUR.

Sämtliche längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte wurden als Mengentender mit voller Zuteilung durchgeführt.

5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität

Im Jahr 2013 wurde „Übernachtliquidität“ von nationalen Kreditinstituten gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten in Höhe von insgesamt 893 Mio EUR in Anspruch genommen. Zum Bilanzstichtag 2013 bestanden keine derartigen Geschäfte.

6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2013	146	
31.12.2012	168	
Veränderung	-22	(-13,0%)

In diesem Posten sind Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Geschäften resultieren.

7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2012 und 2013 ist in Tabelle 11 dargestellt.

7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke

Dieser Posten umfasst von der OeNB im Rahmen von CBPP und CBPP2⁷ erworbene Wertpapiere sowie im Rahmen des SMP⁸ erworbene

⁵ Beschluss des EZB-Rats vom 4. März 2010 (zuletzt geändert am 6. Oktober 2011).

⁶ Beschluss des EZB-Rats vom 8. Dezember 2011.

⁷ Beschluss der EZB vom 2. Juli 2009 (EZB/2009/16) und vom 3. November 2011 (EZB/2011/17).

⁸ Beschluss des EZB-Rats vom 9. Mai 2010.

Tabelle 11

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	7.102.305	7.892.629	-790.324	-10,0
7.2 Sonstige Wertpapiere	9.760.095	8.882.103	+877.992	+9,9
davon:				
Wertpapiere	5.664.852	4.756.168	+908.684	+19,1
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	4.095.243	4.125.935	-30.692	-0,7
Insgesamt	16.862.400	16.774.732	+87.668	+0,5

Schuldverschreibungen des öffentlichen Sektors. Die Wertpapiere sind als bis zur Endfälligkeit gehalten klassifiziert.

Das Gesamtausmaß für Ankäufe von Euro-Pfandbriefen im Eurosystem belief sich für das CBPP auf eine Nominale von 60 Mrd EUR, wovon rund 1,5 Mrd EUR auf die OeNB entfielen. Der Ankauf derartiger Wertpapiere wurde planmäßig Ende Juni 2010 abgeschlossen. Für das CBPP2, das planmäßig Ende Oktober 2012 abgeschlossen wurde, belief sich das Gesamtausmaß der Ankäufe im Eurosystem auf eine Nominale von 16,4 Mrd EUR, wovon rund 0,5 Mrd EUR auf die OeNB entfielen. Die eurosystemweit harmonisierte Analyse der geldpolitischen Wertpapierbestände des CBPP und CBPP2 hinsichtlich eines Abschreibungsbedarfs zum 31. Dezember 2013 hat keine Wertminderungen ergeben. Allfällige Verluste aus CBPP und CBPP2 unterliegen nicht der Verteilung im Eurosystem.

Im Rahmen des im Mai 2010 ins Leben gerufenen SMP erwarben die EZB und die nationalen Zentralbanken des Eurosystems Schuldverschreibungen des öffentlichen Sektors und des privaten Sektors im Euroraum, um so auf Störungen in bestimmten Segmenten des Wertpapiermarktes im Euroraum zu reagieren und dafür zu sorgen, dass der geldpolitische Transmissionsmechanismus wieder funktioniert. Auf Beschluss des EZB-Rats wurde das SMP im September 2012 mit sofortiger Wirkung wieder aufgehoben.⁹ Insgesamt halten die Zentralbanken des Eurosystems im Rahmen des SMP

erworbene Wertpapiere im Wert von 176,9 Mrd EUR. Davon entfallen auf die OeNB 5,3 Mrd EUR. Diese Wertpapiere werden mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanziert und unterliegen dabei der für das Eurosystem harmonisierten Überprüfung auf Wertminderung durch die EZB. Sofern Verluste aus SMP-Wertpapierbeständen auftreten, sind diese basierend auf Artikel 32.4 der ESZB/EZB-Satzung gemäß den im Geschäftsjahr des Verlusts geltenden Kapitalanteilen an der EZB vollständig unter den nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufzuteilen.

Im Zuge einer zum 31. Dezember 2013 durchgeführten Werthaltigkeitsprüfung des SMP-Wertpapierportfolios stellte der EZB-Rat Anzeichen für Wertminderung im Lauf des Jahres 2013 fest. Da auf Basis des Sachverhalts zum 31. Dezember 2013 davon auszugehen ist, dass die noch ausstehenden Wertpapierzahlungen unverändert erfolgen werden, erteilte der EZB-Rat aber keinen Wertberichtigungsbedarf im Portfolio der OeNB. Es ergaben sich somit keine Wertminderungen zum Bilanzstichtag aus dem SMP.

7.2 Sonstige Wertpapiere

Die Veränderung ist im Wesentlichen auf Transaktionen zurückzuführen. Aufgrund der Werthaltigkeit der Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, war keine Wertminderung zum Bilanzstichtag vorzunehmen. Die Bilanzierung der übrigen Wertpapiere erfolgte zum Marktwert.

⁹ Beschluss des EZB-Rats vom 6. September 2012.

8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2013	410.887	
31.12.2012	413.061	
Veränderung	-2.174	(-0,5%)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz aus der Rücklieferung von vor 1989 emittierten Silbergedenkmünzen an den Bund dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988 idgF. Die Veränderung im Jahr 2013 ist in Tabelle 12 dargestellt.

Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Restschuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen.

9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2013	43.507.394	
31.12.2012	43.283.532	
Veränderung	+223.862	(+0,5%)

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB und jene aus der Übertragung von Währungsreser-

ven an die EZB enthalten. Weiters sind in diesem Posten die Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ausgewiesen. Die Zusammensetzung der *Intra-Eurosystem-Forderungen* zu den Bilanzstichtagen 2012 und 2013 kann Tabelle 13 entnommen werden.

9.1 Beteiligung an der EZB

In diesem Bilanzposten wird die Beteiligung der OeNB an der EZB ausgewiesen. Der prozentuelle Anteil der OeNB am voll eingezahlten EZB-Kapital beträgt aufgrund des WWU-Beitritts von Kroatien per 1. Juli 2013 zum Bilanzstichtag 2013 2,7847% (31. Dezember 2012: 2,7750%).

9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

In diesem Posten weist die OeNB ihre aufgrund der Übertragung von Währungsreserven gegenüber der EZB bestehenden Forderungen aus, und zwar zu dem Euro-Gegenwert, den die Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Einbringung bei der EZB hatten. Diese Forderungen werden mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (vermindert um einen Abschlag von 15%) verzinst. Ein Anspruch der OeNB gegen die EZB auf Rücküber-

Tabelle 12

in Tsd EUR	
Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an die Münze Österreich AG gegen Verrechnung mit dem Bund	+5.724
Verwertungserlöse	-2.084
Tilgung aus dem Gewinnanteil des Bundes für das Jahr 2012	-5.814
Insgesamt	-2.174

Tabelle 13

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
9.1 Beteiligung an der EZB	212.118	208.940	+3.178	+1,5
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.122.512	1.118.546	+3.966	+0,4
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	42.172.764	41.956.046	+216.718	+0,5
Insgesamt	43.507.394	43.283.532	+223.862	+0,5

Tabelle 14

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	106.326	120.937	-14.611	-12,1
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	146.576	147.656	-1.080	-0,7
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	8.613.079	7.907.043	+706.036	+8,9
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	55.366	34.003	+21.363	+62,8
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	557.388	696.400	-139.012	-20,0
11.6 Sonstiges	773.436	970.797	-197.361	-20,3
Insgesamt	10.252.171	9.876.836	+375.335	+3,8

tragung dieser Währungen besteht nicht, da die korrespondierende Forderung in Euro denominiert ist. Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen. Die ausgewiesene Forderung hat sich gegenüber dem Bilanzstand 2012 aufgrund des WWU-Beitritts von Kroatien und der damit verbundenen Änderung der Kapitalanteile per 1. Juli 2013 um 3.966 Tsd EUR erhöht.

9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems

In diesem Posten werden die Forderungen der OeNB gegenüber dem Eurosystem erfasst, die sich aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels ergeben (siehe auch *Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden*).

11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* werden in Tabelle 14 dargestellt.

11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt den Kassenbestand der OeNB an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar.

11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten *Gebäude und Grundstücke, Anlagen in Bau, Einrichtung und Maschinen* (Geschäftsausstattung, EDV-Hardware, Kraft-

fahrzeuge), Mobile Sachwerte sowie Nutzungs- und Verwertungsrechte. Tabelle 15 zeigt die Entwicklung der *Gebäude und Grundstücke*.

Tabelle 15

in Tsd EUR	
Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31.12.2012 ¹	117.424
Zugänge im Jahr 2013	3.122
Abgänge (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten) im Jahr 2013	1
Kumulierte Abschreibungen	56.038
Buchwert 31.12.2013	64.507
Buchwert 31.12.2012	65.919
Abschreibungen des Jahres 2013	4.533

¹ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

Die Entwicklung der *Anlagen in Bau* ist in Tabelle 16 dargestellt.

Tabelle 16

in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2012	4.161
Zugänge im Jahr 2013	400
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2013	–
Buchwert 31.12.2013	4.561
Buchwert 31.12.2012	4.161

Unter *Anlagen in Bau* wurden die bisher angefallenen Aufwendungen für den Erwerb von Software im Eurosystem aktiviert.

Die Entwicklung der *Einrichtung und Maschinen* ist in Tabelle 17 dargestellt.

Tabelle 17

	in Tsd EUR
Anschaffungskosten bis 31.12.2012	80.217
Zugänge im Jahr 2013	9.439
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2013 ¹	5.093
Kumulierte Abschreibungen	55.362
Buchwert 31.12.2013	29.201
Buchwert 31.12.2012	29.358
Abschreibungen des Jahres 2013	9.374

¹ Die Abgänge zu Buchwerten (d.s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 221 Tsd EUR.

Die Entwicklung der *Mobilen Sachwerte* ist in Tabelle 18 dargestellt.

Tabelle 18

	in Tsd EUR
Anschaffungskosten bis 31.12.2012	50.046
Zugänge im Jahr 2013	17
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2013	–
Kumulierte Abschreibungen	1.828
Kumulierte Zuschreibungen	9.269
Buchwert 31.12.2013	48.235
Buchwert 31.12.2012	48.218
Abschreibungen des Jahres 2013	–

Die *Mobilen Sachwerte* umfassen die OeNB-Münzensammlung und die Sammlung historischer Streichinstrumente. Die Streichinstrumentensammlung besteht zum Bilanzstichtag 2013 aus 29 Violinen, 6 Violoncelli und 3 Violen. Die Streichinstrumente werden im Rahmen der Kulturförderung an namhafte Musiker verliehen.

Die *Immateriellen Vermögensgegenstände* stellen das Nutzungs- und Verwertungsrecht für

das von der OeNB beauftragte Filmprojekt „Prägende Veränderung – Aufbruch nach Europa“ dar (Tabelle 19).

Tabelle 19

	in Tsd EUR
Anschaffungskosten bis 31.12.2012	–
Zugänge im Jahr 2013	90
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2013	–
Kumulierte Abschreibungen	18
Buchwert 31.12.2013	72
Buchwert 31.12.2012	–
Abschreibungen des Jahres 2013	18

11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* wird in Tabelle 20 dargestellt.

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.582.983 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 1.583.648 Tsd EUR der Veranlagung des *Jubiläumfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.532.854 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Der Veranlagung von Mitteln des ERP-Sondervermögens waren 105.580 Tsd EUR gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 4.226.202 Tsd EUR.¹⁰ Aus der Bewertung der Wertpapiere, die der Eigenmittelveranlagung gewidmet sind, resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 54.576 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 2.818 Tsd EUR gegenüberstehen.

Von den *Beteiligungen* sind 812.503 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 299.356 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve ge-

Tabelle 20

	31.12.2013 in Tsd EUR	31.12.2012 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	7.498.413	6.790.588	+707.825	+10,4
Beteiligungen	1.111.859	1.091.260	+20.599	+1,9
Sonstige Veranlagungen und Forderungen	2.807	25.195	–22.388	–88,9
Insgesamt	8.613.079	7.907.043	+706.036	+8,9

¹⁰ Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, die Gewinnglättungsrücklage, das ERP-Sondervermögen sowie die Risikorückstellung.

widmet. Die Entwicklung der *Beteiligungen* zeigt Tabelle 21.

Tabelle 21	
	in Tsd EUR
Substanzwert zum 31.12.2012	1.091.260
Zugänge im Jahr 2013	0
Abgänge im Jahr 2013 (zu Buchwerten)	–
Abschreibungen des Jahres 2013	–
Neubewertung im Jahr 2013	20.599
Substanzwert zum 31.12.2013	1.111.859

Die *Sonstigen Veranlagungen und Forderungen* stellen im Wesentlichen täglich fällige und kurzfristige Veranlagungen dar, wovon 2.314 Tsd EUR auf die Veranlagung der Pensionsreserve entfallen.

11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Bilanzstand		in Tsd EUR
31.12.2013	55.366	
31.12.2012	34.003	
Veränderung	+21.363	(+62,8%)

Der zu den Bilanzstichtagen 2012 und 2013 ausgewiesene Saldo resultiert aus Buchwertangleichungen und Realisaten im Zusammenhang mit angekauften bzw. verkauften Terminbeständen.

11.5 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Zusammensetzung des Unterpostens kann Tabelle 22 entnommen werden.

11.6 Sonstiges

Die Zusammensetzung des Unterpostens kann Tabelle 23 entnommen werden.

Tabelle 22				
	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Aktive Rechnungsabgrenzung	15.213	15.858	–645	–4,1
Aktive Antizipationen	512.696	665.312	–152.616	–22,9
Bezahlte Stückzinsen	29.479	15.230	+14.249	+93,6
Insgesamt	557.388	696.400	–139.012	–20,0

Tabelle 23				
	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	682.599	674.100	+8.499	+1,3
Geldmarkt-Veranlagungen bei der OeKB für die Vergabe von ERP-Krediten	–	220.001	–220.001	–100,0
ERP-Fonds-Nationalbankblock	682.599	894.101	–211.502	–23,7
Forderung gegenüber dem Finanzamt aus KöSt-Vorauszahlung	23.523	–	+23.523	x
Schilling-Scheidemünzen	3.793	6.247	–2.454	–39,3
Gesellschafterdarlehen	35.346	37.446	–2.100	–5,6
Gehaltvorschüsse an Dienstnehmer	8.661	8.274	+387	+4,7
Geleistete Vorauszahlungen	13.923	15.594	–1.671	–10,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.973	5.709	–1.736	–30,4
Forderung gegenüber Münze Österreich AG aus noch nicht abgerechneten Münzenrücklieferungen	37	50	–13	–25,2
Sonstige Forderungen	1.581	3.376	–1.795	–53,2
Insgesamt	773.436	970.797	–197.361	–20,3

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abbeschriebenen Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe der auf einem Reservekonto gesammelten Zinsüberschüsse. Zum 31. Dezember 2013 beliefen sich Letztere auf 648.909 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich daher am 31. Dezember 2013 auf insgesamt 990.864 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt gemäß § 83 NBG in Form von Buchkrediten.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der OeNB betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die *Sonstigen Forderungen* zum 31. Dezember 2013 beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

Passiva

1 Banknotenumlauf

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2013	24.497.460	
31.12.2012	23.298.474	
Veränderung	+1.198.986	(+5,1%)

Der in diesem Posten ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil der OeNB am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs (Tabelle 24).

Weitere Erläuterungen zum Euro-Banknotenumlauf sind im Abschnitt *Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden* angeführt.

Die Jahresdurchschnitte der letzten fünf Jahre können Tabelle 25 entnommen werden.

Tabelle 25

	Jahresdurchschnitt des Euro-Banknotenumlaufs		Veränderung in %
	in Mio EUR	in Mio EUR	
2009	19.323	+865	+4,7
2010	20.341	+1.018	+5,3
2011	21.270	+929	+4,6
2012	22.204	+934	+4,4
2013	23.188	+984	+4,4

2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Die Aufgliederung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 26 entnommen werden.

2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

In diesem Posten sind die Guthaben auf laufenden Konten von Kreditinstituten, die der Verpflichtung der Mindestreservehaltung bei der OeNB unterliegen, enthalten. Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments. Für darüber hinaus bestehende Guthaben auf diesen Konten erfolgt jedoch keine Verzinsung.

Tabelle 24

	31.12.2013 in Tsd EUR	31.12.2012 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR
Logistischer Euro-Banknotenumlauf	-17.675.304	-18.657.572	+982.268
Anpassungen aus			
Verbindlichkeit aus dem EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf ¹	-2.130.168	-2.025.974	-104.194
Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems (CSM)	+44.302.932	+43.982.020	+320.912
Nettoforderung aus der Anpassung des Euro-Banknotenumlaufs	+42.172.764	+41.956.046	+216.718
Euro-Banknotenumlauf²	24.497.460	23.298.474	+1.198.986

¹ Der Betrag entspricht dem OeNB-Anteil an den 8% der Gesamtsumme des Eurosystem-Euro-Banknotenumlaufs, der in der EZB-Bilanz ausgewiesen wird.

² Das entspricht 2,562% des gesamten Eurosystem-Euro-Banknotenumlaufs (31.12.2012: 2,553%).

Tabelle 26

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	12.036.904	19.932.000	-7.895.096	-39,6
2.2 Einlagefazilität	2.181.000	3.296.500	-1.115.500	-33,8
2.3 Termineinlagen	720.000	-	+720.000	x
Insgesamt	14.937.904	23.228.500	-8.290.596	-35,7

2.2 Einlagefazilität

Als *Einlagefazilität* werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von Kreditinstituten bei der OeNB über Nacht getätigt werden. Die Verzinsung erfolgt in Höhe des vom EZB-Rat beschlossenen Zinssatzes für die Einlagefazilität. Im Jahr 2013 wurden derartige Geschäfte mit durchschnittlich 1.199.874 Tsd EUR durchgeführt.

2.3 Termineinlagen

Im Jahr 2013 wurden *Termineinlagen* zwischen 10.000 Tsd EUR und 1.903.902 Tsd EUR bei Zinssätzen zwischen 0,01 % p. a. und 0,25 % p. a. getätigt.

5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2013	308.575	
31.12.2012	286.775	
Veränderung	+21.800	(+7,6%)

Darin sind Einlagen von öffentlichen Haushalten in Höhe von 215.610 Tsd EUR (+12.144 Tsd EUR) enthalten.

6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2013	246.688	
31.12.2012	25.462	
Veränderung	+221.226	(n.a.)

Dieser Bilanzposten beinhaltet Guthaben von Zentralbanken, Kreditinstituten und supranationalen Finanzinstitutionen mit Sitz außerhalb des Euro-Währungsgebiets.

9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2013	1.941.720	
31.12.2012	2.024.021	
Veränderung	-82.301	(-4,1%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Marktwert errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 1.736 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972, 1979 bis 1981 sowie zum 28. August und 9. September 2009. Die verzeichnete Abnahme geht vor allem auf die realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen zurück.

10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2013	39.148.233	
31.12.2012	39.897.016	
Veränderung	-748.783	(-1,9%)

In diesem Posten ist jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen der OeNB mit den an TARGET2 teilnehmenden nationalen Zentralbanken und der EZB entstanden ist. Die aus Euro/US-Dollar-Swapgeschäften der OeNB mit der EZB resultierenden unverzinslichen Verbindlichkeiten gegenüber der EZB waren zum Bilanzstichtag 2012 darin ebenfalls erfasst. Weiters werden hier der Eurosystem-

Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo, die Verrechnung aus der anteiligen Rückverteilung der EZB-Seigniorage und angefallene anteilige Aufwendungen im Zusammenhang mit der gemeinschaftlichen Tragung von Verlusten aus geldpolitischen Geschäften des Eurosystems dargestellt.

Die Verzinsung der *Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten* mit der EZB (ohne Berücksichtigung der zuvor genannten Swapgeschäfte) erfolgt auf täglicher Basis mit dem jeweils gültigen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

12 Sonstige Passiva

Tabelle 27 zeigt die Zusammensetzung der *Sonstigen Passiva*.

12.3 Sonstiges

Die Zusammensetzung dieses Passivpostens wird in Tabelle 28 dargestellt.

Der *Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des Jahresüberschusses (nach Steuern und nach Zufüh-

rung zur Pensionsreserve) des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Die *Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist* resultiert aus den zum Jahresultimo noch aushaftenden Schilling-Banknoten, die eine Präklusionsfrist aufweisen. Im Jahr 2013 erfolgte – ebenso wie im Jahr 2012 – keine Präklusion von Schilling-Banknoten.

Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden aus dem Bilanzgewinn 2012 gemäß Beschluss der Generalversammlung 10 Mio EUR zur Verfügung gestellt. Damit sind dem originären Jubiläumsfonds Förderungsmittel von insgesamt 35.443 Tsd EUR zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2013 wurden davon 7.212 Tsd EUR zur Auszahlung gebracht. Bei den restlichen 28.231 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2013 nicht ausgezahlten Förderungsmittel, wovon sich Finanzierungszusagen in Höhe von 19.356 Tsd EUR in Abwicklung befinden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 118 Projekte 11.269 Tsd EUR neu bewilligt worden. Im Rahmen der

Tabelle 27

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	–	–	–	–
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	12.654	26.705	–14.051	–52,6
12.3 Sonstiges	345.201	475.375	–130.174	–27,4
Insgesamt	357.855	502.080	–144.225	–28,7

Tabelle 28

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnanteil des Bundes	181.234	254.694	–73.460	–28,8
Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	113.695	114.984	–1.289	–1,1
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	28.231	24.282	+3.949	+16,3
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	17.713	75.000	–57.287	–76,4
Finanzamtsverrechnungskonten	349	2.552	–2.203	–86,3
Sonstiges	3.979	3.863	+116	+3,0
Insgesamt	345.201	475.375	–130.174	–27,4

seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind – unter Berücksichtigung von Rückzahlungen – insgesamt 752.102 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Für die Förderung der FTE-Nationalstiftung stehen aus den Veranlagungserträgen 2013 insgesamt 17,7 Mio EUR zur Verfügung, die am Tag nach der Generalversammlung der OeNB an die FTE-Nationalstiftung überwiesen werden.

13 Rückstellungen

Die Rückstellungen sind in Tabelle 29 dargestellt.

Die Risikorückstellung wird für Fremdwährungs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreisrisiken gebildet. Für die Ermittlung des Dotierungs- oder eines allfälligen Auflösungsbedarfs der Risikorückstellung werden Bandbreiten für alle finanziellen Risiken der OeNB inklusive der einheitlichen Geldpolitik des Eurosystems aufgrund von Risikoberechnungen mittels VaR und ES mit einem Konfidenzniveau von 99 % sowie unter Verwendung eines

Zeithorizonts von einem Jahr (zusätzlich Drei-Monats-Horizont für Marktrisiko) herangezogen. Ebenfalls werden für die Ermittlung der Risikobandbreiten Stress-Szenarien für das Risiko aus der einheitlichen Geldpolitik berücksichtigt. Die deckungsfähigen Neubewertungskonten werden – unter Berücksichtigung des Netting-Verbots – risikoreduzierend bei der Ermittlung des Marktrisikos berücksichtigt.

Die jährliche Höhe der Risikorückstellung wird durch das Direktorium auch nach geldpolitischen, makroökonomischen und finanzmarktstabilitätspolitischen Überlegungen auf Basis der Risikobandbreite festgelegt. Im Zuge des Jahresabschlusses 2013 wurden der Risikorückstellung 300 Mio EUR zugeführt. Die Risikorückstellung zählt gemäß EZB-Definition zu den zentralbankspezifischen Rückstellungen mit Rücklagencharakter und ist dem Net Equity zuzurechnen.

Das Pensionssystem der OeNB besteht darin, dass diese die volle Pensionsverpflichtung gegenüber ihren bis 30. April 1998 eingetretenen Dienstnehmern übernommen hat. Zur

Tabelle 29

	31.12.2012 in Tsd EUR	Auflösung bzw. Verwendung in Tsd EUR	Zuweisung in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR
Risikorückstellung	2.550.000	–	+300.000	2.850.000
Pensionsreserve	1.869.684	–	+27.422	1.897.106
Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	61.224	–5.246	+5.281	61.259
Dienstnehmerjubiläen	10.914	–1.407	+1.605	11.112
Nicht konsumierte Urlaube	11.886	–240	+1.115	12.761
Schlusspensionskassenbeiträge	9.801	–68	+5.337	15.070
Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	1.944	–655	+1.429	2.718
Sonstige Rückstellungen				
Unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	168.189	–21.760	–	146.429
Im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems	8.966	–8.966	–	–
Lieferungen und Leistungen	700	–700	+657	657
Leistungen von Konzerngesellschaften	4.754	–4.754	+1.938	1.938
IWF Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT)	7.244	–7.244	–	–
Körperschaftsteuer	29.516	–29.516	–	–
Rückstellung für schwebende Rechtsfälle	–	–	+3.992	3.992
Sonstiges	1.103	–974	+727	856
Insgesamt	4.735.925	–81.530	+349.503	5.003.898

Deckung ist sie vom Gesetz her verpflichtet, eine *Pensionsreserve* zu bilden. Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die *Pensionsreserve* zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System ein geschlossenes darstellt. Aufgrund der neuen gesetzlichen Rechtslage auf Basis von Artikel 81 2. Stabilitätsgesetz 2012 wurden für Anspruchszeiträume ab 1. Jänner 2013 gesetzliche Pensionsbeiträge und Pensionssicherungsbeiträge von der OeNB einbehalten und an den Bund abgeführt. Davon betroffen waren Dienstnehmer, die bis 30. März 1993 in die OeNB eingetreten sind, mit 3% und alle Pensionisten mit 3,3%.

Im Zuge der jährlichen Evaluierung und Berechnung des Rechnungszinsfußes wurde aufgrund der schon länger anhaltenden Niedrigzinsphase eine Reduktion des Rechnungszinsfußes von 3,25% p.a. auf 2,998% p.a. vorgenommen. Auf Basis des derzeit in Überarbeitung befindlichen Fachgutachtens über „Rückstellungen für Pensions-, Abfertigungs-, Jubiläumsgeld- und ähnliche Verpflichtungen nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches“ des Fachsenats für Handelsrecht und Revision des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder wurde der Rechnungszinsfuß per 31. Dezember 2013 nach der darin vorgesehenen Durchschnittsmethode ermittelt. Die Absenkung des Rechnungszinsfußes hat sich mit 68.405 Tsd EUR auf das Deckungskapital ausgewirkt.

Darüber hinaus werden für die Berechnung des versicherungsmathematischen Deckungskapitals die aktuellen Sterbetafeln¹¹ herangezogen. Als Ausscheideursachen werden Tod, Invalidisierung und Erreichen des kalkulatorischen Pensionsantrittsalters berücksichtigt. Für

Mitarbeiter im Aktivstand wird die Teilwertmethode, für jene im Ruhestand die Barwertmethode angewendet. Das zum 31. Dezember 2013 ermittelte Deckungskapital beträgt 2.166.728 Tsd EUR und ist durch die Pensionsreserve und durch stille Reserven in Immobilien mit 2.127.411 Tsd EUR gedeckt. Die verbleibenden 39.317 Tsd EUR wurden in den *in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* als Eventualverpflichtung erfasst.

Die *Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder* werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei im Zuge des Jahresabschlusses 2013 der Rechnungszinsfuß von 3,50% p. a. auf 2,83% p. a. gesenkt wurde.

Die *Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems* wurde auf Beschluss des EZB-Rats unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Bilanzvorsicht zum 31. Dezember 2013 vollständig aufgelöst. Diese Rückstellung wurde 2008 geschaffen, weil etwaige Verluste aus geldpolitischen Geschäften gemäß Artikel 32.4 der ESZB/EZB-Satzung von den Eurosystem-Zentralbanken gemäß ihrem jeweiligen Anteil am EZB-Kapital zu tragen sind. Ursprünglich wurde die Rückstellung 2008 in Höhe von insgesamt 5.736 Mio EUR (davon entfielen auf die OeNB 166 Mio EUR) gebildet. Seither wurde die Höhe der Rückstellung jährlich überprüft. Zum 31. Dezember 2012 betrug sie insgesamt 310 Mio EUR (davon entfielen auf die OeNB 9 Mio EUR). Der Ertrag aus der nunmehrigen gänzlichen Auflösung in Höhe von 9 Mio EUR wird im Jahresabschluss der OeNB im GuV-Posten 5 *Nettoergebnis aus monetären Einkünften* ausgewiesen.

Die Reduzierung der *Rückstellung für unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten* ist sowohl auf Einlösungen als auch auf eine verminderte Rückflusserwartung zurückzuführen.

14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Die auf den *Neubewertungskonten* erfassten Beträge (Tabelle 30) stellen die aus der Bewer-

¹¹ AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler.

Tabelle 30

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Neubewertungskonten				
Gold	5.624.989	9.135.435	-3.510.446	-38,4
Fremdwährungen	93.919	641.324	-547.405	-85,4
Wertpapiere	343.843	626.525	-282.682	-45,1
Beteiligungen	470.731	450.131	+20.600	+4,6
Münzsammlung der OeNB	9.269	9.269	-	-
Insgesamt	6.542.751	10.862.684	-4.319.933	-39,8
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1.1.1999 (Initial Valuation)				
Beteiligungen	262.764	262.764	-	-
Insgesamt	6.805.515	11.125.448	-4.319.933	-38,8

Tabelle 31

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnglättungsrücklage	51.686	34.587	+17.099	+49,4
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	1.973.263	-	-
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	1.531.500	1.531.500	-	-
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	648.909	646.160	+2.749	+0,4
Insgesamt	4.205.358	4.185.510	+19.848	+0,5

tung zum 31. Dezember 2013 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden.

15 Kapital und Rücklagen

Das (*Grund*)Kapital der OeNB beträgt gemäß § 8 NBG 12 Mio EUR. Alleinige Aktionärin ist seit 27. Mai 2010 die Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen.

Die *Rücklagen* werden in Tabelle 31 dargestellt.

Die Veränderung der *Gewinnglättungsrücklage* resultiert aus der Zuweisung aus dem Bilanzgewinn 2012 gemäß Beschluss der Generalversammlung der OeNB vom 23. Mai 2013.

Die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* dient der Abdeckung finanzieller Risiken der OeNB.

Der *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft (Jubiläumsfonds)* setzt sich aus dem originären Jubiläumsfonds (31,5 Mio EUR) und dem Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung (1,5 Mrd EUR) zusammen. Die zweckgebundenen Mittel zugunsten der FTE-Nationalstiftung wurden im Jahr 2003 aus der *Freien Reserve* (545 Mio EUR) und aus dem *Allgemeinen Reservefonds* (955 Mio EUR) umgewidmet.

Die im Rahmen des Jubiläumsfonds zweckgewidmeten Mittel können für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts herangezogen werden.

Das *Gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen* stellt die über die Jahre kumulierten, der OeNB verbleibenden Zinsüberschüsse aus der Kreditvergabe des Nationalbankblocks dar. Es handelt sich dabei um für einen Sonderzweck – auch völkerrechtlich – gebundenes Eigenkapital, das nicht anderwärtig verwendet werden kann. Damit steht es für

eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts nicht zur Verfügung.

Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten

Die in der *Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* sind in Tabelle 32 dargestellt.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die einzelnen Posten der *Gewinn- und Verlustrechnung* sind in Tabelle 33 dargestellt.

1 Nettozinsergebnis

Das *Nettozinsergebnis* (Tabelle 34) stellt die Differenz zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen dar.

2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die *Realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* sind in Tabelle 35 ersichtlich.

Die *Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen* sind in Tabelle 36 dargestellt.

Die *Zuführung zur Risikorückstellung* hat sich im Jahr 2013 mit 300 Mio EUR (2012: 626 Mio EUR) ausgewirkt.

4 Erträge aus Beteiligungen

Die *Erträge aus Beteiligungen* sind in Tabelle 37 dargestellt.

Die EZB-Seigniorage für das Jahr 2013 in Höhe von 406,3 Mio EUR und die Erträge der EZB aus SMP-Wertpapieren in Höhe von 963,8 Mio EUR wurden gemäß Beschluss des EZB-Rats nicht komplett an die nationalen Zentralbanken rückverteilt, sondern mit einem Betrag von 0,4 Mio EUR der *EZB-Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreissrisiken* zugeführt. Die verbliebene EZB-Seigniorage in Höhe von 1.369,7 Mio EUR wurde Ende Jänner 2013 an die nationalen Zentralbanken überwiesen, wobei die OeNB einen Betrag von 38,1 Mio EUR erhielt.

Tabelle 32

	31.12.2013 in Tsd EUR	31.12.2012 in Tsd EUR
Verpflichtung zur SZR-Übernahme bis zum insgesamt Dreifachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung gemäß den IWF-Statuten	3.833.794	4.123.142
Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit New Arrangements to Borrow (NAB)	3.482.543	3.679.928
Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit dem bilateralem Abkommen	6.130.000	–
Nachschussverpflichtung auf die mit 8.564 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der BIZ, Basel	35.914	37.436
Angekaufte Terminbestände (Termingeschäfte und Swaps in Euro)	2.232.716	1.465.612
Verkaufte Terminbestände (Termingeschäfte und Swaps in Fremdwährungen) ¹	2.177.350	1.431.609
Buchwertangleichungen und Realisate im Zusammenhang mit angekauften bzw. verkauften Terminbeständen	55.366	34.003
Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen	22.296	10.675
Eventualverbindlichkeit aus der Unterdeckung der Pensionsreserve	39.317	–
Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Fall der Beendigung von Dienstverhältnissen betreffend den Zinsanteil im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen	12.432	11.620
Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß aufgrund der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR gemäß Artikel 30.1 der ESZB/EZB-Satzung von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern	968.500	970.850
Eventualverpflichtung aus gegebenen Bankgarantien	111.000	111.000
Eventualforderung aus erhaltenen Bankgarantien	7.863	7.863
Eventualforderung aus einer Verpflichtungserklärung der OeKB im Rahmen des Zahlungsverkehrs	1.000.000	1.000.000

¹ Darin sind zum 31. Dezember 2013 bzw. 2012 auch verkaufte Terminbestände (USD, GBP und JPY), die der Absicherung des SZR-Währungsrisikos dienen, enthalten.

Tabelle 33

	2013	2012	Veränderung ¹	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
1 Nettozinsergebnis	833.901	1.015.785	-181.884	-17,9
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-265.970	-440.376	+174.406	+39,6
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	427	423	+4	+1,2
4 Erträge aus Beteiligungen	89.624	41.365	+48.259	+116,7
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	-26.947	31.884	-58.831	n.a.
6 Sonstige Erträge	60.317	29.365	+30.952	+105,4
Nettoerträge insgesamt	691.352	678.446	+12.906	+1,9
7 Personalaufwendungen	-135.589	-130.663	+4.926	+3,8
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen	-113.946	-6.773	+107.173	n.a.
9 Sachaufwendungen	-81.553	-84.254	-2.701	-3,2
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-13.925	-12.801	+1.124	+8,8
11 Aufwendungen für Banknoten	-19.018	-21.395	-2.377	-11,1
12 Sonstige Aufwendungen	-28.994	-45.236	-16.242	-35,9
Aufwendungen insgesamt	-393.025	-301.122	+91.903	+30,5
Geschäftliches Ergebnis	298.327	377.324	-78.997	-20,9
13 Körperschaftsteuer	-74.582	-94.331	-19.749	-20,9
	223.745	282.993	-59.248	-20,9
14 Zuführung zur Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	-203.608	-254.694	-51.086	-20,1
15 Bilanzgewinn	20.137	28.299	-8.162	-28,8

¹ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

Tabelle 34

	2013	2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Nettoerträge aus Fremdwährungsveranlagungen	125.152	156.066	-30.914	-19,8
Nettoerträge aus Euro-Veranlagungen	275.081	358.550	-83.469	-23,3
Geldpolitisches Instrumentarium	419.327	512.785	-93.458	-18,2
Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs	245.680	337.375	-91.695	-27,2
Übertragung von Währungsreserven an die EZB	5.342	8.517	-3.175	-37,3
Mindestreserve-Einlagen	-18.027	-29.625	-11.598	-39,1
TARGET2-Salden	-220.852	-328.177	-107.325	-32,7
Sonstiges	2.198	294	+1.904	n.a.
Insgesamt	833.901	1.015.785	-181.884	-17,9

Tabelle 35

	2013	2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Fremdwährungstransaktionen	50.361	60.335	-9.974	-16,5
Wertpapiertransaktionen	56.510	128.127	-71.617	-55,9
Insgesamt	106.871	188.462	-81.591	-43,3

Tabelle 36

	2013	2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	-36.389	-1.464	+34.925	n.a.
Fremdwährungen	-36.452	-1.301	+35.151	n.a.
Insgesamt	-72.841	-2.765	+70.076	n.a.

Tabelle 37

	2013	2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
<i>Dividenden</i>				
BIZ	3.117	3.169	-52	-1,6
Münze Österreich AG	36.500	20.000	+16.500	+82,5
GSA-Gewinnausschüttung	115	93	+22	+24,1
Neuverteilung S.W.I.F.T.-Aktien	-	44	-44	-100,0
Rückverteilung EZB-Seigniorage	38.142	15.946	+22.196	+139,2
EZB-Gewinnausschüttung	11.750	2.113	+9.637	n.a.
Insgesamt	89.624	41.365	+48.259	+116,7

5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Das Nettoergebnis der OeNB aus den monetären Einkünften im Eurosystem ist in Tabelle 38 dargestellt.

Tabelle 38

	2013
	in Tsd EUR
Einzubringende monetäre Einkünfte (netto)	-499.799
Rückverteilte monetäre Einkünfte	+463.491
Nettoaufwand aus der Umverteilung der monetären Einkünfte im Berichtsjahr	-36.308
Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems	+8.966
Nettoertrag aus der Aufrollung für Vorjahre	+395
Insgesamt	-26.947

Die jährliche Berechnung der monetären Einkünfte erfolgt entsprechend Artikel 32 der ESZB/EZB-Satzung durch die EZB.

Die monetären Einkünfte der OeNB sind ihre Einkünfte aus bestimmten Vermögenswerten, die Gegenposten zur sogenannten monetären Basis darstellen. Zur monetären Basis zählen der Banknotenumlauf, die Euro-Verbindlichkeiten der OeNB gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den geldpoli-

schen Geschäften sowie die Intra-Eurosystem-Nettoverbindlichkeiten der OeNB aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen, dem TARGET2-Zahlungsverkehr und der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Die monetären Einkünfte werden durch anteilige Zinsaufwendungen entsprechend reduziert.

Für die Bemessung der monetären Einkünfte der OeNB werden die folgenden Vermögenswerte herangezogen: Euro-Forderungen gegenüber dem Bankensektor im Euroraum aus den geldpolitischen Geschäften, Wertpapiere für geldpolitische Zwecke, Intra-Eurosystem-Nettoforderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB, aus dem TARGET2-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Hinzu kommt ein dem Kapitalanteil der OeNB an der EZB entsprechender Teil des Goldbestands (wobei Goldbestände als unverzinslich gelten).

Bei Wertpapieren für geldpolitische Zwecke im Rahmen der Programme zum Ankauf von Euro-Pfandbriefen erfolgt die Verzinsung zum jeweils geltenden marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems. Zum Ausgleich etwaiger Wertunter-

schiede zwischen diesen – gesondert zu erfassenden – Aktiva der OeNB und ihrer monetären Basis wird die Differenz ebenfalls mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems verzinst.

Innerhalb des Eurosystems werden die monetären Einkünfte zusammengelegt und dann an die nationalen Zentralbanken entsprechend ihrem Anteil am voll eingezahlten Kapital rückverteilt.

6 Sonstige Erträge

Darin ist der anteilige Ertrag Österreichs aus IWF-Transaktionen in Höhe von 17.521 Tsd EUR enthalten. Aus Rückstellungsaufösungen resultieren 20.821 Tsd EUR und aus der gesetzlich gedeckelten Vergütung der FMA für die Bankenaufsichtskosten der OeNB 8 Mio EUR.

7 Personalaufwendungen

Die *Personalaufwendungen* beinhalten Aufwendungen für Mitarbeiter im Aktivstand. Erhaltene Bezugsrefundierungen werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht.

Die *Gehälter* haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 3.998 Tsd EUR (+3,8%) auf 110.690 Tsd EUR zugenommen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften und bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 6.439 Tsd EUR vereinnahmt.

Die vier Mitglieder des Direktoriums haben Bezüge in Höhe von insgesamt 1.075 Tsd EUR (2012: 1.067 Tsd EUR) erhalten (Tabelle 39).

Die Höhe der Bezüge des Direktoriums unterliegt dem Bezügebegrenzungs-gesetz, wobei die Bezugshöhe des Gouverneurs mit jener des Bundeskanzlers begrenzt ist. Die Bezüge der übrigen

Tabelle 39

	Bezüge in Tsd EUR
Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Nowotny	290,7
Vize-Gouverneur Mag. Ittner ab 11. Juli 2013 (davor Mitglied des Direktoriums)	263,7
Direktor Mag. Dr. Pribil ab 11. Juli 2013	124,1
Direktor Mag. Dr. Mooslechner ab 1. Mai 2013	174,7
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Duchatczek bis 25. Juni 2013	133,2
Direktor Mag. Dr. Zöllner bis 30. April 2013	88,9

gen Mitglieder des Direktoriums sind mit dem Bezug des Gouverneurs gedeckelt. Die Bezüge wurden auf Basis des Bezügebegrenzungs-gesetzes ab 1. Jänner 2013 um 1,8% p.a. erhöht. An Sachbezügen (steuerlicher Wert der Privatnutzung von PKWs sowie Zuschüsse zu Versicherungen) und sonstigen Aufwendungen wurden insgesamt 39 Tsd EUR verrechnet. Den Mitgliedern des Präsidiums wurden im Jahr 2013 116 Tsd EUR (2012: 114 Tsd EUR) vergütet. Die Mitglieder des Generalrats können für die Teilnahme an einer Sitzung des Generalrats bzw. Sitzung eines Unterausschusses pro Tag über 250 EUR für karitative Zwecke disponieren. Für die in Ausübung ihres Amtes erwachsenen Reisekosten wird eine angemessene Entschädigung geleistet.

Durch die Veränderung der Zusammensetzung des Direktoriums im Jahr 2013 fielen, insbesondere bedingt durch Abfertigungszahlungen, 391 Tsd EUR an.

Die Mitarbeiterressourcen werden in Tabelle 40 gezeigt.

Die *Aufwendungen für Abfertigungen* und die *Beiträge an die betriebliche Mitarbeitervorsorgekasse* betragen 529 Tsd EUR bzw. 513 Tsd EUR.

An *gesetzlich vorgeschriebenen Sozialabgaben* sowie vom Entgelt abhängigen Abgaben wur-

Tabelle 40

	Stichtag 31. Dezember ¹			Jahresdurchschnitt ¹		
	2013	2012	Veränderung	2013	2012	Veränderung
OeNB-Fachbereiche ²	1.089,1	1.071,7	+17,4	1.083,9	1.032,8	+51,1
Insgesamt	1.232,9	1.222,4	+10,5	1.230,7	1.189,3	+41,4

¹ Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.

² Ohne die außerhalb der OeNB tätigen Mitarbeiter sowie die karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere).

den insgesamt 19.341 Tsd EUR (+1.428 Tsd EUR, d. s. +8,0%) geleistet. Davon entfielen auf Sozialversicherungsbeiträge 10.920 Tsd EUR (+1.080 Tsd EUR, d. s. +11,0%), auf Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 4.896 Tsd EUR (+175 Tsd EUR, d. s. +3,7%) und auf die Kommunalsteuer 3.290 Tsd EUR (+116 Tsd EUR, d. s. +3,7%).

8 Aufwendungen für Altersvorsorgen

Darin sind entrichtete und rückgestellte Pensionskassenbeiträge in Höhe von 6.586 Tsd EUR (2012: 6.773 Tsd EUR) enthalten. Die Pensionsaufwendungen des Jahres 2013 wurden mit 7.592 Tsd EUR aus Veranlagungserträgen der Pensionsreserve gedeckt und beliefen sich auf insgesamt 114.952 Tsd EUR (+0,9%). Die Bezüge für pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene betragen 4.266 Tsd EUR.

9 Sachaufwendungen

In den Sachaufwendungen sind unter anderem Aufwendungen für Miete, Betriebskosten, Wartung, Reparatur und Instandhaltung in Höhe von 30.801 Tsd EUR (-2.292 Tsd EUR) sowie Aufwendungen für die Geldbearbeitung über 11.843 Tsd EUR (+446 Tsd EUR) enthalten. Weiters wirkten sich Aufwendungen, die jedoch zur Gänze an Tochtergesellschaften bzw. an die EZB weiterverrechnet wurden (insbesondere anteilige, von Tochtergesellschaften zu tragende Miet- und Betriebskosten und sicherheitsrelevante Leistungen), mit 5.019 Tsd EUR (+1.497 Tsd EUR) aus. Für die Prüfung des OeNB-Jahresabschlusses fielen 109 Tsd EUR (2012: 167 Tsd EUR) an und für Bestätigungsleistungen der OeNB-Abschlussprüfer 83 Tsd EUR (2012: 85 Tsd EUR).

11 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS).

12 Sonstige Aufwendungen

Von den *Sonstigen Aufwendungen* entfallen 17.142 Tsd EUR auf den österreichischen Beitrag zugunsten der Finanzierung von IWF-Programmen. Weiters werden auch folgende Zuwendungen, die gegenüber dem Jahr 2012 praktisch unverändert sind, ausgewiesen (Tabelle 41):

Tabelle 41

	2013
	in Mio EUR
Joint Vienna Institute (JVI)	2,6
WIFO	1,5
IHS	1,2
wiiw	0,5
Österreichische Gesellschaft für Europapolitik	0,4
Insgesamt	6,2

13 Körperschaftsteuer

Gemäß § 72 Abs. 1 NBG ist das geschäftliche Ergebnis des gemäß § 67 NBG unter Beachtung von § 69 Abs. 1 NBG erstellten Jahresabschlusses als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 des Körperschaftsteuergesetzes 1988 der Steuerbemessung zugrunde zu legen.

14 Zuführung zur Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes

Die *Zuführung zur Pensionsreserve* und der *Gewinnanteil des Bundes* sind in Tabelle 42 dargestellt.

Tabelle 42

	2013	2012	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Zuführung zur Pensionsreserve gemäß § 69 Abs. 2 NBG	22.374	–	+22.374	x
90-prozentiger Gewinnanteil des Bundes gemäß § 69 Abs. 3 NBG	181.234	254.694	–73.460	–28,8
Insgesamt	203.608	254.694	–51.086	–20,1

DIREKTORIUM

Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald NOWOTNY

Vize-Gouverneur Mag. Andreas ITTNER (ab 11. Juli 2013)

Direktor Mag. Dr. Kurt PRIBIL (ab 11. Juli 2013)

Direktor Mag. Dr. Peter MOOSLECHNER (ab 1. Mai 2013)

Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang DUCHATCZEK (bis 25. Juni 2013)

Direktor Mag. Dr. Peter ZÖLLNER (bis 30. April 2013)

Direktor Mag. Andreas ITTNER (bis 10. Juli 2013)

GENERALRAT

Präsident Dkfm. Dr. Claus J. RAIDL

Vizepräsident Mag. Max KOTHBAUER

Dipl.-Ing. August ASTL

Mag. Markus BEYRER (bis 23. Mai 2013)

Dkfm. Elisabeth GÜRTLER-MAUTHNER

Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried HABER (ab 23. Mai 2013)

Dr. Erich HAMPEL

Mag. Anna Maria HOCHHAUSER

Dipl.-Ing. Johann MARIHART

Mag. Werner MUHM (ab 1. März 2013)

Dr. Gabriele PAYR

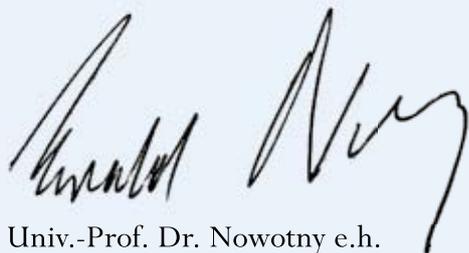
Mag. Dr. Walter ROTHENSTEINER

Dr. Dwora STEIN

Gemäß § 22 Abs. 5 NBG 1984 vom Zentralbetriebsrat bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:

Robert KOČMICH und Mag. Ferdinand MRAMOR

Wien, am 28. März 2014



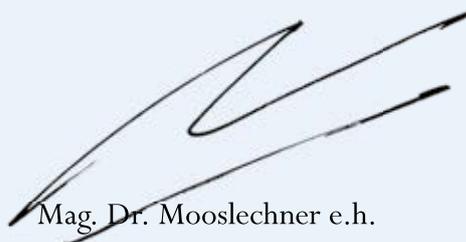
Univ.-Prof. Dr. Nowotny e.h.



Mag. Ittner e.h.



Mag. Dr. Pribil e.h.



Mag. Dr. Mooslechner e.h.

Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer



Oesterreichische Nationalbank, Wien
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2013
 28. März 2014

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

**Oesterreichische Nationalbank,
Wien,**

für das **Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013** unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2013, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2013 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung und den ergänzenden Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs 4 des "Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank" mittels der "Guideline of the European Central Bank of 11 November 2010 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2010/20)" in der Fassung vom 10. Dezember 2012 (ECB/2012/29) erlassenen Vorschriften, vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.



Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2013 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2013 bis zum 31. Dezember 2013 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Geschäftsbericht

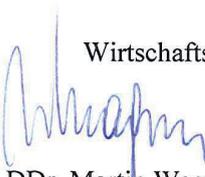
Auf den gemäß § 68 Abs 1 NBG zu erstellende Geschäftsbericht finden die Bestimmungen des § 243 Abs 1 bis 3 UGB (Lagebericht), mit Ausnahme von Abs 2 letzter Satz und Abs 3 Z 2 und Z 5, UGB Anwendung.

Der Geschäftsbericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Geschäftsbericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Geschäftsbericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Geschäftsbericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 28. März 2014



KPMG
 Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs AG

 Dr. Martin Wagner
 Wirtschaftsprüfer

KPMG
 Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs AG

 ppa Mag. Monika Hansi
 Wirtschaftsprüferin

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Geschäftsbericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 2 und 3 NBG vorgesehenen Zuweisungen (Posten 14 der Gewinn- und Verlustrechnung), von denen 181.234 Tsd EUR auf den Gewinnanteil des Bundes entfallen, verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrech-

nung ausgewiesene Bilanzgewinn 2013 von 20.137.079,80 EUR.

Das Direktorium hat in der Sitzung vom 26. März 2014 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

	<i>in EUR</i>
10-prozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR	1.200.000,00
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft für Förderungen durch die OeNB	10.000.000,00
Zuführung zur Gewinnlättingsrücklage	8.937.079,80
	20.137.079,80

Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2013

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2013 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 23. Mai 2013 gewählten Rechnungsprüfern – der KPMG Wirtschafts-

prüfungs- und Steuerberatungs AG – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 24. April 2014 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2013 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2013 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2013 erstatteten Empfehlung (siehe oben) beschließen.

Hinweise

Abkürzungen

ACC	Additional Credit Claims	FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	FMSG	Finanzmarktstabilitätsgremium
AQR	Asset Quality Review	FSAP	Financial Sector Assessment Program
BCBS	Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision)	FTE-Nationalstiftung	Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung
BGBI.	Bundesgesetzblatt	GRI	Global Reporting Initiative
BIP	Bruttoinlandsprodukt	GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination GmbH
BIRG	Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz	GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	HRG	Hauptrefinanzierungsgeschäft
BMF	Bundesministerium für Finanzen	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
BoE	Bank of England	IBAN	International Bank Account Number
B-PCGK	Bundes Public Corporate Governance Kodex	ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
BRRD	Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Bank Recovery and Resolution Directive)	ICAS	In-house Credit Assessment System
BWG	Bankwesengesetz	IFRS	International Financial Reporting Standards
CBPP	Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme)	IHS	Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung
CESEE	Zentral-, Ost- und Südosteuropa (Central, Eastern and Southeastern Europe)	IKS	internes Kontrollsystem
CoCAS	Common Credit Assessment System	IWF	Internationaler Währungsfonds
CRD	Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive)	JVI	Joint Vienna Institute
CRR	Eigenkapitalverordnung (Capital Requirements Regulation)	LIBOR	London Interbank Offered Rate
CS.A	Clearing Service.Austria	MÜNZE	Münze Österreich Aktiengesellschaft
CS.I	Clearing Service.International	NAB	Neue Kreditvereinbarung (New Arrangement to Borrow)
DAX	Deutscher Aktienindex	NBG	Nationalbankgesetz 1984
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority)	NPL	notleidende Kredite (Non-Performing Loans)
EFSA	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (European Financial Stability Facility)	OeBS	Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (European Financial Stabilisation Mechanism)	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
EIB	Europäische Investitionsbank	OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme	OMT	Outright Monetary Transactions
EONIA	Euro OverNight Index Average	SCom	Standing Committee
EPC	European Payments Council	SEPA	einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area)
ERP	Europäisches Wiederaufbauprogramm (European Recovery Program)	SMP	Programm für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme)
ES	Expected Shortfall	SRB	Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board)
ESM	Europäische Stabilitätsmechanismus (European Stability Mechanism)	SRF	einheitlicher Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund)
ESMA	Europäische Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority)	SRM	einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism)
ESRB	Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board)	SSM	einheitlicher Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism)
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	SUERF	The European Money and Finance Forum (Société Universitaire Européenne de Recherches Financières)
ESZB/EZB-Satzung	Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank	S.W.I.F.T.	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
EU	Europäische Union	SZR	Sonderziehungsrechte
EZB	Europäischen Zentralbank	T2S	TARGET2-Securities
Fed	Federal Reserve System	TARGET	Transeuropäisches Automatisiertes Echtzeit-Brutto-Express-Überweisungssystem (Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer system)
FIMBAG	Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes	UGB	Unternehmensgesetzbuch
		VaR	Value at Risk
		WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
		WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

Zeichenerklärung

- x = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
- .. = nicht verfügbar
- 0 = Zahlenwert ist null oder kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit

Für den Jahresabschluss:

- = Zahlenwert ist null
- 0 = Zahlenwert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
- n.a. = nicht anwendbar

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Periodische Publikationen

Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at.

Geschäftsbericht (Nachhaltigkeitsbericht) Annual Report (Sustainability Report)

deutsch | jährlich
englisch | jährlich

Der Bericht informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, die allgemeine Wirtschaftslage sowie die Rolle der OeNB bei der Gewährleistung von Preis- und Finanzmarktstabilität und gibt einen Überblick zu den wichtigsten Aktivitäten in den einzelnen Kerngeschäftsfeldern. Der Jahresabschluss der OeNB ist zentraler Bestandteil des Geschäftsberichts.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Geschaeftsbericht.html>

Konjunktur aktuell

deutsch | 7-mal jährlich

Die Online-Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Konjunktur-aktuell.html>

Monetary Policy & the Economy

englisch | vierteljährlich

Die Publikation erläutert insbesondere die nationale Konjunkturentwicklung und präsentiert regelmäßig Prognosen der OeNB zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Sie enthält zentralbankrelevante wirtschaftspolitische Analysen und Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Monetary-Policy-and-the-Economy.html>

Fakten zu Österreich und seinen Banken Facts on Austria and Its Banks

deutsch | halbjährlich
englisch | halbjährlich

Die Online-Publikation gibt einen kompakten Überblick über real- und finanzwirtschaftliche Entwicklungen in Österreich und stellt diese in den internationalen Kontext. Sie enthält Strukturdaten und Indikatoren zur österreichischen Realwirtschaft und des Bankensektors.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Fakten-zu-Oesterreich-und-seinen-Banken.html>

Financial Stability Report

englisch | halbjährlich

Der Berichtsteil enthält Analysen und Einschätzungen der OeNB zur Stabilität des österreichischen Finanzsystems und zu finanzmarktstabilitätsrelevanten Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Im Schwerpunktteil folgen Analysen und Studien, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Finanzmarktstabilitaetsbericht.html>

Focus on European Economic Integration

englisch | vierteljährlich

Die Publikation konzentriert sich auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa und bringt Konjunkturberichte, Prognosen und analytische Studien zu makroökonomischen und makrofinanziellen Themen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Focus-on-European-Economic-Integration.html>

Statistiken – Daten & Analysen

deutsch | vierteljährlich

Die Publikation enthält Analysen zu österreichischen Finanzinstitutionen sowie zu Finanzströmen und zur Außenwirtschaft sowie eine englischsprachige Kurzfassung. 14 Tabellen informieren über finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren. Diese sind auch auf der OeNB-Website abrufbar.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken---Daten-und-Analysen.html>

Statistiken – Daten & Analysen: Sonderhefte **Statistiken – Daten & Analysen: Special Issues**

deutsch | unregelmäßig
englisch | unregelmäßig

Die unregelmäßig erscheinenden Sonderhefte der Serie „Statistiken – Daten & Analysen“ berichten ausführlich über spezielle statistische Themen (z. B. Sektorale VGR, Direktinvestitionen und Dienstleistungshandel).

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken-Sonderhefte.html>

Research Update

englisch | vierteljährlich

Der Online-Newsletter präsentiert einem internationalen Adressatenkreis ausgewählte Ergebnisse der Forschung und Tätigkeit der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB. Er informiert über aktuelle Publikationen, Forschungsschwerpunkte, Veranstaltungen, Konferenzen, Vorträge und Workshops. Anmeldung für den Newsletter unter:

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Research-Update.html>

CESEE Research Update

englisch | vierteljährlich

Dieser Online-Newsletter informiert speziell über Forschungsschwerpunkte sowie Publikationen, Veranstaltungen und Termine mit dem regionalen Fokus auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Anmeldung für den Newsletter unter:

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/CESEE-Research-Update.html>

Workshops – Proceedings of OeNB Workshops

deutsch, englisch | unregelmäßig

Die Bände dokumentieren seit 2004 Beiträge von Workshops, die von der OeNB mit österreichischen und internationalen Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zu geld- und wirtschaftspolitisch relevanten Themen abgehalten wurden.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Workshopbaende.html>

Working Papers

englisch | unregelmäßig

Diese Publikationsreihe (nur online verfügbar) dient der Diskussion und Verbreitung von wirtschaftswissenschaftlichen Studien und Forschungsergebnissen. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Working-Papers.html>

Konferenzband zur Volkswirtschaftlichen Tagung

englisch | jährlich

Die jährlich stattfindende Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB stellt eine Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch über währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitische Fragen von Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktakteuren und Vertretern der universitären Forschung dar. Der Konferenzband dokumentiert alle Beiträge.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Volkswirtschaftliche-Tagung.html>

Konferenzband zur Conference on European Economic Integration

englisch | jährlich

Im Zentrum der jährlich stattfindenden CEEI-Konferenz der OeNB stehen aktuelle zentralbankrelevante Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem europäischen EU-Erweiterungs- und Integrationsprozess.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Conference-on-European-Economic-Integration-CEEI.html>

Der Band erscheint seit der Konferenz 2001 jährlich im Verlag Edward Elgar, Cheltenham, UK, Northampton, MA.

<http://www.e-elgar.com/>

Bankenaufsichtliche Publikationen

deutsch, englisch | unregelmäßig

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Bankenaufsichtliche-Publikationen.html>

Sie können aktuelle Veröffentlichungen direkt herunterladen oder kostenfrei bestellen.

Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at

Adressen

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon/Fax/E-Mail</i>
Hauptanstalt Otto-Wagner-Platz 3 1090 Wien <i>Internet: www.oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	Tel.: (+43-1) 404 20-6666 Fax: (+43-1) 404 20-04-2399 <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>
Zweiganstalten		
Zweiganstalt Österreich Nord Coulinstraße 28 4020 Linz	Postfach 346 4021 Linz	Tel.: (+43-732) 65 26 11-0 Fax: (+43-732) 65 26 11-04-6399 <i>E-Mail: regionnord@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich Süd Brockmanngasse 84 8010 Graz	Postfach 8 8018 Graz	Tel.: (+43-316) 81 81 81-0 Fax: (+43-316) 81 81 81-04-6799 <i>E-Mail: regionsued@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich West Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Tel.: (+43-512) 908 100-0 Fax: (+43-512) 908 100-04-6599 <i>E-Mail: regionwest@oenb.at</i>
Repräsentanzen		
Repräsentanz New York Oesterreichische Nationalbank 450 Park Avenue, Suite 1202 New York, N. Y. 10022, USA		Tel.: (+1-212) 888-2334 Fax: (+1-212) 888-2515
Repräsentanz Brüssel Oesterreichische Nationalbank Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenbergh 30 1040 Brüssel, Belgien		Tel.: (+32-2) 285 48-41, 42, 43 Fax: (+32-2) 285 48-48

Der Geschäftsbericht der OeNB informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, über Entwicklungen der Wirtschaft, der Finanzmärkte und des Zahlungsmittelbereichs. Ferner werden die Aufgaben und vielfältigen Dienstleistungen sowie die Rolle der OeNB im österreichischen und internationalen Umfeld erläutert. Der Jahresabschluss der OeNB und der Anhang zum Jahresabschluss sind integraler Bestandteil des Geschäftsberichts. Seit 2006 bildet der Geschäftsbericht zusammen mit der Wissensbilanz und der Umwelterklärung den Nachhaltigkeitsbericht der OeNB.

Medieninhaber und Herausgeber Oesterreichische Nationalbank, Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-04-6698

Koordinatoren Manfred Fluch, Maria Silgoner

Inhaltliche Gestaltung Ralph Bechyna, Elisabeth Dutz, Gernot Ebner, Matthias Fuchs, Harald Grech, Eleonora Kiemeyer, Claudia Kwopil, Romana Lehner, Alexandra Majer, Martin Much, Andreas Nader, Maria Oberleithner, Aleksandra Riedl, Josef Schreiner, Klaus Vondra, Mara Vyborny, Beat Weber, Tina Wittenberger, Katharina Wolner-Röbhlhuber, Manfred Zipko, Viktor Zorn

Redaktion Brigitte Alizadeh-Gruber, Alexander Dallinger

Grafische Gestaltung Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen

Fotos Edith Laurent-Neuhauser, Robert Musil
Die Fotos zeigen architektonische Innen- und Außenmotive der OeNB-Gebäude am Otto-Wagner-Platz 3 und in der Garnisongasse 5.

Layout und Satz Franz Pertschi, Birgit Vogt

Druck Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

ISSN 2310-9602 (Print)
ISSN 2311-0015 (Online)

© Oesterreichische Nationalbank, 2014. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht der OeNB wurde geprüft und entspricht dem aktuellen Leitfaden G3.1 der Global Reporting Initiative zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Quality Austria hat die Einstufung in die Anwendungsebene B bestätigt.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

